

Sozialdemokratische Partei
im Bezirk Hannover-Braunschweig



Rechenschaftsbericht des Bezirksvorstandes

über die Geschäftsjahre 1919/20 u. 1920/21
und

Protokoll

vom ersten Bezirks-Parteitag
abgehalten am Sonnabend, dem
27. August, und Sonntag,
dem 28. August 1921,
in Hannover.



Verabschiedet am 28. August 1921
Kreisausschuß Hildesheim-Münchberg

Buchdruckerei E. A. H. Meißter & Co., Hannover.

Wissen ist Macht!

Sorgt durch Verbreitung unserer
Parteipresse für Aufklärung!



Einigkeit macht stark!

Darum hinein in die sozialdemo-
kratische Partei-Organisation!

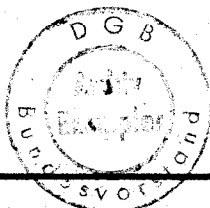
Werbt unausgesetzt
n e u e Mitglieder!



Durch Kampf zum Sieg!

Der politische Kampf kostet heute
mehr als je Geld - und nochmals
Geld.

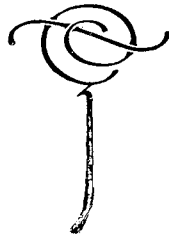
Sorge jeder Genosse und jede
Genossin sich um die finanzielle
Kraft der Partei! Stärkt
unsere Kassen!



~~ADP - 1353~~

Sozialdemokr. Partei im Bezirk Hannover

Rechenschaftsbericht
des Bezirksvorstandes
über die Geschäftsjahre 1919/20
und 1920/21.



Deutscher Gewerkschafts-Bund
Kreisausschuß Hildesheim-Marienburg

Selbstverlag des Bezirksvorstandes zu Hannover.

Schwierigkeiten durchgesetzt. Bei der letzten Beitragsserhöhung wirkte allerdings fördernd die Wahlstimmung aus Anlaß der bevorstehenden Landtagswahlen mit.

Um die Beitragskassierung durch wöchentliche Erhebung nicht zu erschweren, ist den Ortsvereinen gestattet, in größeren Zeitabschnitten zu kassieren und dann die entsprechende Menge Wochenmarken zu verwenden. Im allgemeinen hat sich auf diese Art die monatliche Kassierung eingeführt. Es empfiehlt sich sehr, spätestens regelmäßig im Monat zu kassieren. Bleiben die Mitglieder mit den Beiträgen länger im Rückstande, dann besteht die dringende Gefahr, daß ihnen die Geldausgabe zu groß wird, und die Folge davon sind Austritte aus der Organisation.

Die Verbindung zwischen Ortsvereinen und Bezirksvorstand ist durch eine sehr rege Korrespondenz aufrechterhalten. Wir berichten unter der Rubrik „Tätigkeit des Parteisekretariats“ noch zahlenmäßig darüber. Wertvolle Dienste bei allen agitatorischen und organisatorischen Maßnahmen im Bezirk leisteten auch die Kreisvorstände und die Unterbezirksvorstände.

Die Kreisvorstände vermittelten bei den letzten Wahlen die Verteilung der Flugblätter und der Stimmzettel auf die einzelnen Ortsvereine des Kreises. Wo solche nicht bestanden, sorgte der Kreisvorstand für Verteilung der Schriften und Besetzung der Wahllokale durch Kräfte aus benachbarten Orten. Sehr erfreulich ist, daß den Kreisvorständen schon vielfach rednerisch begabte Genossen zur Verfügung stehen, die sich sowohl in den Wahlkämpfen, als auch bei Mafseiern in den Dienst unserer Sache stellen.

Schwierig war für die Kreisvereine die finanzielle Seite der Sache. In dem Statut vom 1. Oktober 1919 steht darüber nur: „Die Kosten des Kreisvorstandes und der Kreisversammlungen tragen die Ortsvereine.“ Eine genauere Regelung war damals nicht gefunden. Es haben sich in dieser Beziehung aber doch gewisse Mißstände herausgebildet; auch stehen jetzt wohl genügend Erfahrungen zur Verfügung, daß daran gedacht werden kann, eine entsprechende Statutenänderung zu beschließen.

Die Unterbezirke sind eine Einrichtung, die geschaffen wurde durch das allgemeine Organisationsstatut der Partei, wie es im Jahre 1919 in Weimar beschlossen wurde. Das Statut bestimmt, daß die Ortsvereine innerhalb eines Bezirksverbandes in zweckentsprechender Weise zu Unterbezirken zusammenzufassen seien. Diesem Gedanken folgte auch die 5. Provinzialversammlung zu Hannover. Sie beschloß, bei voller Durchführung der neuen Organisationsform, sieben Unterbezirke zu bilden, die durch je einen besoldeten Sekretär zu besetzen seien. Der Bezirksvorstand erhielt Auftrag, die Stellen auszusuchen und die Anstellung geeigneter Genossen vorzunehmen. Das ist geschehen. Im Monat Januar 1920 nahmen die angestellten Genossen ihre Tätigkeit auf. Diese Einrichtung hat sich durchaus bewährt.

Nachstehende Unterbezirke wurden gebildet und mit den beistehend bezeichneten Genossen besetzt:

Unterbezirk **Braunschweig**: Sekretär Fritz Dhlendorf, Schloßstraße 8, I.
(Sämtliche Kreise im Freistaat Braunschweig.)

Unterbezirk **Celle**: Sekretär Hermann Wille, Neue Straße 2.
(Kreise: Celle, Uelzen, Isenhausen, Gifhorn, Soltau.)

Unterbezirk **Göttingen**: Sekretär Paul Lehmann, Stegemühlentweg 29, pt.
(Kreise: Göttingen, Hann.-Münden, Uslar, Northeim, Einbeck, Osterode, Duderstadt, Ilfeld.)

Unterbezirk **Hannover**: Sekretär Wilh. Marheineke, Odeonstr. 15/16, Zimmer 3
(Kreise: Hannover, Linden, Burgdorf, Neustadt a. Rbg., Peine, Fallingb.-hofel, Springe, Hameln.)

Unterbezirk **Hildesheim**: Sekretär Hermann Feller, Goshenstraße 24.
(Kreise: Hildesheim, Marienburg, Goslar, Zellerfeld, Alfeld, Gronau.)

Unterbezirk **Lüneburg**: Sekretär Karl Markwardt, Salzstraße 7.
(Kreise: Harburg, Winsen, Lüneburg, Bleckede, Dannenberg, Lückow.)

Unterbezirk **Nienburg**: Sekretär Andreas Baumann, Wörther Straße 27b.
(Kreise: Nienburg, Stolzenau, Sulingen, Diepholz, Hoya, Sfte.)

Zum Unterbezirk Hannover gehörte nach den Beschlüssen der Provinzialversammlung auch der Ortsverein Hannover-Stadt. Im Laufe der Zeit ergaben sich aber eine Reihe Schwierigkeiten, die den Bezirksvorstand veranlaßten, zu beschließen, diesen sehr großen Ortsverein (rund 22 000 Mitglieder) aus dem Unterbezirk Hannover herauszunehmen und ihm die Rechte eines selbständigen Unterbezirks zu geben.

Der oben angeführte Unterbezirk wird jetzt als **Hannover-Land** bezeichnet, während der andere die Bezeichnung **Hannover-Stadt** führt. In letzterem ist Sekretär Joseph Schaffner, Nikolaistraße 7, Zimmer 3.

Im Unterbezirk Göttingen war zuerst angestellt der Genosse Emil Nebel, früher in Kloster-Wennigsen. Genosse Nebel hat Anfang Januar 1921 um seine baldmögliche Entlassung, da er eine andere Parteistellung antreten möchte. Der Bezirksvorstand ist diesem Ersuchen nachgekommen. Nach erfolgter Ausschreibung wurde der oben erwähnte Genosse Paul Lehmann, zuletzt in Nordhausen als Parteisekretär und Berichterstatter tätig, angestellt. Mitte Januar 1921 trat Genosse Lehmann seine Stellung an.

Von der 5. Provinzialversammlung waren die Genossen Breh und Dörnle zu Vorsitzenden der Bezirksorganisation gewählt. Außer den Sekretären, die statutengemäß zum Bezirksvorstand zählen, gehörten noch dazu die Genossen Schrader, Hartleib, Fenske, Vohrberg, André und Frau Bremer aus Hannover sowie die Genossen Stein aus Limmer und Schumann aus Anderten. Nach den Bestimmungen des Bezirksstatuts vom 1. Oktober 1919 waren außer den Vorsitzenden und Sekretären sieben Beisitzer durch den Unterbezirk Hannover zum Bezirksvorstand zu wählen. Das ist geschehen, sobald eine Konferenz des Unterbezirks stattfand. Gewählt wurden die Genossen Schaffner, Wilhelm, Schrader und Frau Bremer aus Hannover sowie Heß (Laagen), Heupfle (Limmer, jetzt auch Hannover) und Schumann (Anderten). Außerdem gehört noch der Genosse André von der Redaktion des „Volkswillens“ dem Bezirksvorstande an.

Zu Revisoren wurden vom Ortsverein Hannover gewählt die Genossen: A. Plum, Chr. Timpe und W. Wenzlaff.

Agitation.

Vom Bezirksvorstande bzw. vom Parteisekretariat wurde zu verschiedenen Malen in Rundschreiben an die Ortsvereine — die regelmäßig auch den Kreis-

vorständen und Unterbezirksvorständen zugesandt werden — auf die dringend notwendige Agitation in den Kreisen der Arbeiter hingewiesen. Ein besonderes Flugblatt mit anhängendem Aufnahmeschein wurde in großen Massen für diese Arbeit herausgegeben. Außerdem wurde in allen Wahlflugblättern auf die Notwendigkeit ständiger Agitation hingewiesen.

Erschwerend wirkte bei der Agitation für die Parteiorganisation die leider noch anhaltende Zersplitterung der Arbeiterbewegung. Große Massen von Arbeitern wurden durch die wüste Agitation, die besonders von ganz links im Kampfe gegen uns beliebt wird, derartig in Gewissenskonflikte gebracht, daß sie oftmals vorzogen, sich keiner politischen Partei zuzurechnen, wie einer der sozialistischen Parteien, die sich so stark untereinander bekämpfen. Nachdem auf dem Parteitage der Unabhängigen in Halle im Jahre 1920 eine neue Spaltung eintrat und in Verfolg dieser Sache ein großer Teil bisher Unabhängiger zur kommunistischen Partei übergingen, haben manche früher abgesplitterte Genossen den Weg zu unserer Partei zurückgefunden. Ein sehr interessantes Beispiel liefert uns in dieser Beziehung der Unterbezirk Braunschweig. Bekanntlich waren im Freistaat Braunschweig die unabhängige und die kommunistische Bewegung sehr stark geworden, während unsere Partei fast vollständig zusammengebrochen war. Nur sehr langsam ging die Erholung unserer Parteiorganisation vonstatten. Immerhin sieht man jetzt Erfolg versprechende Ansätze zur Besserung. Als Braunschweig im Januar 1920 zu unserem Bezirk kam, war es langsam gelungen, 67 Ortsvereine zu gründen, von denen insgesamt eine Mitgliederzahl von 4344 angegeben wurde. Bis Ende März 1921 stieg die Zahl der Ortsvereine in Braunschweig auf 103 und die Mitgliederzahl auf 5244. Erscheint die Steigerungszahl bei den Mitgliedern auch nicht sehr hoch, so darf man doch nicht vergessen, daß zu Beginn unserer Berichtsperiode in allen Ortsvereinen noch erhebliche Mengen „Papiersoldaten“ als Mitglieder geführt wurden. Das trifft besonders auch in Braunschweig zu, wie man leicht aus einem Vergleich der verkauften Marken sehen kann. Im ersten Vierteljahr der oben angegebenen Berichtszeit wurden im Unterbezirk Braunschweig 42 651 Wochenbeiträge geleistet. Das ist, verglichen mit der angegebenen Mitgliederzahl, nur eine Beitragsleistung von 9,82 pro Vierteljahr und Mitglied. Also sehr niedrig. Im letzten Vierteljahr der Berichtsperiode wurden aber 70 723 Wochenbeiträge oder 13,4 pro Mitglied und Vierteljahr gezahlt. Die Angabe der Mitgliederzahl ist also am Schlusse der Berichtszeit sehr viel vorsichtiger erfolgt als im Anfang, und demnach ist die tatsächliche Steigerung der Mitgliederzahl größer als oben angegeben.

Maifeier und Revolutionstag.

In beiden Berichtsjahren sind die Maiereien und die Revolutionsfeiern wieder von sehr vielen Ortsvereinen festlich begangen. Der ungeheure Drang nach solchen Feiern — der an sich natürlich sehr zu begrüßen ist — brachte das Parteisekretariat und die Unterbezirks- und Kreisvorstände in einige Verlegenheit wegen der geforderten rednerischen Kräfte. Wir haben uns zu helfen versucht, indem wir durch das Parteisekretariat Entwürfe zu den Festreden herausgaben. Die Entwürfe waren so gehalten, daß auch rednerisch noch nicht vollgeschulte Genossen und Genossinnen, mit diesem Material versehen, Ansprachen an die versammelten Festteilnehmer halten

konnten. Das ist auch vielfach geschehen, und auf diese Art konnten alle Wünsche befriedigt werden.

Im letzten Jahre sind viele Ortsvereine unserer Anregung gefolgt und haben ihre Mäsfiern gemeinsam abgehalten. Wo mehrere Ortsvereine nahe beieinander liegen, empfiehlt es sich, auch in Zukunft solche gemeinsame Feiern zu veranstalten. Es läßt sich dann das Programm der Feier hochwertiger gestalten, und die Demonstration in den öffentlichen Umzügen wirkt viel machtvoller und imposanter. Uebrigens sind in den Berichtsjahren die vorbenannten Feiern fast allgemein durch öffentliche Umzüge — meist mit Musik — zu öffentlicher Demonstration für unsere Ideen benutzt worden.

Vor jeder großen Feier sind die Ortsvereine und die Referenten ermahnt worden, über die eigentliche Bedeutung des Tages hinaus nicht die Sorge um die Organisation zu vergessen. Es ist bei den Feiern denn auch — oft mit sehr erheblichem Erfolge — für die Parteiorganisation und die Presse geworben worden.

Frauenbewegung.

Durch die Umwälzung der politischen Verhältnisse in Deutschland haben wir bekanntlich das freieste Wahlrecht bekommen. Vor allem ist auch die alte sozialdemokratische Programmforderung nach Gleichberechtigung beider Geschlechter zur Wirklichkeit geworden. Leider beachten die Frauen immer noch nicht genügend, daß diese Tat — die Gleichstellung der Frauen — die Tat der sozialdemokratischen Volksbeauftragten war. Nachdem durch die Verordnung der sozialdemokratischen Volksbeauftragten vollendete Tatsachen geschaffen waren, entdeckten plötzlich alle politische Parteien ihr warmes Herz für die Frauen, und alle bemühten sich um die Wahlstimmen der Frauen. Bedauerlicherweise muß festgestellt werden, daß sehr viele Frauen — auch Frauen aus Arbeiterkreisen — auf diesen Gimpelfang hereingefallen sind. Von den Orten, die bei den letzten Wahlen nach Geschlechtern getrennte Wählerlisten führten, wird regelmäßig berichtet, daß die Frauen in viel stärkerem Maße als die Männer für die reaktionären Parteien gestimmt haben.

Das erklärt sich aus der stärkeren politischen Unwissenheit der Frauen. Die Frau, die bis zum Tage der Revolution durch die Gesetzgebung von aller praktischen Betätigung in der Politik ferngehalten war, ist auch heute noch in weit stärkerem Maße als der Mann politischen Einflüsterungen zugänglich. Sie fällt auf Agitationstriebs nur zu leicht herein.

Es ist also dringend notwendig, auch unsererseits in Zukunft in viel stärkerem Maße agitatorisch und organisatorisch auf die Frauen einzuwirken als bisher.

Das kann auf verschiedene Arten geschehen. Besondere Frauenversammlungen und auch Versammlungen gemeinsam mit Frauen und Männern können Erfolg bringen, wenn sie gut vorbereitet sind. In jedem Falle ist aber dringend nötig, daß die organisierten Parteigenossen für die Beteiligung ihrer eigenen Frauen und erwachsenen Töchter bei allen Veranstaltungen der Partei sorgen. Geschieht das nicht, dann versuchen die Indifferenten sich nur zu leicht zu verstecken hinter der Interesslosigkeit unserer eigenen Parteigenossen.

Gelegentlich des Parteitages in Kassel im Jahre 1920 fand auch eine besondere Frauenkonferenz statt. Außer den weiblichen Delegierten zum Parteitage delegierte der Bezirksvorstand noch die Genossin Henni Lehmann aus Göttingen zur Frauenkonferenz. Genossin Lehmann hat bei ihren Agitationsversammlungen das in der Frauenkonferenz Gebotene wieder nutzbar gemacht im Sinne einer weiteren Ausbreitung der sozialdemokratischen Frauenbewegung in unserem Bezirk.

Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß in der Zeit vom 1. Januar 1920 bis zum 31. März 1921 die Zahl der weiblichen Mitglieder um 2037 gesunken ist, nämlich von 14738 auf 12701. In der gleichen Zeit erhöhte sich die Zahl der männlichen Mitglieder erheblich (siehe Mitgliederbewegung). Der Verlust von weiblichen Mitgliedern muß uns zur stärksten Agitation auf diesem Gebiete anspornen.

Parteitag.

Der Parteitag in Kassel wurde als erster nach den neuen Bestimmungen des allgemeinen Organisationsstatuts der Partei beschickt. Nach diesen Bestimmungen sind die Delegierten vom Parteivorstand auf die Bezirksorganisationen nach Maßgabe der entrichteten Beiträge zu verteilen. Hiernach standen dem Bezirk Hannover-Braunschweig 13 Mandate für den Parteitag zu.

Der Bezirksvorstand beschloß dann, eine Unterverteilung der Mandate auf die Unterbezirke entsprechend der geleisteten Beiträge vorzunehmen. Dabei sollte aber jeder Unterbezirk mindestens ein Mandat erhalten. Nach diesem Verteilungsmodus erhielten die Unterbezirke: Hannover (damals noch Stadt und Land zusammen) 5, Hildesheim 2, Lüneburg 2 und alle übrigen 1 Mandat.

In den Unterbezirken wurden gewählt und haben den Parteitag besucht die Genossen: André (Hannover), Frau Evers (Hannover), Marhenke (Hannover), Sander (Wiesau), Suchomel (Peine), Frau Bartels (Hildesheim), Feller (Hildesheim), Gehrmann (Harburg), Markwardt (Lüneburg), Baumann (Nienburg), Fengler (Northheim), Lübke (Uelzen) und Ohlendorf (Braunschweig).

Außerdem nahmen aus unserem Bezirke am Parteitage teil der Genosse Brey als Mitglied der Kontrollkommission und die Genossin Helfers (Hameln) und Genosse Lau (Hannover) als Mitglieder des Parteiausschusses.

Arbeiterwohlfahrt.

Durch den Parteivorstand und den Parteiausschuß wurde beschlossen, eine besondere Organisation für Arbeiterwohlfahrt zu schaffen. Die Leitung dieser Organisation an der Zentralstelle in Berlin wurde der Genossin Suchacz übertragen. In den von der Zentralstelle herausgegebenen Richtlinien wurde als dringend notwendig bezeichnet, überall im Lande Bezirks- und Ortsausschüsse zu bilden, die gemeinsam mit der Zentralstelle das Nötige auf dem Gebiete der Arbeiterwohlfahrt zu tun hätten.

Auch wir haben versucht, in dieser Richtung uns zu betätigen. Ein erster Versuch zur Bildung eines Bezirks-Wohlfahrtsausschusses gelang nicht voll. Ein zweiter Versuch, der kurz nach dem Parteitage in Kassel unternommen wurde, hat

offenbar besseren Erfolg gehabt. Es war eine Konferenz nach Hannover einberufen, an der hauptsächlich Genossinnen aus Stadt und Land teilnahmen. Nach einem einleitenden Referat der Genossin Lehmann (Göttingen) und gründlicher Aussprache über die Materie wurde ein Bezirks-Wohlfahrtsausschuß bestimmt. Die Leitung des Ausschusses hat übernommen der Genosse Friedrich Feldmann, Hannover, Engelbosteler Damm 76.

Es muß nun in allen Orten mit größtem Nachdruck dahin gearbeitet werden, Ortsausschüsse für Arbeiterwohlfahrt zu schaffen. Besonders für unsere Genossinnen ist hier ein großes Feld segensreicher Tätigkeit gegeben. Genosse Feldmann ist gern bereit, jede gewünschte Auskunft zu erteilen.

Der Ortsausschuß Hannover hat im letzten Winter schon einen stark besuchten Kursus veranstaltet, in welchem interessierten Frauen Vorträge gehalten wurden über alle möglichen Gebiete des Wohlfahrtswesens. Der Kursus hat sehr viel Zuspruch gefunden, und es soll in geeigneter Weise weitergearbeitet werden.

Der Bezirksausschuß plant, für kommenden Winter einen ähnlichen Kursus zu veranstalten, in welchem Genossinnen aus den Provinzorten Gelegenheit zur Weiterbildung auf diesem Gebiete geboten werden soll.

In mehreren Orten unseres Bezirks sind auch schon Ortsausschüsse rege bei der praktischen Arbeit. Mögen bald recht viele Orte diesem guten Beispiele folgen!

Beamtenwerbung.

Beim Parteivorstand in Berlin ist seit etwa zwei Jahren eine Zentrale für Beamtenagitation eingerichtet. Aufgabe dieser Zentrale soll es sein, mit Hilfe von Bezirks- und Orts-Verbeauschüssen die Agitation in den Kreisen der Beamten zu beleben. Ueber die Wichtigkeit der Agitation für unsere Partei gerade in den Kreisen der Beamten kann kein Zweifel bestehen. Hängt doch die Sicherung und Fortentwicklung unserer republikanischen Staatsverfassung in hohem Maße ab von dem Verhalten der Beamten.

Der Bezirksvorstand hat denn auch — entsprechend der Wichtigkeit dieser Frage — sich mehrfach bemüht, in der oben angedeuteten Weise zu wirken. Leider war ein sichtbarer Erfolg noch nicht beschieden. Bei den mehrfachen Versuchen, einen Bezirks-Verbeauschuß für Beamtenagitation zu schaffen, ist es bisher nicht gelungen, einen wirklich arbeitsfähigen Ausschuß zustande zu bringen. Meist waren es wohl Personenfragen, die hindernd auftraten. Es soll nun möglichst bald ein neuer Versuch gemacht werden. Hoffentlich gelingt es dann, die geeigneten Männer für dieses Spezialgebiet unserer Agitations- und Organisationsarbeit zu gewinnen! Raffen sich die jetzt schon organisierten Genossen aus Beamtenkreisen aber nicht bald zur tatkräftigen eigenen Arbeit auf, dann wird es noch lange dauern, bis wir den so dringend nötigen Einfluß im Beamtentum bekommen. Von außen läßt sich die Bewegung in die verhältnismäßig abgeschlossene Beamtenkaste nur schwer hineinbringen. Mehr als sonstwo gilt für unsere Beamten-Genossen das Wort: *Selbst ist der Mann!*

Arbeitsgemeinschaft der Lehrer.

Auch über die politische Organisation der Lehrer und Lehrerinnen ist leider nicht viel Günstiges zu berichten. Wohl haben wir in den einzelnen Orten eine Anzahl arbeitsfreudiger Genossen und Genossinnen aus Lehrerkreisen politisch

organisiert, aber zu einer systematischen Erfassung dieser Schichten des Volkes ist es noch nicht gekommen. In der Stadt Hannover sind die organisierten Lehrer und Lehrerinnen zu einer Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen zusammengeschlossen. Von hier aus ist auch mehrfach versucht worden, die in anderen Orten des Bezirks vorhandenen organisierten Lehrer zu erfassen, bisher aber nur mit sehr geringem Erfolge. Es ist dringend erwünscht, daß sich die Vorstände der Ortsvereine bemühen, die Lehrerschaft politisch zu erfassen. Wo aber schon organisierte Lehrer vorhanden sind, müssen die Adressen dem Vorsitzenden der „Arbeitsgemeinschaft“ in Hannover, dem Genossen Kurt Büchse, Nikolaistraße 23, mitgeteilt werden.

Bildungswesen.

Auch in dieser Berichtszeit waren es die mehrfachen Wahlbewegungen, die die Kräfte der Organisation in höchstem Maße in Anspruch nahmen. Sowohl die persönliche Kraft der tätigen Genossen als auch die finanzielle Kraft der Organisation wurde in den verschiedenen Wahlkämpfen verbraucht. Es blieb dadurch für andere wichtige Aufgaben der Organisation nur geringe Entfaltungsmöglichkeit über. Naturgemäß litt unter diesen Schwierigkeiten auch das Bildungswesen sehr stark. Es ist aber versucht worden, trotz aller Schwierigkeiten auch auf diesem Gebiete einiges zu tun.

Für die politische Tagesarbeit sind den tätigen Genossen durch den Bezirksvorstand Handbücher, Broschüren usw. gratis zur Verfügung gestellt worden. Mit diesem Material versehen, hat mancher Genosse und manche Genossin gegenüber unseren politischen Widersachern der Partei gute Dienste leisten können.

Um den Genossen und Genossinnen im Bezirk ein tieferes Eindringen in die Geschichte unserer Partei zu ermöglichen, sind vom Bezirksbildungsausschuß im letzten Winter in den einzelnen Unterbezirken **Schulungskurse** veranstaltet worden, in denen Genosse Sebastian Prüll (Hannover) vortrug über:

„Soziale Utopien und kommunistische Bewegungen“
und

„Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“.

Die Schulungskurse wurden jedesmal in zweimal vier Vortragsfolgen in den Vororten der Unterbezirke abgehalten. Um den Genossen die Teilnahme möglichst zu erleichtern, fanden die Vorträge jedesmal an drei aufeinanderfolgenden Sonntagen und Sonntagen statt. Sonntags wurde vormittags und nachmittags vortragen.

Die Kurse sind abgehalten worden für Hannover-Stadt und für die Unterbezirke Hannover-Land, Nienburg, Lüneburg, Celle, Braunschweig, Hildesheim und Göttingen. Wegen der großen Entfernungen konnten in den Unterbezirken nicht alle interessierten Genossen die Vorträge hören. Es ist dann nachträglich noch ein Kursus abgehalten in Osterode, an welchem teilnehmen konnten Genossen aus den Unterbezirken Göttingen, Hildesheim und Braunschweig. Die Kurse waren meist recht gut besucht; aber bedauerlicherweise hörten nicht alle Teilnehmer sämtliche Vorträge. Irgendwelche wirtschaftliche oder persönliche Schwierigkeiten mögen Anlaß gewesen sein, daß einige Teilnehmer den einen oder anderen Vortragstag ausfallen ließen. Solche Unterbrechungen stören natürlich das Gesamtergebnis stark.

Immerhin können wir feststellen, daß von den beteiligten Genossen manches Wort des Lobes über diese Schulungskurse gesagt worden ist. Mancher wird doch ein gutes Stück neues Wissen mit heimgenommen haben, und viele werden angeregt worden sein, sich durch Selbststudium in den angeführten Wissensgebieten weiter zu vertiefen.

Es erscheint notwendig, solche Schulungskurse im kommenden Winter auch noch in anderen Orten der Unterbezirke abzuhalten, aus denen interessierte Genossen der räumlichen Schwierigkeiten wegen im letzten Winter nicht teilnehmen konnten. Der Bezirksbildungsausschuß wird auch versuchen, noch Kräfte zu finden, die in ähnlicher Weise wie Genosse Prüß vielleicht andere geeignete Wissensgebiete behandeln.

In einem Rundschreiben des Bezirksbildungsausschusses vom Oktober 1920 sind den Genossen in den Ortsvereinen des Bezirks Anregungen gegeben für die Bildungsarbeit des Winterhalbjahres 1920/21. Diesen Anregungen ist auch vielfach Folge gegeben. Soweit wie irgend möglich ist der Bezirksbildungsausschuß den Wünschen der einzelnen Orte nachgekommen.

Ein besonderes Merkblatt: Richtlinien und Leitsätze für unsere Bildungsarbeit, das gleichfalls im Oktober 1920 herauskam, gibt den einzelnen Ortsbildungsausschüssen Anregungen allgemeiner Art.

Zuschriften in Bildungssachen sind zu richten an: Bezirksbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei, Hannover, Deonstraße 15/16, Zimmer 1.

Kommunalpolitisches.

Durch die Revolution ist auch das Vorrecht der Besitzenden in der Verwaltung der Gemeinden gebrochen worden. Gerade in der Provinz Hannover war die Bevorrechtung der Besitzenden besonders stark. Nur in wenigen Städten war es in der früheren Zeit möglich, einzelne sozialdemokratische Bürgervorsteher zu wählen, und auch in den Landgemeinden gelang es nur wenigen Parteigenossen, in die Gemeinbeauschüsse einzudringen.

Das wurde mit der Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts auch für die Gemeinden plötzlich anders. Was für die Gemeinden gesagt ist, gilt ähnlich für die Betätigung in den Kreistagen. Ein sehr starker Einfluß der Sozialdemokratie — oft haben wir sogar die Mehrheit in Gemeinden und Kreistagen — macht sich seit der ersten Wahl nach der Revolution in der Kommunalpolitik des Bezirks geltend.

Bei der Pflöchlichkeit dieser Umgestaltung war es leider nicht immer möglich, in den einzelnen Ortsvereinen gleich die rechten Frauen und Männer für die Arbeit im Gemeindeparslament zu finden. Mancher Mißgriff ist bei der ersten Wahl zu den kommunalen Körperschaften erfolgt. Zu den Kreistagen ist inzwischen — gelegentlich der letzten Landtagswahl — neugewählt worden; hierbei haben Fehler beseitigt werden können. (Ueber das Ergebnis der Kreistagswahlen berichten wir an anderer Stelle.) Sowohl in den Städten wie in den Landgemeinden wird bei der nächsten Wahl, die stattfinden soll, sobald Städte- und Landgemeinde-Ordnung im Landtag verabschiedet sind, sehr sorgfältig geprüft werden müssen, welche Genossen und Genossinnen für die Wahl in Vorschlag zu bringen sind.

Da die Vertreter unserer Partei so plötzlich in die Arbeit der Kommunalpolitik hineinkamen, hat sich naturgemäß oftmals auch der Mangel an Kenntnissen bemerkbar

gemacht. Es ist immer wieder verlangt worden, der Bezirksvorstand möge etwas tun zur kommunalpolitischen Schulung. Der Bezirksvorstand erkennt die Berechtigung dieser Wünsche durchaus an und ist auch bereit, helfend einzugreifen. Leider haben sich bisher noch starke Widerstände — hauptsächlich finanzieller Art — ergeben, die der Durchführung gewisser Pläne, die in dieser Beziehung bestehen, entgegenstanden. Mit der zunehmenden Erstarkung der Parteifinanzen, die sich aus der Beitragserhöhung ergibt, hoffen wir die Schwierigkeiten auf diesem Gebiete bald beseitigen zu können.

Um aber auch in dieser Zwischenzeit für die kommunalpolitisch tätigen Genossen und Genossinnen etwas zu tun, hat der Bezirksvorstand eine Broschüre herausgegeben:

Wege und Ziele sozialdemokratischer Gemeindepolitik vom Genossen F. Thienst,

Wortführer des Bürgervorsteherkollegiums in Lehe,

die zu dem außerordentlich billigen Preise von 1,50 Mk. das Stück durch das Parteisekretariat in Hannover zu beziehen ist. Der Vorteil dieses Werkes liegt in seiner praktisch-vollstündlichen Art. Es wird darin nicht nur die sozialdemokratische Gemeindepolitik der Städte behandelt, sondern auch die Interessen der Landgemeinden finden entsprechende Berücksichtigung. Allen in der Gemeindepolitik Tätigen ist die Beschaffung dieses Werkes nur zu empfehlen.

Presse.

Nach der Revolution und der beginnenden Erstarkung der Parteiorganisation machte sich vielerorts der Wunsch bemerkbar, für das Gebiet der engeren Heimat ein eigenes Parteiorgan zu haben. Es ist denn auch in unserem Bezirke zu mehreren Neugründungen von Parteizeitungen gekommen. Nicht immer sind die finanziellen Schwierigkeiten eines solchen Unternehmens sofort genügend beachtet worden. Arbeitseifer und Opferwilligkeit der beteiligten Parteigenossen haben aber im allgemeinen die aufkommenden Schwierigkeiten besiegt. Da die Verhältnisse im Zeitungswesen aber immer schwieriger werden, soll nicht unterlassen werden, auch an dieser Stelle zur größten Vorsicht bei etwa noch geplanten Neugründungen zu mahnen. Zur Zeit haben wir in unserem Bezirke — nach der Größe des Abonnentenstandes geordnet — folgende Parteizeitungen:

- „Volkswille“ (Hannover),
- „Volksblatt“ (Harburg),
- „Volksblatt“ (Hildesheim),
- „Volksblatt“ (Göttingen),
- „Niedersächsische Volksstimme“ (Hameln),
- „Volksfreund“ (Braunschweig),
- „Oberweser-Volkszeitung“ (Holzminden),
- „Harzer Volkszeitung“ (Goslar),
- „Volksblatt“ (Lüneburg),
- „Niedersächsischer Volksbote“ (Syke).

Die Tätigkeit des Parteisekretariats.

Mit der Entwicklung unserer Organisation steigerte sich naturgemäß auch die Tätigkeit des Parteisekretariats. Während der Wahlkämpfe ist das Sekretariat in

sehr starkem Maße Vermittlerstelle für Redner gewesen. Um auch den noch nicht so ganz selbständigen Rednern und Rednerinnen beizuspringen, sind durch das Sekretariat sowohl zur Reichstagswahl als auch zur Landtagswahl gedruckte Rede-Konzepte herausgegeben. Diese Konzepte werden manchem Redner willkommenes Material gebracht haben, dem er aus eigenem Wissen natürlich noch manches zugeben mußte. Besonders für die noch im Berufsleben stehenden Redner wird die von uns herausgebrachte Sammlung von Material sehr wertvoll gewesen sein.

Ueber die Vermittlertätigkeit des Parteisekretariats bei Beschaffung von Rednern ist bisher keine genaue Statistik geführt worden. Wie groß aber auch diese Tätigkeit war, kann man daraus ersehen, daß das Parteisekretariat allein für Sonnabend, den 12., und Sonntag, den 13. Februar 1921 (letzter Sonntag vor der Landtagswahl), 65 Redner aus Hannover vermittelte, die zusammen in 160 Versammlungen sprachen.

Bei der Maifeier und der Revolutionsfeier haben wir in erweiterter Form Rede-Material herausgegeben. Bei diesen Feiern haben wir solche Massen-Anforderung von Rednern gehabt, daß den Wünschen in normaler Weise nicht entsprochen werden konnte. Wir haben deshalb einen fertigen, zusammenhängend bearbeiteten Entwurf zu einer Ansprache ausgearbeitet und den Ortsvereinen zur Verfügung gestellt. So konnten sich viele Orte mit eigenen Kräften — die sonst nicht rednerisch tätig waren — helfen.

Auch außerhalb der vorstehend angedeuteten besonderen Anlässe sind Redner-Anforderungen in großen Mengen an das Parteisekretariat gekommen und — soweit irgend möglich — auch den Wünschen der Kreis- und Ortsvereine entsprechend geregelt worden.

Neben den bekannten Rednern aus dem Bezirk hat noch 23 Versammlungen abgehalten der Genosse Richard Schwarz (Budapest), der über das Thema: „Der rote und der weiße Terror in Ungarn und seine Lehren für Deutschland“ sprach. Genosse Schwarz ist lange Jahre hindurch Redakteur am deutschen sozialdemokratischen Organ in Budapest gewesen. Er hatte die Zeit der Räteherrschaft in Ungarn mitgemacht und war somit ein sehr geeigneter Redner für das angegebene Thema.

Genosse Dr. Gustav Hoffmann aus Moskau sprach in 19 — meist gut besuchten — Versammlungen über: „Die Religion des Sozialismus“. In diesen Versammlungen ist es meist zu sehr interessanten philosophischen Auseinandersetzungen zwischen Hoffmann und anwesenden Geistlichen gekommen.

Der normale Verkehr des Parteisekretariats mit den Ortsvereinen in den allgemeinen Fragen der Agitation und des Organisationslebens wickelt sich ab in den Rundschreiben an die Ortsvereine. Bei wichtigen Anlässen und regelmäßig vierteljährlich zu den Abrechnungen wendet sich das Parteisekretariat in gedruckten Rundschreiben an alle Ortsvereine des Bezirks. Es sind solche Rundschreiben herausgegeben im Geschäftsjahr 1919/20 11 Stück und 1920/21 19 Stück. Von diesen Rundschreiben erhalten regelmäßig auch die Unterbezirke und die Kreisvorstände ein Exemplar zugesandt, damit auch diese Parteinstanzen sofort darüber unterrichtet sind, was vom Bezirksvorstand angeregt ist.

Außer mit den erwähnten Rundschreiben an die Ortsvereine ist das Parteisekretariat noch in einer großen Anzahl von Fällen mit allgemeinen Rundschreiben an die Unterbezirksvorstände und an die Kreisvorstände

herangetreten. Auf diese Art ist es gelungen, in allen allgemeinen Fragen ein gleichmäßiges und einheitliches Arbeiten in allen Teilen unseres Bezirks zu bewirken.

Neben diesen allgemeinen Mitteilungen an die Organe unserer Bezirksorganisation lief dann ein sehr lebhafter Schriftwechsel, der die verschiedensten Fragen des Parteilebens berührte.

Der Postverkehr des Parteisekretariats war folgender :

	Eingang			Ausgang		
	1919/20	1920/21	1911/12	1919/20	1920/21	1911/12
Briefe	4 008	5 353	935	2 397	4 951	661
Karten	1 112	1 764	342	361	579	119
Druckachen	284	757	303	11 133	24 498	5 586
Telegramme	19	26	12	44	28	13

Wie gewaltig der schriftliche Verkehr mit den Ortsvereinen gewachsen ist, ergibt die vorstehende Tabelle. Wir haben zum Vergleich auch in diesem Jahre noch einmal die entsprechenden Zahlen des „Wahljahres“ 1911/12 angefügt.

Wie früher die Kreisgeneralversammlungen, so sind auch jetzt regelmäßig die Unterbezirkskonferenzen durch einen Vertreter des Bezirksvorstandes besucht worden. In Lüneburg vertrat Genosse Schönleiter den Bezirksvorstand. Alle anderen Unterbezirkskonferenzen besuchte Genosse Lau im Auftrage des Bezirksvorstandes. Vielfach mußten die Sekretäre auch teilnehmen an Kreisversammlungen. Hinzu kommen noch die vielen Versammlungen, die die Sekretäre abhalten, so daß ein ständiges enges Zusammenarbeiten des Parteisekretariats mit den Mitgliedern im Bezirk gegeben ist.

Der Bezirksvorstand erledigte seine Arbeiten im Geschäftsjahr 1919/20 in 17 Sitzungen und 1920/21 in 26 Sitzungen. Außerdem wurden gemeinschaftliche Sitzungen des Bezirksvorstandes und der Preßkommission abgehalten: 1919/20 8 Sitzungen und 1920/21 6 Sitzungen.

Um den Genossen und Genossinnen — besonders den rednerisch tätigen — das notwendige Material an die Hand zu geben, hat der Bezirksvorstand auch noch eine Anzahl Bücher und Broschüren herausgegeben und gratis an die in Frage kommenden Genossen verteilt. Es wurden so geliefert: 17 Schriften in verschieden großer Auflage — insgesamt 13 000 Exemplare.

Für einen breiteren Kreis von Genossen bestimmt wurde noch eine Broschüre mit zwei Reichstagsreden der Genossen Bender und Osteroth in einer Auflage von 33 000 Exemplaren herausgegeben.

Die Welfenfrage berührt unsere Genossen im Bezirk natürlich sehr stark, und oft kam der Wunsch an uns, Material zum Kampfe gegen die Deutschhannoversche Partei (Welfen) zu liefern. Kurz vor der Landtagswahl im Februar 1921 waren wir in der Lage, eine kleine Schrift gegen die Welfen herausgeben zu können. Die 32 Seiten starke Broschüre, die den Titel:

Die welfische Partei

Was sie ist und was sie will

führt, bringt aus berufener Feder eine Fülle von Material, das zur Erkenntnis der wahren Gestalt dieser Partei dient. Der Bezirksvorstand konnte die Broschüre leider nicht gratis abgeben. Sie ist aber zu dem sehr niedrigen Preise von 1,50 Mk.

für das Stück vom Parteisekretariat zu beziehen. Wer die Broschüre noch nicht besitzt, sollte sie sich schnellstens beschaffen.

Beabsichtigt ist, noch eine Ergänzungsbroschüre herauszugeben, in welcher die wirtschaftliche Seite der Niedersachsen-Frage behandelt wird. Wir hoffen den Genossen hiervon bald nähere Nachricht geben zu können.

Mitgliederbewegung.

Der Bezirk zählte nach dem Bericht, der dem letzten Bezirksparteitag gegeben wurde, am 1. April 1919 401 Ortsvereine. In den zwei Jahren der jetzigen Berichtszeit — bis 31. März 1921 — stieg die Zahl der Ortsvereine um 359 auf 760. Wie die einzelnen Unterbezirke an dieser Veränderung beteiligt sind, läßt sich nicht ganz genau feststellen, weil zu Beginn der Berichtsperiode die Unterbezirkseinteilung noch nicht bestand. Seit Bestehen der Unterbezirke ergibt sich aber folgendes Bild bezüglich der Ortsvereine:

Unterbezirk	1. Januar 1920	31. März 1921	Zunahme
Hannover	160	215	55
Hildesheim	137	158	21
Göttingen	118	138	20
Braunschweig	67	103	36
Celle	49	52	3
Lüneburg	43	52	9
Nienburg	33	42	9

Bei Beurteilung dieser Zahlen muß man natürlich die Eigenart der einzelnen Unterbezirke berücksichtigen. In industriellen Gegenden wird man im allgemeinen natürlich unsere Bewegung schneller vorwärts bringen können als in rein ländlichen Gegenden. Auch die scheinbar weniger erfolgreiche Tätigkeit der Genossen in den abgelegenen Bezirken verdient volle Anerkennung. Das, was hier für die Ortsvereine gesagt ist, gilt natürlich in ähnlicher Art auch für die eigentliche Mitgliederbewegung.

Am 1. April 1919 betrug die Zahl der männlichen Mitglieder 47 523, die der weiblichen 13 450. Bis zum 31. März 1921 ergab sich bei den männlichen Mitgliedern eine Steigerung um 23 837 auf 71 360. Bei den weiblichen Mitgliedern war leider ein Verlust von 749 Mitgliedern zu verzeichnen. Der Bestand am 31. März 1921 war hier 12 701 weibliche Mitglieder.

So erfreulich das Anwachsen der Mitgliederzahl bei den männlichen Mitgliedern ist, — doppelt betäubend ist der Verlust bei den weiblichen Mitgliedern. Es muß Pflicht aller Genossen und aller Genossinnen sein, tatkräftig für eine Wiedergutmachung dieses Verlustes zu arbeiten. Wir müssen uns in dieser Richtung mit doppeltem Fleiße bemühen, weil das weibliche Element im politischen Leben noch Neuland ist und doch in starkem Maße die Gestaltung der politischen Dinge in Zukunft beeinflussen wird.

Nachstehend geben wir noch eine Tabelle, in der die Mitgliederbewegung in den Unterbezirken dargestellt ist. Die Uebersicht erstreckt sich über die 1 $\frac{1}{4}$ Jahre seit Einrichtung der Unterbezirke.

	1. Januar 1920			31. März 1921		
	männl.	weibl.		männl.	weibl.	
U.-B. Hannover	12 359	2 643	zuf. 15 002	13 489	2 397	zuf. 15 886
U.-B. Hildesheim	10 689	2 520	zuf. 13 209	10 803	2 150	zuf. 12 953
U.-B. Göttingen	6 953	961	zuf. 7 914	7 400	746	zuf. 8 146
U.-B. Braunschweig	3 977	367	zuf. 4 344	4 933	311	zuf. 5 244
U.-B. Celle	3 404	597	zuf. 4 001	3 116	508	zuf. 3 624
U.-B. Lüneburg	10 489	2 243	zuf. 12 732	10 671	2 103	zuf. 12 774
U.-B. Nienburg	3 254	562	zuf. 3 816	2 997	436	zuf. 3 433
Stadt Hannover	19 267	4 845	zuf. 24 112	17 951	4 050	zuf. 22 001
	70 392	14 738	zuf. 85 130	71 360	12 701	zuf. 84 061

Beim Vergleich dieser Zahlen muß aber beachtet werden, daß die Mitglieder-Angabe zu Beginn der Berichtsperiode ziemlich willkürlich gegriffen war. Erst nach und nach sind die sogenannten „Papierfoldaten“ ausgemerzt worden, und nunmehr ist ein besseres Verhältnis zwischen Mitgliederbestand und Beitragsleistung herbeigeführt.

Um nur ein Beispiel zum Beweise anzuführen, möchten wir auf den scheinbar trassen Fall von Hannover-Stadt hinweisen. Ein bloßer Vergleich der gegebenen Zahlen scheint zu beweisen, daß Hannover-Stadt 2111 Mitglieder verloren hat. Das stimmt aber nicht, sondern es ist inzwischen eine sorgfältige Ausfortierung der Mitglieder erfolgt, und alle Nichtzahlenden sind abgestoßen. Zum Beweise führen wir die Beitragsleistung an. Bei der Mitgliederzahl von 24 112 wurden nur 197 832 Wochenbeiträge geleistet, also im Durchschnitt pro Mitglied und Vierteljahr nur die sehr geringe Leistung von 8,20 Wochenbeiträgen. Im Schlußquartal aber, in welchem 22 001 Mitglieder angegeben sind, wurden 274 202 Beiträge gezahlt oder pro Mitglied und Vierteljahr eine Beitragsleistung von 12,46 Wochenbeiträgen. Wie man sieht, sind nunmehr alle Nichtzahlenden ausgemerzt. Ähnlich lag es auch in anderen Ortsvereinen; man muß deshalb die Vergleichszahlen vorsichtig genießen. Erst die Zahlen des nächsten Berichts werden klarere Vergleiche zulassen.

Kassenborgang im ganzen Bezirk

(einschl. der Ortsvereine)

während der Zeit vom 1. April 1920 bis zum 31. März 1921.

Einnahme:		Ausgabe:	
Kassenbestand am 1. 4. 1920	143 905,17 M	Für Reichstagswahl . . .	307 508,41 M
Für Neuaufnahmen . . .	14 133,50 M	Für Landtagswahlen, Gemeindevahlen und Kreis-	
Für Beiträge von männlichen Mitgliedern . . .	839 960,65 M	tagswahlen	240 324,86 M
Für Beiträge von weiblichen Mitgliedern . . .	115 439,85 M	Für Agitation	545 523,09 M
Einnahmen aus Listensammlungen	212 008,50 M	Für Verwaltung	172 923,53 M
Sonstige Einnahmen im Bezirk	443 579,41 M	Für Strafen und Prozesse .	12 619,99 M
Zuschuß vom Parteivorstand	40 000,— M	Abgeführt an den Parteivorstand	
		25 % der männl. Mitgl.	210 040,16 M
		25 % der weibl. Mitgl.	28 859,95 M
		Sonstige Ausgaben	70 906,25 M
		Kassenbestand am 31. 3. 21	220 320,84 M
	1 809 027,08 M		1 809 027,08 M

Zu beachten ist der verhältnismäßig hohe Kassenbestand, der im wesentlichen bei den Ortsvereinen war. Wie aus nachfolgender Aufrechnung ersichtlich, war der rechnungsmäßige Kassenbestand in der Bezirkskasse nur 103 597,78 M. Bei den Ortsvereinen war also ein Gesamtkassenbestand von 116 723,06 M. Kurz vor Schluß des Quartals war die Landtagswahl, die die Finanzen des Bezirks auf das aller schlimmste anspannte; trotzdem konnten die Ortsvereine so hohe Kassenbestände ansammeln. Das scheint uns ein ungesundes Verhältnis zu sein, und wir möchten auch an dieser Stelle die Ortsvereine mit hohem Kassenbestand dringend bitten, freiwillige Beiträge an den Bezirksvorstand zu leisten. Vom Bezirksvorstand wird — und mit Recht — Erfüllung vieler kultureller Aufgaben verlangt. Das können wir aber nicht, wenn wir andauernd in Schulden stecken.

Kassenvorgang in der Bezirkskasse.

Einnahme:		Ausgabe:	
Kassenbestand am 1. 10. 1919	1 286,69 M	An den Hauptvorstand:	
Aus noch restierenden Abrechnungen der Kreisvereine (frühere Verwaltungsform)	32 530,04 M	Für das Quartal:	
Aus den Ortsvereinen:		Oktober/Dezember 1919	34 103,17 M
Oktober/Dezember 1919*	86 120,42 M	Januar/März 1920	44 262,15 M
Januar/März 1920*	124 059,73 M	April/Juni 1920	46 449,81 M
April/Juni 1920*	143 512,64 M	Juli/September 1920	45 673,39 M
Juli/September 1920*	119 539,80 M	Oktober/Dezember 1920	54 136,41 M
Oktober/Dezember 1920*	144 921,38 M	Januar/März 1921	92 640,50 M
Januar/März 1921*	298 404,41 M	Verwaltungsgeld an die Unterbezirke	64 430,— M
Direkte Einnahmen der Bezirkskasse:		Gehälter an die Unterbezirkssekretäre	108 208,70 M
Vom Verlag des „Volkswillens“	10 000,— M	Gehälter an das Parteisekretariat	51 880,— M
Sammellisten	6 931,— M	Für Reichstagswahlen	112 084,15 M
Wahlfonds	20 876,63 M	Für Landtagswahlen:	
Einßen (1920)	242,85 M	in Preußen	52 944,55 M
Sonstiges	4 611,03 M	in Braunschweig	11 359,— M
Zuschuß vom Parteivorstand	46 000,— M	Für Agitation	147 935,78 M
		Für Verwaltung	56 099,16 M
		Für Sonstiges	1 502,88 M
		Für Straßen und Prozesse	11 729,19 M
		Kassenbestand am 31. März 1921	103 597,78 M
	1 039 036,62 M		1 039 036,62 M

Diese Abrechnung erstreckt sich über den Zeitraum vom 1. Oktober 1919 bis 31. März 1921, d. h. über die Zeit, während der die neue Bezirksorganisation besteht. Vergleichbare Anschlußzahlen sind nicht zu geben, weil die ganze Organisation umgeformt ist. — Am 31. März 1921 ergibt sich nach vorstehender Abrechnung ein Kassenbestand von 103 597,78 M. Von diesem Kassenbestand mußten einmal die erheblichen laufenden Ausgaben (sachliche und persönliche Verwaltungskosten usw.) des Vierteljahrs bis zum 1. Juli gezahlt werden, sodann

* Enthalten Erträge des Markenumjages, Eintrittsgelder, Sammellisten, Extramarken, Maimarken und freiwillige Gelder aus den Ortsvereinen durch die Quartalsabrechnungen.

waren aber auch noch große Rechnungen zu bezahlen. Um nur einige Beispiele zu geben, sei bemerkt, daß am 8. April 57 528,75 Mk. und am 10. Mai nochmals 30 000 Mk. an Meißner & Co. und am 9. Mai 2627,25 Mk. nachträglich zu leistende Heizungsgebühren an die „Solidarität“ gezahlt sind. Allein für diese drei Posten wurden also rund 90 000 Mk. ausgegeben.

Wir konnten all diese Leistungen nur tragen, weil wir ein Darlehen von 20 000 Mk. aufgenommen haben und weil auf unsere Bitte einige große Ortsvereine sich bereit fanden, uns im Laufe des Quartals Vorauszahlungen zu leisten.

Zu den Ausgabeposten „Reichstagswahl“ und „Landtagswahlen“ ist noch zu bemerken, daß mit den in dieser Abrechnung angeführten Zahlen die Ausgaben für Reichstags- und Landtagswahl bei weitem nicht richtig angegeben sind. Ein Teil der entstandenen Kosten ist nämlich erst im nächsten Quartal bezahlt und verrechnet. Wir bitten, die folgende Zusammenstellung zu beachten, in der die Druckkosten für Stimmzettel, Flugblätter und sonstige besondere Wahlunkosten enthalten sind.

Wahlkosten.

Für die Reichstagswahl:

3 687 000 Stimmzettel	30 253 M
2 199 500 Flugblätter	88 330 M
88 000 Plakate	15 344 M
Broschüren	11 281 M
Sonstige Wahlbrucksachen	12 876 M
Referenten (vom Bezirkskassierer bezahlt)	5 226 M
Besondere Ausgaben bei den Unterbezirken während des Wahlkampfes	7 000 M
Porto, Aushilfen usw. im Bezirkssekretariat	6 032 M
Wahlausgaben der Ortsvereine	180 364 M
	356 706 M

Für die Landtagswahlen in Preußen und Braunschweig:

7 764 000 Stimmzettel	57 756 M
1 236 000 Flugblätter	41 117 M
124 000 Plakate	9 551 M
Broschüren	6 505 M
Sonstige Wahlbrucksachen	7 758 M
Referenten (vom Bezirkskassierer bezahlt)	4 711 M
Besondere Verwaltungskosten bei den Unterbezirken während des Wahlkampfes	5 000 M
Porto, Aushilfen usw. im Bezirkssekretariat	5 589 M
Wahlausgaben der Ortsvereine	192 386 M
	330 373 M

Gesamtwahlkosten im ganzen Bezirk etwa 687 000 M.

Der Kapp-putsch und seine Folgen.

In die Berichtszeit fällt auch die Zeit des Kapp-Putsches. Es erscheint notwendig, auch an dieser Stelle noch nachträglich einiges zu diesem Versuch, die republikanische Staatsverfassung zu stürzen, zu sagen. Die folgenden Ausführungen sollen nicht eine ausführliche historische Darstellung der Geschehnisse vom März 1920 sein; das ist an anderer Stelle wiederholt und sehr eingehend geschehen.

Die beginnende ruhigere politische Stimmung in Deutschland wurde plötzlich unterbrochen, als am Sonnabend, 13. März 1920, die Nachricht durch die Lande eilte, daß in Berlin durch einen Militärputsch versucht sei, die verfassungsmäßige Regierung zu stürzen. Auch in Hannover haben die Vertreter der Arbeiterschaft sofort zu der neuen politischen Lage Stellung genommen. Es wurde sofort ein sechsgliedriger Aktionsausschuß von Partei und Gewerkschaften eingesetzt, dem später noch vier Vertreter der Unabhängigen und zwei Vertreter der Kommunisten, an die wir uns zur gemeinschaftlichen Durchführung der Aktion wandten, hinzutraten.

Noch am Nachmittage des 13. März beschloßen die Obleute und die Vertrauensleute der Betriebe auf Vorschlag des Aktionsausschusses einstimmig, die Arbeiterschaft Hannovers zum Generalstreik aufzufordern. Die Arbeiterschaft ist dieser Parole auch einmütig gefolgt, und in den nächsten Tagen hat das gesamte Wirtschaftsleben Hannovers stillgelegen. Soweit es möglich war, ist die Parole auch nach außerhalb weitergegeben, und tatsächlich hat auch im ganzen Bezirk die Arbeit geruht.

Nachdem durch die einmütige Abwehrstellung des werktätigen Volkes in ganz Deutschland die Putsch-Regierung in Berlin gestürzt war, ist auch in Hannover und den meisten Orten unseres Bezirkes am Freitag, 19. März, morgens, die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Unabhängige und Kommunisten wollten in Hannover die Bewegung noch weitertreiben. Die Besonnenheit der hannoverschen Arbeiterschaft verhinderte aber diesen ziel- und zwecklosen Kampf. Nur in einzelnen Orten des Bezirks, wo Unabhängige und Kommunisten die Mehrheit hatten, hat der Streik noch länger angehalten, natürlich ohne weitere Erfolge für die beteiligte Arbeiterschaft zu zeitigen.

In Hannover kam es durch das provozierende Verhalten einmarschierender Reichswehr vor dem Gewerkschaftshause zu einer größeren Schießerei, die leider auch eine erhebliche Anzahl Opfer an Toten und Verwundeten aus den Reihen der Arbeiterschaft forderte.

Die Absicht der Deutsch-Hannoveraner (Welfen), am Feuer des Kapp-Putsches ihr eigenes Parteisüpplein zu kochen, ist besonders durch die streng ablehnende Haltung der sozialdemokratischen Führer vereitelt worden.

Von vielen Ortsvereinen unseres Bezirkes wurde uns nach dem Kapp-Putsch gemeldet, daß die Justiz Untersuchungen einleitete gegen Parteigenossen, die zur Verteidigung der republikanischen Verfassung irgendwelche Dinge unternommen hatten, die nach der Auffassung der fraglichen Juristen einen Verstoß gegen die Strafgesetze darstellten. Der Bezirksvorstand hat hierbei sofort eingegriffen, und durch das tatkräftige Eingreifen unseres Rechtsanwalts sind die fraglichen strafrechtlichen Untersuchungen usw. schnellstens zugunsten unserer Genossen entchieden.

Eine Folge des Kapp-Putsches war dann die

Reichstagswahl vom 6. Juni 1920.

Wie nicht anders zu erwarten war, verlor unsere Partei bei dieser Wahl Wählerstimmen und Mandate. Auch in unserem Bezirk war ein erheblicher Rückgang der Stimmen — gegenüber der Wahl zur Nationalversammlung — zu verzeichnen. Die Parteigenossen haben sich durch diesen Mißerfolg aber nicht dauernd niederdrücken lassen. Sofort nach der Wahl richtete der Bezirksvorstand ein Rundschreiben an die Ortsvereine, worin versucht wurde, den Mißerfolg zu erklären, und worin die Parteigenossen und -genossinnen aufgefordert wurden, nun doppelt zu arbeiten und zu rüsten, damit beim nächsten Wahlkampf die erlittene Schlappe wieder gutgemacht werden könne.

Dieser Aufforderung sind die Parteigenossen auch allwärts gefolgt. Sobald die Ernte beendet war, setzte ein reges Versammlungsleben ein. Überall rührte man sich, versuchte die Indifferenten aufzuklären und die eigenen Genossen zu festigen. Daß diese Arbeit nicht nutzlos war, beweist der Ausfall der

preußischen Landtagswahl,

die am 20. Februar 1921 stattfand. Gleichzeitig mit der Landtagswahl fanden auch statt

die Provinziallandtagswahl und die Kreistagswahlen.

Bei den letzten beiden Wahlen ist das Ergebnis ein ähnliches wie bei der gleichzeitigen Landtagswahl. Nur in einzelnen Kreisen sind Quertreiber am Werke gewesen, die dafür sorgten, daß außer der offiziellen sozialdemokratischen Liste zur Kreistagswahl noch andere Listen aus Bevölkerungskreisen, die der Partei nahestehen, aufgestellt wurden. Solchem Beginnen muß natürlich aufs schärfste entgegengetreten werden, weil durch solche Doppel-Wahlvorschläge nur die Kraft des werktätigen Volkes zersplittert und die Position unserer Gegner gestärkt wird. Auch in solchen Fällen gilt natürlich das Wort: „Ei n i g k e i t m a c h t s t a r k!“

Wir geben nachstehend das Wahlergebnis in den beiden in Betracht kommenden Wahlkreisen Hannover-Süd und Hannover-Ost nach den amtlichen Ermittlungen.

A. Reichstag.

18. Wahlkreis (Süd-Hannover-Braunschweig).

Sozialdemokraten	277 680 (4 Sitze)
Welfen	133 268 (2 Sitze)
Zentrum	48 901
Demokraten	52 469
Deutsche Volkspartei	201 448 (3 Sitze)
Unabh. Sozialdemokr. Partei	185 572 (3 Sitze)
Deutschnationale	68 212 (1 Sitz)
Deutschsozialisten	649
Nationaldemokraten	636
Kommunisten	4 392

Gewählt wurden die Sozialdemokraten: B r e y (Hannover), R i e t z e (Braunschweig), H a r t l e i b (Hannover) und F i j c h e r (Neuhaldensleben).

17. Wahlkreis (Ost-Hannover).

Sozialdemokraten	132 259 (2 Sitze)
Welfen	166 527 (2 Sitze)
Zentrum	5 299
Demokraten	29 621
Deutsche Volkspartei	63 425 (1 Sitz)
Unabh. Sozialdemokr. Partei	52 042
Deutschnationale	33 531
Kommunisten	2 305

Gewählt wurden die Sozialdemokraten Lesche (Hamburg) und Peine (Bremen).

B. Preussischer Landtag.

16. Wahlkreis (Süd-Hannover).

Sozialdemokraten	296 531
Unabh. Sozialdemokr. Partei	16 438
Kommunisten	25 389
Demokraten	33 220
Deutsche Volkspartei	136 010
Deutschnationale	55 709
Niederjachsen	165 365

Gewählt wurden die Sozialdemokraten: Leinert (Hannover), Frau Helfers (Hameln), Stephan (Hildesheim), Müller (Hannover), Müller (Hameln), Schröder (Osterode) und Schropp (Zellerfeld).

15. Wahlkreis (Ost-Hannover).

Sozialdemokraten	150 401
Unabh. Sozialdemokr. Partei	18 897
Kommunisten	17 522
Demokraten	21 137
Deutsche Volkspartei	66 626
Deutschnationale	44 243
Niederjachsen (Welfen und Zentrum)	144 061

Gewählt wurden die Sozialdemokraten: Dellerich (Lehe), Gehrmann (Harburg), Frau Röger (Wilhelmsburg). Auf Reststimmen kam später noch Hempel (Celle) hinzu.

Ueber den Ausfall der mit der Landtagswahl gleichzeitig vorgenommenen Provinziallandtags- und Kreistagswahl geben wir weiter hinten noch eine tabellarische Uebersicht.

Auch geben wir eine Uebersicht über die Landtagswahl mit vergleichenden Zahlen der Reichstagswahl 1920, geordnet nach Kreisen und Regierungsbezirken. Bei dieser Statistik ist aber zu beachten, daß das Material dazu den Kreiszeitungen entnommen ist. Es hat nicht Anspruch auf unbedingte Richtigkeit, kann aber trotzdem in der Agitation von Wert sein.

Stimmresultat der preußischen Landtagswahl am 20. Februar 1921. Zum Vergleich sind die Ergebnisse der Reichstagswahl am 6. Juni 1920 mit angeführt. **Regierungsbezirk Hannover.**

Wahlkreis Hannover-Städ.

K r e i s	Ein- wohner	E r h i e l t e n e n S t i m m e n :												G e s a m t z a h l			
		S o z i a l d e m o k r .		U . S . P .		K o m m u n .		D r . V o l k s p .		D . V . P .		D . - H a n n o v .				F e m o l t r a t e n	
		1920	1921	1920	1921	1920	1921	1920	1921	1920	1921	1920	1921			1920	1921
Diepholz	23 742	2 381	1 885	177	49	—	1	362	1 086	1 351	900	3 677	3 349	1 164	782	9 074	8 052
Hanneln	62 612	12 072	14 647	4 260	555	401	654	1 581	1 221	11 953	6 546	8 331	7 164	2 396	1 698	41 742	32 485
Hannover = St. . .	397 036	87 049	102 002	28 900	3826	1074	12 845	16 209	17 763	45 416	48 502	35 760	43 687	10 156	11 135	236 708	239 760
Hannover = Sb. . .	27 307	7 179	8 020	1 141	162	55	344	271	357	1 075	918	3 058	4 410	251	287	13 374	14 498
Hoya	28 004	2 179	1 974	346	4	30	241	725	1 725	3 640	3 033	4 163	2 953	664	696	11 754	10 579
Lindern	37 638	11 456	12 497	1 676	48	9	730	852	1 071	2 455	1 653	4 529	4 517	842	692	17 867	15 408
Neuhald. a. R. . .	33 571	5 310	6 114	1 077	25	—	283	1 139	1 179	2 553	1 757	5 715	5 571	313	479	16 174	15 408
Nienburg	29 701	4 863	4 751	655	2	—	448	1 881	2 804	2 522	2 019	7 334	2 799	513	424	17 867	13 247
Springe	30 225	7 085	7 645	1 053	53	40	442	908	690	1 629	1 514	5 291	5 345	371	564	16 557	16 251
Stolzenau	30 002	3 103	3 259	38	3	1	29	706	649	1 676	1 456	6 803	6 770	463	435	12 815	11 601
Süntgen	22 082	804	957	333	29	2	23	1 599	2 908	1 658	1 332	2 954	2 235	517	593	7 868	8 077
Sylte	46 015	3 639	3 600	1 869	287	23	557	746	1 148	5 304	4 455	4 559	6 266	1 492	1 464	19 619	17 777
Zusammen	767 936	150 832	167 349	41 525	6043	1635	16 597	26 979	32 601	81 232	74 085	92 174	95 068	19 141	19 249	429 254	408 943

Regierungsbezirk Hildesheim.

Melf	28 551	5 846	7 963	2 466	3	194	964	537	1 226	2 816	2 656	1 865	2 175	1 029	666
Ruderslab . . .	26 279	722	1 002	939	405	—	14	125	623	842	933	239	10 665	168	128
Einbe	25 869	5 581	6 424	1 045	87	—	289	421	163	2 256	2 249	3 944	3 691	582	589
Wittingen-St. . .	41 205	4 452	6 112	2 511	675	35	423	3 082	3 592	7 365	7 456	1 682	2 702	2 306	1 990
Wittingen-Lb. . .	34 305	6 836	8 760	1 897	531	6	67	1 190	1 144	2 718	3 651	1 316	2 758	997	906
Woslar	51 891	10 315	8 067	4 023	265	207	437	4 351	2 068	4 833	4 031	2 185	2 071	913	682
Wronau	19 971	4 545	5 762	1 442	173	9	205	701	686	1 731	1 580	899	6 972	1 767	1 709
Hildesheim-St. .	53 543	10 540	11 812	1 668	225	212	459	1 366	1 543	8 872	8 730	1 779	7 156	243	181
Hildesheim-Lb. .	29 311	5 336	5 842	546	20	251	268	483	697	1 726	1 496	1 339	1 557	573	476
Hilb	16 255	268	1 156	3 879	2593	—	449	523	579	1 585	1 652	1 110	5 008	902	868
Marinburg . . .	35 942	6 617	8 080	2 015	97	72	267	1 525	1 702	3 996	2 996	2 380	2 190	871	877
Münt.	26 263	5 252	5 932	1 224	613	124	273	1 173	1 199	2 533	2 677	3 013	3 583	814	533
Northeim	32 698	6 945	8 111	911	39	—	246	1 625	1 498	3 147	3 457	2 239	2 811	1 162	991
Niederode	43 232	6 399	8 582	4 933	742	2	1 535	920	1 359	5 954	5 837	4 406	5 777	882	649
Reine	50 970	8 540	10 910	7 500	6068	139	1 329	632	867	4 653	3 744	2 436	2 005	415	420
Uslar	19 754	4 149	5 014	709	7	—	119	607	902	1 683	1 881	1 839	2 005	935	984
Welfenfeld . . .	26 594	6 164	8 174	2 685	147	—	421	918	1 019	3 446	3 019	1 140	957	991	859
Zusammen	562 633	98 507	116 803	40 393	12 690	1251	7 785	20 179	20 868	60 106	57 545	33 558	64 441	15 060	12 918

Regierungsbezirk Lüneburg.

Zusammen	562 633	98 507	116 803	40 393	12 690	1251	7 785	20 179	20 868	60 106	57 545	33 558	64 441	15 060	12 918
-----------------	----------------	---------------	----------------	---------------	---------------	-------------	--------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------

Wahlkreis Hannover-Städ.

Wiethe	19 731	2 343	1 371	632	3	2	172	1 045	1 407	1 290	553	4 473	2 771	1 448	87	9 947	6 364
Burgdorf	54 101	8 289	10 372	2 655	864	64	486	481	776	4 614	3 700	8 311	8 281	1 371	855	26 167	25 334
Gelle-Stadt	23 890	3 232	4 294	1 994	64	46	956	633	920	2 832	2 846	2 468	2 342	536	527	12 061	11 949
Gelle-Land	42 759	5 303	6 383	1 767	32	48	981	971	1 533	2 099	2 047	9 235	8 500	692	308	20 257	19 784
Dannenberg	12 886	1 408	1 910	463	—	—	95	204	438	655	672	3 172	2 462	295	248	6 199	5 825
Grallinghof	38 276	4 830	5 317	818	163	10	318	1 105	1 693	3 813	4 042	6 094	4 688	449	173	17 146	16 394
Elbhorn	36 908	2 872	5 630	2 749	190	—	—	1 088	1 250	1 592	1 520	7 560	5 785	704	510	16 594	16 595
Harburg = Elb.	66 317	15 983	17 149	6 780	1527	57	3 774	1 082	1 298	7 199	3 372	2 492	1 944	2 404	2 083	36 696	36 147
Harburg = Ob.	62 193	12 742	11 764	3 628	620	4	2 016	2 401	2 533	4 189	4 373	6 401	6 391	2 009	1 717	30 337	29 414
Verhagen	20 668	1 793	2 387	82	51	22	4	1 010	1 314	709	752	5 363	4 522	278	183	9 267	9 213
Sachsen	29 183	1 635	2 973	887	243	—	367	514	1 169	2 091	2 003	6 607	5 369	727	366	12 490	12 490
Quineburg = Elb.	27 405	5 359	5 994	1 679	267	69	796	620	1 149	3 216	3 454	2 288	1 832	1 817	1 241	15 248	14 733
Wineburg = Ob.	22 647	3 140	3 016	604	9	17	273	905	1 678	1 220	765	4 485	3 632	670	516	11 064	9 899
Soltan	25 039	2 930	3 217	423	3	7	205	341	696	2 043	1 952	5 658	4 960	419	276	11 851	11 309
Uelzen	53 558	7 779	8 433	972	—	151	455	2 164	2 428	2 779	2 408	12 634	10 970	748	513	27 355	25 207
Witten a. d. R.	29 658	2 992	3 336	494	17	13	231	2 814	2 968	1 642	2 043	5 851	4 807	934	455	14 759	13 857
Zusammen	560 290	82 630	93 546	26 627	4763	510	11 129	17 388	23 250	41 983	37 502	93 092	79 276	14 201	10 058	277 438	264 514

Regierungsbezirk Stade.

Wohn.	29 617	3 185	3 659	2 926	1937	198	347	313	719	1 404	1 721	4 365	4 050	1 433	1 039	14 200	13 472
Flumental	38 995	3 883	4 554	6 624	4611	1195	2 075	718	788	865	1 602	3 810	4 228	1 113	1 023	19 118	18 881
Brennerbörde	20 499	947	1 151	345	309	—	56	400	685	494	456	6 782	6 196	593	412	9 564	7 265
Geestm. = Elb.	24 586	5 137	5 811	3 655	1913	—	923	1 072	1 368	2 486	2 674	1 114	1 109	1 763	1 220	16 227	15 018
Geestm. = Ob.	27 630	2 146	2 395	669	215	14	156	1 549	1 646	646	805	3 908	3 914	353	362	9 285	12 493
Sadeln	16 777	1 798	1 827	262	29	—	26	1 586	2 204	521	776	2 973	2 310	502	333	7 646	7 405
Rebdingen	18 355	2 761	3 342	424	—	—	—	1 576	1 668	694	1 036	1 559	1 016	593	536	7 614	7 598
Reje	60 767	9 945	11 093	5 063	2145	—	1 501	2 571	3 533	2 021	2 645	?	5 656	2 979	2 006	22 579	28 579
Reuthaus	27 149	1 879	1 929	958	100	—	421	2 189	1 616	2 083	2 415	3 686	3 981	813	323	11 619	10 785
Dierholz	30 576	2 841	2 751	1 757	1149	271	403	526	578	1 787	1 820	6 585	5 447	737	467	14 521	12 615
Rotenburg	26 753	2 035	2 058	306	111	—	19	593	915	942	1 394	7 385	6 143	1 183	1 070	12 445	11 710
Stade	42 621	5 568	6 378	328	143	11	106	769	1 477	2 475	2 817	8 131	7 354	2 313	1 109	19 655	19 384
Verden	27 872	3 561	3 872	1 415	951	53	85	713	1 479	2 484	2 596	4 599	3 642	652	358	13 918	12 983
Wort	19 908	2 900	3 016	269	40	—	64	803	897	1 447	1 456	5 558	3 409	617	417	9 601	9 299
Wob. n.	18 918	767	547	93	35	—	4	700	891	362	1 035	6 260	5 141	566	511	8 749	8 164
Zusammen	430 823	49 353	55 383	25 094	13 688	1742	6 186	16 078	20 464	20 711	25 248	64 715	63 596	16 110	11 186	201 741	195 651

In der Gesamtzahl für 1920 find die für Centrum, Deutsch-Soziale und National-Demokraten abgerechneten Stimmen mitzählen.
 Ergebnis der bürgerl. Parteien v. 1921 unter 9358.

Freistaat Braunschweig.

Braunsch.-St.	—	7 268	8 228	38961	17399	1260	4159	15 831	—	16 352	33 645	3052	—	6 726	3 474	91 043	66 905
Waltend. = Ob.	—	2 441	2 683	9718	4305	68	390	1 864	—	7 405	6 224	731	—	2 534	4 134	25 411	17 736
Waltend. = Ob.	—	2 730	3 068	8910	3265	126	622	3 294	—	4 492	6 259	574	—	1 540	1 440	21 881	14 654
Waltend. = Ob.	—	5 502	7 636	6161	3913	9	447	916	—	6 127	7 915	318	—	1 491	1 987	20 571	21 898
Waltend. = Ob.	—	3 360	4 925	17557	10320	149	636	4 005	—	10 225	12 665	1414	—	2 739	4 277	40 516	32 823
Waltend. = Ob.	—	5 013	6 831	9206	4614	42	456	1 717	—	7 133	7 091	782	—	1 907	2 312	26 177	21 304
Waltend. = Ob.	—	3 548	5 663	16830	9360	212	2064	2 709	—	11 421	15 251	530	—	2 628	4 311	38 330	36 649
Zusammen	—	29 862	39 034	108 343	53 057	1866	8774	30 336	—	163 155	89 048	7401	—	19 565	21 935	263 929	211 969

Die unter 1921 angeführten Zahlen find die Ergebnisse der Freistaatswahlen vom 29. Okt. 1921.

Provinzial-Landtagswahl 1921 — amtliches Ergebnis.

Die Gesamtzahl der Stimmen und ihre Verteilung auf die Reg.-Bezirke und auf die einzelnen Wahlbezirke.

Wahlbezirk	Wahlziffer	Liste mit dem Kennwort												Zusammen
		D.-Nat. Volks- partei	Deutsche Volks- partei	Nieder- sächsen	Deutscher Mann.	Frei- krieger	Elbe- Weiler	Off- Friedl.	Heuer- leute	D.- Dem. Partei	S.P.D.	U.S.P. D.	Ver- ein. komm. Partei	
Hannover	14 394	29 291	71 465	96 103	—	—	—	—	—	18 358	166 421	4 863	16 531	403 032
Hildesheim	14 745	19 750	62 089	61 526	—	—	—	—	—	12 603	122 222	9 420	7 299	294 909
Lüneburg	12 796	26 055	34 900	77 215	—	—	—	—	—	9 266	94 260	4 418	9 733	255 927
Stade	11 530	—	—	—	—	—	112 172	—	—	—	54 007	12 901	5 391	184 473
Dönnabrück	12 154	10 019	22 124	—	89 830	—	—	—	9 272	10 467	34 986	4 040	1 571	182 309
Murich	8 993	13 406	20 445	—	—	5 031	—	5 357	—	13 463	16 904	10 495	4 836	89 937
Summe der Stimmen für jede Kennwortgruppe		98 521	211 023	234 844	89 830	5 031	112 172	5 357	9 272	64 157	488 800	46 217	45 361	1 410 587

Die Verteilung der Mandate auf die Wahlbezirke.

Hannover	2	5	7	—	—	—	—	—	—	1	12	—	1	28
Hildesheim	1	4	4	—	—	—	—	—	—	1	8	1	1	20
Lüneburg	2	3	6	—	—	—	—	—	—	1	7	—	1	20
Stade	—	—	—	—	—	10	—	—	—	—	5	1	—	16
Verden	1	2	—	—	7	—	—	—	1	1	3	—	—	15
Verden	1	2	—	—	—	1	—	—	—	1	2	1	1	10
Zusammen	7	16	17	7	1	10	1	1	1	5	37	3	4	109

Stimmen „Nordwest“ erhielt 2 Stimmen und kein Mandat.

Ergebnis der Kreistagswahlen

aus den Landkreisen im Bezirk Hannover-Braunschweig.

Kreis	Gesamt- zahl der Abgeordn.	Bisher waren	Sozial- demo- fraten	Bisher waren	l. S. P.	Bisher waren	Komm- munist.	Bisher waren	Bürg., Bau- erliche	Bisher waren
Alfeld	20	23	10	14	—	—	1	—	9	9
Bledede	20	20	4	2	—	—	1	—	15	18
Burgdorf	24	31	10	10	1	—	—	—	13	21
Celle	22	27	7	7	—	—	1	—	14	20
Dannenberg	20	20	6	8	—	—	—	—	14	12
Diepholz	20	21	5	2	—	—	—	—	15	19
Duderstadt	20	22	1	1	—	—	—	—	19	21
Einbeck	20	22	9	10	—	—	—	—	11	12
Fallingb. ostel	20	23	7	6	—	—	—	—	13	17
Gifhorn	21	26	7	7	2	—	—	—	12	19
Goslar	24	32	12	16	—	—	1	—	11	16
Göttingen	20	25	10	13	1	—	—	—	9	12
Gronau	20	20	10	12	—	—	—	—	10	8
Hameln	25	34	12	14	—	—	1	—	12	20
Hannover	20	22	11	14	—	—	1	—	8	8
Harburg	25	34	10	15	—	1	2	—	13	18
Hildesheim	20	23	8	9	—	—	—	—	12	14
Hoya	20	22	3	1	—	—	—	—	17	21
Ilfeld	20	20	3	10	7	—	1	—	9	10
Jenhausen	20	20	3	2	—	—	—	—	17	18
Linden	21	27	12	22	—	—	1	—	8	5
Lüchow	20	21	2	1	—	—	1	—	17	20
Lüneburg	20	20	6	6	—	—	1	—	13	14
Marienburg	21	27	9	11	—	—	—	—	12*	16
Münden	20	22	8	9	1	2	—	—	11	11
Neustadt a. R.	20	25	8	13	—	—	—	—	12	12
Nienburg	20	23	7	11	—	—	1	—	12	12
Northheim	20	24	10	10	—	—	—	—	10	14
Osterode a. S.	22	29	9	16	—	—	2	—	11	13
Peine	24	32	10	12	3	6	1	—	10	14
Soltau	20	20	6	4	—	—	—	—	14	16
Springe	20	24	9	13	—	—	1	—	10	11
Stolzenau	20	23	5	5	—	—	—	—	15	18
Sulingen	20	20	1	—	—	—	—	—	19	20
Sylte	23	29	4	5	—	—	1	—	18	24
Uelzen	24	32	8	7	—	—	—	—	16	25
Uslar	20	20	10	6	—	—	—	—	10	14
Winzen a. d. L.	20	24	5	6	—	—	—	—	15	18
Zellerfeld	20	24	11	11	—	—	1	—	8	13

Freistaat Braunschweig.

Braunschweig	15	15	2	2	4	6	—	—	9	7
Blantenburg	15	15	3	3	4	3	—	—	8	9
Gandersheim	21	21	7	5	4	7	—	—	10	9
Helmstedt	26	26	4	4	8	8	—	—	14	14
Holzminde	20	20	7	5	4	6	—	—	9	9
Wolfenbüttel	26	26	4	4	7	10	1	—	15	13

Zusammen	939	1077	316	344	46	49	20	—	569	664
----------	-----	------	-----	-----	----	----	----	---	-----	-----

* Ein Mandat des Christlichen Landarbeiter-Verbandes einbegriffen.

Bericht über den Stand des „Volkswillens“ vom 1. April 1919 bis zum 31. März 1921.

„Die Revolution oder besser der Umsturz vom November 1918 hat uns vor vollständig neue Aufgaben gestellt“, so schlossen wir unseren letzten Bericht über das Jahr 1919. Langsam aber stetig, kaum bemerkbar, vollzieht sich eine Umstellung unseres gesamten Wirtschaftslebens.

Das Ringen in der Politik um die Demokratie tritt äußerlich natürlich mehr in die Erscheinung als die „Neuorientierung“ in der Weltwirtschaft. Von außen gesehen scheint es, als ob die letzten beiden Jahre wesentliche Änderungen nicht gezeigt hätten, und doch hat sich in unserem engen Wirkungskreise so manches durchgesetzt, das sonst wohl noch ein Jahrzehnt geruht hätte.

Wie im ganzen Reiche, trat auch in unserem Bezirke das begreifliche Bestreben hervor, in den einzelnen Kreisen eigene Parteizeitungen zu besitzen. Nacheinander haben die Orte Hildesheim, Goslar, Hameln und Göttingen sich eigene Pressorgane geschaffen; über den Stand derselben werden diese Orte selbst berichten. Wir überwiesen unseren Bruderorganen in Hildesheim zirka 6000, Goslar zirka 4000, Hameln zirka 4000 und Göttingen zirka 3000 Abonnenten.

Im letzten Bericht teilten wir mit, daß wir eine Bezieherzahl von zirka 54 000 mustern konnten. Außer der Abgabe von zirka 17 000 Exemplaren an die Provinzunternehmen hütten wir durch die Gegenagitation der USPD. und der SPD. ungefähr 3000 Abonnenten ein. Einige tausend Bezieher sind abgesprungen infolge der wiederholten Steigerung des Bezugspreises. Durch die Propaganda der Genossen haben wir den letzten Ausfall nahezu wieder wettgemacht, so daß wir einen festen Stamm von annähernd 34 000 Abonnenten haben, der treu zu uns gestanden hat und uns auch ferner die Treue bewahren wird. Die Erhöhungen der Bezugspreise, die notwendig waren, um die ununterbrochenen Preissteigerungen auszugleichen, wurden zum Teil auch zum Ausbau des „Volkswillens“ verwendet.

Unser Organ erscheint jetzt wieder im Umfange der Vorkriegszeit. Eine wesentliche Verbesserung des redaktionellen Teils ist erfolgt. Fast alle unsere Teilbestrebungen finden im Inhalt besondere Pflege. Frauenfrage, Jugendbewegung, Sport und Landwirtschaft haben ihren besonderen Teil erhalten.

Aus dem folgenden Kassenbericht ist zu ersehen, daß der finanzielle Stand, wenn auch nicht gut, so doch als den Verhältnissen entsprechend zu bezeichnen ist. Die großen Zahlen müssen durchweg nach dem Wert unseres Geldes bemessen und dürfen nicht im Vergleich mit dem früheren Wert betrachtet werden.

Alles in allem können wir jedoch ohne besondere Sorge in die Zukunft schauen, wenn die Genossen und Genossinnen wie bisher durch kräftige Mitarbeit beim Ausbau beihilflich sind.

Es geht vorwärts und aufwärts trotz aller Widerstände.

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. April 1919 bis zum 31. März 1921.

Verluste.	1919/20		1920/21		Gewinne.		1919/20		1920/21	
	M.	§	M.	§			M.	§	M.	§
Redaktions-Konto	26 834	52	54 424	48	Abonnements-Konto		574 148	38	1 285 907	37
M.-ZB. („Volk u. Zeit“-Konto	44 965	10	71 566	10	Zeitungs-Verkauf		2 929	39	1 756	20
Expeditions-Konto	43 738	81	80 089	13	Unterlagen-Konto		423 089	14	924 489	55
Druckerei-Konto	699 203	05	1 497 856	05	Büfural-Konto		362	65	559	—
Gehalts-Konto	123 117	95	250 818	—	Konto pro Diverſe		3 230	70	3 965	90
Verſicherungsk-Konto	13 828	04	36 159	74	Zinsen-Konto		7 300	—	2 421	75
Mobilitäten-Konto (1921 Abſchreibung)	136	—	764	—						
Unſolten-Konto	12 162	18	42 405	78						
Konto für ſozialpolitiſche Zwecke *	35 000	—	22 500	—						
Proviſions-Konto	2 393	32	12 353	—						
Konto Dubio (Abſchreibung)	—	—	2 287	29						
Kapital-Konto (Gewinn)	9 651	29	147 876	20						
	1 011 060	26	2 219 099	77			1 011 060	26	2 219 099	77

Vermögens-Bilanß am 31. März 1920 und am 31. März 1921.

Aktiva.	1920		1921		Paſſiva.	1920		1921	
	M.	§	M.	§		M.	§	M.	§
Kaſſen-Konto	223	64	26 517	82	Dellredere-Konto	40 000	—	40 000	—
Bau-Konto	86 604	67	172 894	07	Kapital-Konto **	104 960	46	315 795	25
Geſtell-Konto	35 000	—	35 000	—	Kreditoren	62 958	59	54 201	70
Mobilitäten-Konto	765	—	1	—					
Außenſtände	85 325	74	173 584	06					
ſternphreſer-Kaution	—	—	2 000	—					
	207 919	05	409 996	95		207 919	05	409 996	95

* 1921: Partei-Vorſtand 2500 M., Provinzial-Vorſtand 20 000 M.

** Kapital-Konto 1921: 167 919,05 M. und Gewinn 147 876,20 M. = 315 795,25 M.



Bericht der Preßkommission des „Volkswillens“.

Den lebhaften Wünschen unserer Genossen auf der letzten Provinzialversammlung, den „Volkswillens“ so auszubauen, daß er als führendes Organ in unserer Partei gelten kann, sind die in Betracht kommenden Instanzen, so weit es möglich war, nachgekommen. Damit ist nicht gesagt, daß jetzt alle Wünsche unserer Leser erfüllt sind. Hauptsächlich der politische und der wirtschaftliche Teil müssen noch bedeutende Verbesserung erfahren. Unser Organ erscheint jetzt wieder im gleichen Umfange wie vor dem Kriege.

Infolge der Gründungen der Bruderorgane in Hildesheim, Hameln, Göttingen und Goslar war es notwendig, eine Umstellung in der Zahl der Preßkommissionsmitglieder für die übrigen Kreise vorzunehmen. Unser Verbreitungsgebiet liegt jetzt hauptsächlich in den Kreisen Hannover-Stadt, Hannover-Land, Linden, Springe, Neustadt a. Mbg., Nienburg, Hoya-Sylke, Stolzenau, Sulingen-Diepholz, Fallingb., Burgdorf, Celle, Gifhorn, Peine, Soltau und Nienhagen.

Hannover-Stadt ist jetzt durch acht, die Städte Nienburg, Peine, Celle und Münder sind durch je einen Genossen in der Preßkommission vertreten. Sie setzt sich zusammen aus den Genossen Kreimeyer (Vorsitzender), Franßson (Schriftführer), Mahnkopf, Sporleder, Behn, Schucht, Floß und Kranold (Hannover), Wolf (Peine), Weber (Celle), Baumann (Nienburg) und Steinhoff (Münder).

Die Arbeiten der Kommission wurden in 18 Sitzungen erledigt, hiervon die Mehrzahl gemeinschaftlich mit dem Bezirksvorstand und mit den Firmenträgern, die sich mit den Angelegenheiten der Angestellten, der taktischen Haltung und der Aufmachung unseres Organs zu befassen hatten.

Beschwerden sind nur wenige eingegangen, die Mehrzahl wegen schlechter Zustellung des „Volkswillens“ durch die Trägerinnen. Dies ist immer noch ein Schmerzenskind; wir sind aber immer bemüht, dem Uebel abzuhelfen. Die übrigen Beschwerden wurden alle zur Zufriedenheit der Beschwerdeführer erledigt.

Den Wünschen unserer Genossen entsprechend, hatten wir die illustrierte Unterhaltungsbeilage „Volk und Zeit“ unserem Organ beigelegt. Wir mußten aber die üble Erfahrung machen, daß betreffs der Bogenzahl und des Preises ein Mißverständnis vorgelegen hatte. Wir hatten nach dem Angebot mit 5½ Pf. pro Exemplar für eine achtseitige Beilage gerechnet; es wurde aber nur eine vierseitige für den angegebenen Preis geliefert. Für die achtseitige wurden 8½ Pf. pro Stück gefordert. Die Ausstattung wurde auch immer minderwertiger. Das gab uns Veranlassung, „Volk und Zeit“ abzubestellen und hierfür zweimal wöchentlich eine Unterhaltungsbeilage herauszugeben.

Zur Vorbereitung der Wahlen wurde von Mitte Januar 1921 bis zur Beendigung derselben unser Organ wöchentlich um drei halbe Bogen vergrößert; eben-

falls wurde die Beilage „Die Wählerin“ beigelegt. Infolge der Vergrößerung konnten wir auch dem lange ausgesprochenen Wunsche des Sportkartells nachkommen und ihm wöchentlich eine Seite für die Sportzeitung zur Verfügung stellen.

Wegen der berechtigten Klagen über unzulängliche Berichte über die Sitzungen unseres Stadtparlaments und über die Bearbeitung kommunaler Fragen wurde ein Berichterstatter, der die kommunalen Fragen mit bearbeiten soll, angestellt. Als solcher trat Genosse Westphal aus Mecklenburg-Strelitz in unser Geschäft ein.

Nachdem die Wahlen erledigt waren und wir einen Ueberblick über unsere Verhältnisse hatten, haben wir folgendes zum Ausbau des „Volkswillens“ beschlossen: Unser Organ hat täglich (außer Sonntags) mindestens achtseitig zu erscheinen; dreimal wöchentlich die Unterhaltungsbeilage, zweimal Sportzeitung, einmal Kleinsiedlung und Landwirtschaft und alle zwei Wochen abwechselnd die Frauen- und die Jugendbeilage.

Durch diese Einteilung glauben wir den Wünschen unserer Leserinnen und Leser größtenteils entgegengekommen zu sein. Damit soll aber nicht gesagt werden, daß unser Organ jetzt allen Anforderungen entspricht; nein, wir müssen den politischen, den wirtschaftlichen und den lokalen Teil noch immer mehr ausbauen. Unser Redaktionsstab ist groß genug, um hier noch mehr und Besseres zu leisten.

Bei den Kassenrevisionen haben wir Bücher und Belege in bester Ordnung gefunden, so daß an der Geschäftsleitung und an der Führung der Kassengeschäfte nichts zu tadeln war. Wohl haben wir Außenstände gefunden, die aber nicht erheblich waren, so daß Bedenken nicht vorliegen.

Das Zusammenarbeiten zwischen Preßkommission, Bezirksvorstand, Geschäftsleitung und Firmenträgern war gut.

Wenn wir nun in den letzten zwei Jahren auch den früheren Stand wieder erreicht und durch die verschiedenen Beilagen die Wünsche unserer Leser erfüllt haben, dürfen wir aber nicht rasten. Bei allseitiger Mitarbeit werden wir unser Organ zu einem wirklichen Kampforgan ausgestalten.

J. A.: L. Kreimeyer.



Bericht des Jugendsekretariats.

War die Zusammenfassung der arbeitenden Jugend vor und während der Kriegszeit naturgemäß nur eine sehr lose, so ist jetzt in Hinsicht auf die Organisation der Arbeiter-Jugend, ihre Entwicklung und Tätigkeit innerhalb des Bezirks Hannover nur durchweg Erfreuliches zu verzeichnen. Vorher konnte es aus bekannten Gründen nur Jugendausschüsse geben. Bald nach Ausbruch der Revolution, die unter anderem auch den Fall des Anebelungsparagraphen 17 des Reichsvereinsgesetzes mit sich brachte, wurden im ganzen Reiche und so auch in unserer Provinz feste Arbeiter-Jugendvereine geschaffen. Dem Umstande Rechnung tragend, daß mit der Zusammenfassung in Vereinen auch die Tätigkeit auf allen Gebieten viel intensiver als bisher einsetzen konnte, wurde durch die Träger des Vereins Arbeiter-Jugend Groß-Hannover, nämlich den Sozialdemokratischen Wahlverein und das Gewerkschaftsartell, ein Jugendsekretariat finanziert, das auch vom Provinzialvorstand der SPD. der Provinz Hannover mit Mitteln versehen wurde, um seine Arbeit und Wirksamkeit über die ganze Provinz ausdehnen zu können. Die Geschäfte des Sekretariats führte der Genosse Hans Pasch, dem am 1. Juli 1920 der Genosse Ernst Viel folgte.

Ueber die erste Zeit der Sekretariatstätigkeit kann kein genauer Bericht gegeben werden, da sich erst alles im Laufe der Zeit fast aus nichts entwickeln mußte. Um so erfreulicher ist es, daß der Bezirk Hannover am 31. März dieses Jahres eine Gesamtmitgliederzahl von über 3000 Jugendlichen feststellen konnte. Durch die immer reger werdende Tätigkeit konnten die zusammengebrochenen Ortsgruppen wieder aufgerichtet und auch noch eine Anzahl neue gegründet werden, so daß jetzt 46 Arbeiter-Jugendvereine im Bezirk Hannover bestehen. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß die fünf nördlichsten Kreise der Provinz, nämlich Harburg, Lüneburg, Winsen, Bleckede und Dannenberg, an den Bezirk Hamburg-Nordwest abgegeben wurden und das Gebiet des Freistaats Braunschweig dem Jugendsekretariat nicht angeschlossen ist. Nach den in der Zeit vom 1. April 1920 bis zum 31. März 1921 aus nur 17 von 46 Ortsvereinen eingegangenen Berichten ergibt sich, daß in diesen 17 Gruppen 75 Einzelvorträge auf allen möglichen Wissensgebieten gehalten wurden. Das Protokoll der Bezirkskonferenz vom 19. Juni 1921 sagt darüber noch folgendes:

„29 Vortrags- und Unterrichtskurse und über 100 Vese- und Diskussionsabende in Literatur, Geschichte usw. legen beredtes Zeugnis ab von dem Wissensdurst, der selbst in kleinen Vereinen die Jugend beseelt. In zirka 150 ein- und

mehrtägigen Wanderungen und über 200 Spielabenden äußerte sich der Drang nach Körperkultur und gesundem Naturempfinden. In 46 künstlerischen Festen, 21 Führungen durch Museen, Ausstellungen usw. und 25 Theater- und Konzertbesuchen wurde dem Bedürfnis nach guter Kunst Rechnung getragen. Beinahe 400 Heimabende dienten der Unterhaltung und Geselligkeit, in über 300 Mitgliederversammlungen wurden die verschiedensten organisatorischen Fragen geregelt, und in einer Anzahl öffentlicher Versammlungen wurde eine rege Werbetätigkeit entfaltet. Die Gesamtteilnehmerzahl an sämtlichen Veranstaltungen beläuft sich auf über 40 000. Wie schon bemerkt, bleibt diese Zahl weit hinter der wirklichen zurück, weil über die Hälfte der Berichte nicht eingegangen waren.“

Was die finanziellen Verhältnisse der einzelnen Ortsvereine betrifft, so müssen in dieser Beziehung durch unsere Vertreter in Staat und Gemeinde alle Hilfsquellen erschlossen werden. Und deren gibt es eine ganze Anzahl. Die Ortsausschüsse für Jugendpflege müssen auch unsere Vertreter aufnehmen; Staats- und Gemeindeforschüsse müssen angefordert werden; Jugendheime, Spielplätze, Fahrpreismäßigung für Jugendwanderfahrten und noch vieles andere trägt dazu bei, unsere Jugend körperlich und geistig für ihre Lebensaufgaben zu befähigen.

Um die Arbeit überall nach Möglichkeit zu fördern, wurden Unterbezirke ins Leben gerufen, die teilweise schon gute Erfolge zeitigen konnten. Im Unterbezirk Göttingen wurde beispielsweise ein Jugendleiterkursus abgehalten, der ebenfalls gute Wirkung hervorbrachte. Wurden doch allein in diesem Unterbezirk über 10 neue Ortsgruppen der Arbeiter-Jugend gegründet. Die stärkste Gruppe ist naturgemäß die Ortsgruppe Hannover, die imstande war, sich neben dem Sekretariat ein eigenes Mitteilungsblatt zu schaffen, das selbst draußen im Reich als eines der besten anerkannt ist. Die Bewegung selbst ist gut intakt, und mit Hilfe der Hannoverischen Jugendlichen ist auch in den ländlichen Bezirken selbst mit geringen Mitteln gute Agitation betrieben worden. Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß wir mit einem gewissen Stolz auf die verfllossene Zeit zurückblicken können. Gewiß war und ist vieles noch nicht so, wie es sein sollte und manches verbesserungsbedürftig. Es ist aber auch ohne weiteres klar, daß ein solch riesiger Bezirk von einer einzigen Kraft nicht so intensiv bearbeitet werden kann, wie es im Interesse der Sache notwendig ist. Es ist begründete und erfreuliche Annahme dafür vorhanden, daß der Bezirk im Laufe der Zeit an Ortsgruppen zunehmen wird, daß sich mithin die Arbeit immer bedeutender, umfangreicher und schwieriger gestaltet und Mittel und Wege gefunden werden müssen, das aufkeimende Leben in geeigneter Art und Weise zu stützen. Der Ortsverein Hannover selbst hat bei seiner Größe eine volle Kraft nötig; genau so geht es aber auch dem Bezirk. Wenn bei beiden bis jetzt nur halbe Arbeit getan werden konnte und die mißlichen Verhältnisse im rechten Lichte betrachtet werden, so ist es um so mehr zu begrüßen, daß trotz dieser Schwierigkeiten die oben geschilderten Erfolge aufzuweisen sind.

Kann mit Unterstützung der Träger weiter und noch intensiver gearbeitet werden, so können wir unzweifelhaft am Jahreschluß an dieser Stelle über noch weit bessere und schönere Erfolge berichten, als es diesmal der Fall ist. Das eine steht fest: Die Arbeiter-Jugend hat ihre Aufgaben in der heutigen Zeit und auch für die Zukunft erkannt und — wird auch demgemäß handeln!

Nachstehend geben wir auch noch eine Uebersicht über die Kassenverhältnisse des Arbeiter-Jugend-Sekretariats, soweit der Bezirk in Betracht kommt. Der Bericht erstreckt sich über das Geschäftsjahr 1920/21.

Aktiva :		Passiva :	
Kassenbestand	705,75 M	Agitation u. Agitationsmaterial	374,80 M
Von den Vereinen	1171,72 M	Vorträge und Referenten	415,95 M
Von der Partei	2500,— M	Konferenzen und Jugendleiter= kurze	518,60 M
Material- und Bücherverkauf	2869,35 M	Zeitungen, Zeitschriften und Bücher	2047,81 M
Freiwillige Beiträge	81,35 M	Verwaltung, Drucksachen und Material	1089,95 M
Sonstiges	66,— M	Porto und kleine Ausgaben	176,95 M
		Sonstiges	52,20 M
		Kassenbestand	2690,91 M
Zusammen	7394,17 M	Zusammen	7394,17 M
Kassenbestand am 1. April 1921	2690,91 M	Zu begleichende Rechnungen	6320,20 M
Bestand an Büchern	3521,55 M	Saldo	107,65 M
	6212,55 M		6212,55 M
Passiva	6320,20 M		
Aktiva	6212,55 M		
	Fehlbetrag	107,65 M	

Ernst Biel.



Protokoll.

Am Sonnabend, dem 27. August, nachmittags 4 Uhr, trat in Hannover im kleinen Saale des „Volksheims“ der erste Bezirksparteitag zusammen.

Der Vorsitzende der Bezirksorganisation, Reichstagsabgeordneter Genosse Breh, eröffnete die Tagung mit einer Begrüßungsansprache. Er führte aus:

„Seit der Verzichtleistung der deutschen Monarchen und drei Jahre ins Land gegangen. In diesen drei Jahren haben die Sachwalter der Monarchie wieder Mut geschöpft. Sie sind heute in einer anderen Seelenstimmung als vor drei Jahren, als sie sang- und klanglos ihren erkauchten Herrschaften in die Versenkung gefolgt sind. Inzwischen haben wir ein verlottertes Erbe der imperialistischen Zeit übernehmen müssen. Wir haben es übernommen im Interesse des deutschen Volkes, wohl wissend, daß uns eine ungeheure Arbeitslast, ungeheure Opfer auferlegt werden würden. Wir haben den Versuch gemacht, unsere Aufgabe zu erfüllen. Sie wissen alle, Parteigenossen, welche Kämpfe das gekostet hat. Mehr als einmal ist in diesen drei Jahren das Volk aufgerufen worden, um die Republik weiter auszubauen, um das soziale und wirtschaftliche Problem der Erfüllung und Lösung entgegenzuführen. Vorwärts gekommen sind wir in dieser Richtung, aber nicht rasch genug, nicht weit genug. Ein Ergebnis unserer Arbeit ist, daß wir bis zur Stunde die Angriffe gegen die Republik abgewehrt haben, und daß es uns gelungen ist, ein gewisses Vertrauen des Auslandes zu erwerben. Die größten Schwierigkeiten in der auswärtigen Politik dieses Jahres brachte uns das brutale Ultimatum der Entente, das wir anerkennen mußten. Deutschland war nicht imstande, seinen übermütigen Feinden irgendwelche weitgehenden Zugeständnisse abzurufen, weil die Sieger über das deutsche Volk sich in der gleichen Geistesverfassung befinden wie die Hindenburg und Ludendorff in den Jahren 1916 und 1917 sich befunden haben.“

Wir haben uns auf diesem Parteitag hinter die Reichstagsfraktion und hinter die Erklärungen der Parteileitung in Berlin zu stellen, die den Standpunkt vertreten, daß alles getan werden muß, um die Geldquelle des reichen Besitzes stärker fließen zu lassen, insbesondere jene Steuern, die bereits dem Besitz auferlegt worden sind, die aber durch Drückbergereien und durch das zu sanfte Eingreifen der Steuerbehörde in ihren Leistungen noch nicht zum Fließen gekommen sind. Der Umstand, daß die Sozialdemokratie sich zu dem Grundsatz bekennt, die Arbeit nach Möglichkeit zu schonen, den Besitz steuerpolitisch mehr zu erfassen, hat die Zahl der Freunde der Sozialdemokratie noch vermehrt. Die Besitzenden befürchten mit Recht, daß die Schonzeit in Geldfragen für sie vorbei ist, und sie machen auf der ganzen Linie mobil gegen die Vertretung des werktätigen Volkes. Sie suchen Bundesgenossen. Dabei werden die Kräfte noch den alten staatlichen Einrichtungen wieder laut. Das Volk ist leider noch nicht lebend genug, um zu erkennen, daß nicht die jetzige Regierung das Finanzjeld hervorgerufen hat, in dem Deutschland sich befindet, sondern daß unsere heutigen Staatsmänner und der Reichstag nur die Vollstrecker eines verlotterten Erbes aus der Kaiserzeit sind. Unsere Gegner bauen auf die Vereplichkeit der Zeitgenossen; sie werben offen und frei für den Umsturz der bestehenden Staatsordnung. Kein Sonntag vergeht, an dem nicht irgendein Appell abgehalten wird, an dem nicht irgendwo Frontsoldaten versammelt werden. Was bei solchen Gelegenheiten an verheßenden, verlogenen Redensarten geleistet wird, dafür gibt es in der ganzen Agitationsarbeit aller Schichten der Bevölkerung kein Beispiel. Man wird oftmals an die Methode des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie erinnert. Aufforderungen zum Umsturz, zur Empörung, zum Mord stehen heute auf der Tagesordnung. Seit kurzer Zeit haben wir

mehrere politische Morde erlebt. Jener Revolver, der den Reichstagsabgeordneten Erzberger niederstreckte, ihn durchlöchernte wie ein Sieb, ist nicht im Schwarzwalde geladen, sondern im Stadion zu Berlin, wo ein abgehalfterter Generalstäbler es wagen konnte, von den „Erzhalunken“ zu schreien, die den Waffenstillstand unterzeichneten. Solche Kampfmethoden müssen uns wachsen machen. Wir müssen gerüstet sein. Die vielen Aufforderungen zum Umsturz zeigen uns, wohin man die Entwicklung treiben will. Unsere Antwort darauf muß sein: Verscharfte, verstärkte Werbearbeit. Ich bin davon überzeugt: Der Arbeiterbewegung wird es auch in Zukunft möglich sein, die umstürzlerischen Herrschaften zu meistern. Die Weltgeschichte ist über ganz andere Leute hinweggegangen. Sie gehören zum Geröll der Weltgeschichte, Geröll bleibt Geröll. Unsere Aufgabe ist es, Kampfesart und Kampfesziele im Auge zu behalten und zu wissen, daß es um die Errungenschaften geht, die seit November 1918 eingetreten sind. Wir lassen uns die Republik nicht rauben! Wir lassen uns das Wahlrecht und den Achtstundentag nicht antasten! Wir lassen uns nicht einschüchtern in dem Bestreben, Reich, Staat und Gemeinde nach demokratischen Grundsätzen auszubauen und die kapitalistische Wirtschaftsweise zu bekämpfen. Für alle unsere Bestrebungen wird dieser Bezirksparteitag ein gutes Teil Arbeit leisten müssen. Mit dem Wunsche, daß die Arbeiten dieser Tage uns Erfolge bringen, erkläre ich die Tagung für eröffnet. (Lebhafter Beifall.)

Bei der Wahl der Geschäftsleitung werden zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten die Genossen Frey und Müller (Hamel) gewählt. Zu Schriftführern werden Frau Bremer (Hannover) und Fischer (Tosiedt) bestimmt.

Der Parteitag nimmt die vom Vorstande vorgeschlagene Tagesordnung an.

In die Mandatprüfungskommission werden gewählt: Helwe's (Gronau), Wehner (Springe), Coring (Oldau), Sturm (Braunschweig) und Henl (Wilhelmsburg).

Frey: Wir haben nunmehr zur Geschäftsordnung Stellung zu nehmen. In der gedruckten Vorlage finden Sie einen Entwurf, über den die Entscheidung herbeizuführen ist.

Gehrmann (Harburg): Ich schlage vor, die Redezeit für Berichterstatter und Referenten auf eine Stunde, für sämtliche übrigen Redner auf 10 Minuten festzusetzen. Anträge, die zur Verhandlung stehen und aus der Debatte heraus entspringen, bedürfen der Unterstützung von 10 Teilnehmern.

Die Redezeit für Berichterstatter wird auf eine halbe Stunde festgesetzt. Die Geschäftsordnung wird angenommen.

Rechnenschaftsbericht des Vorstandes.

Den Geschäftsbericht gibt Genosse Lau. Er verweist auf den gedruckt vorliegenden Rechnenschaftsbericht des Bezirksvorstandes und gibt einen Überblick über die Entwicklung der Parteiorganisationen des Bezirks in den letzten zwei Jahren. Die Unterbezirke sind eine Einrichtung, die 1919 in Weimar durch das allgemeine Organisationsstatut der Partei beschlossen wurde. Dementsprechend hat der Bezirksvorstand auf Beschluß der letzten Provinzialversammlung 7 Unterbezirke gebildet, die durch je einen besoldeten Sekretär besetzt wurden. Diese Einrichtung hat sich in den zwei Jahren seit dem letzten Parteitag einleben können, und man muß sagen, daß sie zum Vorteil für die Bewegung gewesen ist.

Die Zahl der Ortsvereine ist in den zwei Jahren, die hinter uns liegen, von 401 auf 760 gewachsen. Die Zahl der männlichen Mitglieder ist von 23 837 auf 71 360 gestiegen, so daß wir zur Zeit nach der Zahl der Ortsvereine der stärkste Bezirk in Deutschland geworden sind. Das ist erfreulich. Leider ist aber die Zahl der organisierten Frauen etwas zurückgegangen und dadurch der Bezirk der Mitgliederzahl nach von der zweiten an die dritte Stelle in Deutschland gerückt. Diese Erscheinung müssen wir beachten. Wir werden alle Kraft daran setzen müssen, um diese rückläufige Bewegung wieder aufzuheben. Durch die Revolution haben die Frauen die Gleichberechtigung bekommen in politischer Beziehung. Leider sind sie den Aufgaben, die das politische Leben an sie stellt, nicht immer gewachsen. Sie sind naturgemäß politisch weniger geschult als die Männer, weil sie früher keine Möglichkeit hatten, sich politisch zu betätigen und Erfahrungen zu sammeln. Dadurch ist es zu erklären, daß viele Frauen heute nicht wissen, was sie mit den politischen Rechten anfangen sollen. An den Orten, wo Wahllisten, nach

Geschlechtern getrennt, bei den Wahlen benutzt wurden, hat sich erwiesen, daß die Rechtsparteien von den weiblichen Wählern größeren Anhang hatten als die sozialistischen Gruppen. Es geschieht bei uns nicht genug auf dem Gebiet der Frauenorganisation. An diesem Uebelstand tragen unsere männlichen Parteigenossen viel Schuld. Der Bezirksvorstand ist immer gern bereit, die Frauenbewegung innerhalb der Partei zu unterstützen, wo ihm die Möglichkeit dazu gegeben ist.

Die Beamtenfrage ist in den letzten zwei Jahren von uns beachtet worden. Der Parteiausschuß hat sich mit Recht auf den Standpunkt gestellt, daß auf diesem Gebiete eine rege Werbearbeit geleistet werden muß; wenn es uns gelingt, die Beamten mehr als bisher für unsere Parteiarbeit zu gewinnen, dann ist dadurch im wesentlichen Maße die Sicherung der Republik gefördert. Darum haben wir Beamtenwerbeausschüsse gegründet. Die Schwierigkeiten auf diesem Gebiete lagen meistens an der Personenfrage. Es besteht die Absicht, heute abend nach Schluß der allgemeinen Sitzung die anwesenden Beamten nochmals zu einer Zusammenkunft zu bitten, um eine festere Grundlage für die zukünftige Wirksamkeit zu schaffen.

Neuerdings ist die Arbeiterwohlfahrt in das Gebiet unserer Tätigkeit durch besondere Organisationen einbezogen worden. Wir haben für diese Sache in Berlin eine Zentralstelle und in der Provinz einen Bezirkswohlfahrtsausschuß eingerichtet. Es ist erwünscht, daß in allen Orten Ortsausschüsse für Wohlfahrtszwecke gegründet werden. Genosse Feldmann (Hannover) ist gern bereit, jede gewünschte Auskunft zu erteilen. Schon im letzten Winter hat der Ortsausschuß Hannover einen Kursus veranstaltet, in dem zahlreiche Frauen über alle möglichen Gebiete des Wohlfahrtswesens unterrichtet wurden. Für die Zukunft werden ähnliche Veranstaltungen für die Genossinnen in den Provinzorten eingerichtet werden. Die Rednerfrage war in der Wahlagitation oftmals schwierig. Es ist beabsichtigt, in Hannover eine Art Parteischule einzurichten, in der Genossen die Möglichkeit gegeben werden soll, sich im Sinne unserer sozialistischen Weltanschauung weiterzubilden. Wegen der damit verbundenen Unkosten können wir leider über den Rahmen des bisher Geleisteten nur wenig hinausgehen. Wir sehen aber die Notwendigkeit, daß etwas zur Schulung der agitatorisch brauchbaren Genossen getan werden muß. Um diesem Bedürfnis abzuhelfen, beantragt der Vorstand, Geldmittel zu bewilligen, und zwar: allvierteljährlich von den Männern einen Sonderbeitrag von 50 Pf. zu erheben, der als „Kulturbeitrag“ bezeichnet wird und dessen Aufkünfte nur zu dem besonderen Zwecke der Bildungsarbeit Verwendung finden sollen. Nur dadurch kann die besondere Bildungsarbeit ermöglicht werden. Eine Parteischule soll hier nicht nur am Orte eingerichtet werden. Wir wollen weit in das Land hinaus Bildungsarbeit leisten, ganz besonders auch an unseren Parteigenossen, die in den Gemeindeparlamenten tätig sind. Durch die Revolution sind in unserem Bezirk etwa 3000 Genossen plötzlich in die Kommunalpolitik hineingestellt, ganz ohne Vorbereitung und Schulung. Ihnen müssen wir helfend und fördernd zur Seite stehen. Wir hatten den Gedanken, ein besonderes kommunalpolitisches Bureau einzurichten. Wir haben darüber wiederholt im Bezirksvorstand verhandelt. Ein solches Bureau würde bei ganz bescheidenen Begriffen erhebliche Unkosten machen, die aufzubringen uns zur Zeit nicht möglich ist. Wir möchten aber trotzdem etwas tun. Es wäre zweckmäßig, ein besonderes Mitteilungsblatt herauszugeben, das sich lediglich mit kommunalen Fragen beschäftigt und das jedem in der Kommunalverwaltung tätigen Genossen der Provinz zugesandt werden müßte. In dieser Weise läßt sich Bildungsarbeit durchführen, wenn die von uns vorgeschlagene Kulturabgabe von 50 Pf. beschlossen wird. — In der Versammlungsarbeit ist es lästig, daß die Leitungen der Ortsvereine stets nur sogenannte „große Kanonen“ als Redner vermittelt haben wollen. Minister muß man mindestens gewesen sein, wenn man die Wünsche der Genossen erfüllen will. Die Ortsvereine müssen sich auch mit anderen Rednern zufrieden geben. Es gibt doch Genossen, die nicht Minister oder Reichsanzler gewesen sind und trotzdem den Parteigenossen noch manches zu sagen haben. In der Agitation haben wir viel Arbeit vor uns. Sobald die Kartoffelernte vorüber ist und dem ländlichen Arbeiter mehr freie Zeit bleibt, im Oktober, muß eine allgemeine Werbearbeit entfaltet werden. Eine der wichtigsten Sachen in unserem politischen Kampf ist die Zeitung. Zur Werbearbeit für unsere Presse soll ein Flugblatt mit anhängendem Bestellzettel gedruckt werden. In unserem Zeitungsweien haben wir leider eine sehr unangenehme Krankheit zu bemerken. Langsam ist der Gedanke aufgekommen, daß jeder einzelne Ort, der etwas größer ist, glaubt, eine eigene Parteizeitung haben zu müssen. Wir haben auf diesem Gebiete schon unangenehme Erfahrungen gemacht. Ich

bitte dringend im Namen des Bezirksvorstandes: Drängen Sie nicht zu sehr auf die Einrichtung von neuen Parteizeitungen! Ein Fehlschlag bei einer Zeitungsgründung ist selten in kurzer Zeit wieder gut zu machen. Ein Parteisekretär vermag in kleineren Orten bessere Arbeit zu leisten als eine winzige und mit geringen Mitteln ausgestattete Zeitung. Voreilige Zeitungsgründungen sind immer gefährlich. Wir haben auf diesem Gebiet schon eine Anzahl Beispiele.

Es ist geklagt worden darüber, daß der Verwaltungsapparat der Partei unseren Genossen draußen in der Provinz zu kompliziert ist. Die Klagen beziehen sich insbesondere darauf, daß der Bezirksvorstand von den Ortsvereinen verlangt, daß sie eine Abrechnung vierteljährlich in gleicher Ausfertigung an mehrere Stellen schicken sollen. Es gibt nun einige Genossen, die eine große und unangenehme Arbeit darin erblicken, wenn sie in ein vorgedrucktes Formular einige Zahlen eintragen müssen. Solcher Genossen wegen sind wir überein gekommen, daß die Ortsvereine in Zukunft lediglich uns, dem Bezirksvorstand, die Abrechnung zusenden. Von uns aus werden dann die Abschriften an die Kreisvorstände usw. gegeben.

In gewissem Sinne können wir mit der Parteientwicklung unseres Bezirkes zufrieden sein. Die Zufriedenheit darf uns aber nicht in der Arbeit verlangsamen. Aufgaben großer Art stehen uns bevor. Auf diese Aufgaben uns vorzubereiten durch Ausbau der Organisation, ist unsere Pflicht. Wenn wir bewußt an der Schulung unserer Genossen arbeiten und unermüdetlich werben, können wir getrost allen großen Aufgaben und Ereignissen entgegengehen. (Beifall.)

Kassenbericht.

M e s s i g: Der Ihnen gedruckt vorliegende Kassenbericht umfaßt die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis zum 31. März 1921. Ich will Sie mit weiteren Zahlen nicht belästigen. Wichtigstellen muß ich, daß sich die auf Seite 17 des Berichts angeführten Zinsen nicht auf das Jahr 1920, sondern auf 1919 beziehen. Im nächsten Jahresbericht werden die Zinsen für zwei Jahre erscheinen. Wenn Sie in der Abrechnung noch einen Kassenbestand von rund 103 597 Mk. vorfinden, so werden Sie das Nagelied des Bezirksvorstandes nicht recht verstehen. Wir hatten aber zu der Zeit noch über 100 000 Mk. Schulden allein bei der Firma Meister u. Ko., der wir an dieser Stelle für die lange zinslose Kreditierung unseren Dank aussprechen wollen, trotzdem die Firma für sich ein großes verzinsbares Darlehen aufnehmen mußte.

Die bei der letzten Landtagswahl aufgewendete Opferwilligkeit der Genossinnen und Genossen in Stadt und Land sowie eine Anleihe von 20 000 Mk. beim Verlage des „Volkswillens“ brachten uns in die angenehme Lage, die Schulden und die laufenden Ausgaben zu decken. Die bereits erfolgte Vorauszahlung von 10 000 Mk. vom Ortsverein Hannover wird soeben ausreichen, um die bis zum Quartalschluß noch bevorstehenden laufenden und die zum deutschen Parteitag nötigen Ausgaben decken zu können. Nur wenn wir längere Zeit von Wahlen verschont bleiben, können wir zu einem wirklichen Kassenbestand gelangen.

Nun noch einige Worte zur Ausfüllung der Abrechnungsformulare. Wenn diese im Anfang sehr mangelhaft ausgefüllt wurden, so ist es durch den ausgiebigen Briefwechsel heute schon bedeutend besser geworden. Ich bitte die Genossen auf dem Lande, bei Aufstellung ihrer Abrechnung die Seiten 48—51 des kleinen Handbüchleins zu beachten. Wenn Sie dies beachten, werden die auch heute noch vorkommenden Fehler und Mängel verschwinden. In den meisten Abrechnungen findet man nur den Markenverkauf und die Neuaufnahmen verzeichnet. Sonstige Einnahmen sind selten angegeben. Das darf nicht sein. Jede Einnahme im Laufe eines Vierteljahrs, ob Extramarken, Sammellisten, Zellerfassungen, Festlichkeiten usw., muß durch die Abrechnung gehen, ebenso ist es dann mit den Ausgaben. Die Schlusssummen der Einnahmen und Ausgaben müssen übereinstimmen. Ferner ist von großer Wichtigkeit, daß die Ortsvereine ihrer Abrechnungspflicht pünktlicher nachkommen. Läuft das Abrechnungsformular nach Schluß unserer Abrechnung ein, so erscheint der zu spät abrechnende Ortsverein weder mit seiner Mitgliederzahl, noch mit der von ihm verkauften Markenmenge in unserer Berechnung. Wir geben auf diese Weise ein viel schlechteres Bild, als es in Wirklichkeit ist. B. D. sind bei der letzten Abrechnung

schätzungsweise ca. 2000 männliche Mitglieder durch fehlende Abrechnungen nicht in Anrechnung gebracht worden, ebenso ungefähr 20 000 gelebte Beitragsmarken. Schon daraus kann man ersehen, wie ungeheuer wichtig die pünktliche Abrechnung ist. Ich bitte daher alle Ortsvorstände und Unterbezirkssekretäre, mit dahin zu wirken, daß bis zum 10. jeden Vierteljahres Abrechnung und Geld in meinen Händen sind.

Zum Schluß meines Berichts will ich lobend erwähnen, daß zwei Ortsvereine, Sarstedt und Lühnow, bereits seit Januar 50-Pf.-Marken für männliche Mitglieder liehen, was zur Nachahmung bestens empfohlen werden kann. Nun bitte ich die Genossinnen und Genossen, die an meiner bisherigen Tätigkeit etwas anzusetzen haben, ihre Beschwerden hier vorzubringen, damit ich im Schlußwort darauf eingehen kann.

Bren: Ich schlage vor, die Anträge 1—8a zum Geschäftsbericht mit zu erledigen, und stelle die Unterstützungsfrage. Die Unterstützung reicht aus. Von den Braunschweiger Genossen ist folgender Antrag eingegangen, der auch genügend unterstützt ist.

Die Braunschweiger Genossen beantragen:

1. daß der Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt in Hannover bei wichtigen Anlässen aus jedem Unterbezirk ein Mitglied hinzuzieht;
2. daß der Bezirksbildungsausschuß jedes Jahr je nach Bedarf eine oder zwei Sitzungen mit den Vertretern der Unterbezirke abhält.

Zur Begründung der Anträge erhalten die folgenden Genossinnen und Genossen das Wort:

Zu Antrag 1

Glauberstein (Bad Rehburg): Wir sind bei der Besetzung der kommunalen Posten in eine schwierige Lage gekommen; die führenden Genossen sind der Partei entzogen, der Nachwuchs muß schneller herangebildet werden. Nach der Revolution sind die Leute alle unserer Partei zugelaufen, weil sie glaubten, daß jetzt das „Teilen“ losgehe. Als sie merkten, daß es mit dem Teilen nichts würde, liefen sie uns wieder weg. So liegen die Dinge. Das muß man bei der Beurteilung der Mitgliederbewegung bedenken. Eine Parteischule zur Förderung des Wissens der Genossen in kommunalen Fragen und im Staatsdienst ist wichtig. Zur Deckung der entstehenden Unkosten wünschen wir einen Extrabeitrag.

Zu Antrag 2

Rinne (Alfeld): Auch wir fordern eine besondere Schulung der Gemeindevertreter. Durch die langjährige Erfahrung, welche die bürgerlichen und bäuerlichen Vertreter in den Gemeinden gesammelt haben, sind sie unseren Vertretern in diesen Dingen zumeist über. Es bedarf deshalb einer durchgreifenden Schulung, bei welcher insbesondere die ländlichen Verhältnisse im weitesten Maße berücksichtigt werden müssen.

Zu Antrag 3

Lehmann (Göttingen): Besonders unangenehm bemerkbar macht sich das Fehlen eines Mitteilungsblattes für die ländlichen Gemeindevertreter unserer Partei. Die „Kommunale Praxis“ ist nicht das Blatt, welches mir für unsere ländlichen Gemeindevertreter brauchen. Diese können zumeist nichts damit anfangen, da es nach Großstadt-Gesichtspunkten redigiert wird und die Verhältnisse der kleinen Gemeinden fast gänzlich unberücksichtigt läßt. Wir müssen unter allen Umständen darauf hinarbeiten, daß ein solches Mitteilungsblatt für die Gemeindevertreter der SPD. in der Provinz Hannover geschaffen wird. Ferner ist es unumgänglich notwendig, daß ein Sekretär für die Bearbeitung der Gemeindeangelegenheiten angestellt wird, welcher unseren ländlichen Gemeindevertretern jederzeit mit Rat und Tat zur Seite steht.

Zu Antrag 4

Frau Lührs (Hannover): Im Geschäftsbericht hat Genosse Lau darauf hingewiesen, daß die Mitgliederzahl der Frauen um ein bedeutendes zurückgegangen ist. Woran liegt nun dieser Rückgang? Doch nur daran, daß wir Frauen nicht genügend Kräfte für die Agitation aus den Reihen unserer Geschlechtsgenossinnen stellen können. Wir müssen deshalb besonderen Wert darauf legen, daß bei der nächsten Anstellung im Bezirke eine Genossin, welche ganz besonders die Agitation unter den arbeitenden Frauen aufzunehmen hat, angestellt wird.

Zu Antrag 5

Lehmann (Göttingen): Wir halten es für besonders notwendig, daß das neue Programm der Partei nach seiner endgültigen Fassung als Flugblatt in ganz Deutschland verbreitet wird, um allen denen, die unser Programm nicht aus unserer Presse kennen und in ihrer Presse nur parteiische Kommentare gelesen haben, Gelegenheit zu geben, sich geistig mit unserem Programm zu beschäftigen.

Zu Antrag 6

Röhler (Hammstedt): Wir begrüßen es, daß in der letzten Zeit Bestrebungen im Gange sind, welche darauf hinzielen, eine Einigung zwischen den beiden sozialistischen Parteien (SPD. und USP.) herbeizuführen. Wir sprechen hier von Parteien. Da muß ich mal die Frage aufwerfen: Sind wir eigentlich Partei? Nein, wir sind keine Partei! Und warum? Eine Partei scheidet sich immer von etwas Ganzem ab und hat kleine Einzelinteressen, während unser Ziel das Ganze ist. Eine Partei zielt darauf hin, etwas Besonderes für sich zu erreichen. Wir aber, die wir die Ziele der Gesamtheit vor uns haben, die wir Vorteile für das ganze Volk erreichen wollen, sind etwas anderes. Wir sind eine Kampforganisation. (Wie Karl Marx schon sagte.) Wir wollen die Klassenunterschiede beseitigen. Dazu haben wir nicht nur die Arbeiter nötig, sondern alle diejenigen, die diesen Zielen zustreben. Das Ziel der Kommunisten und der Unabhängigen bis zu uns ist doch dasselbe. Alle Sozialisten wollen die Beseitigung der Klassenunterschiede. Nur der Weg zu diesem Ziel ist verschieden. Wir sind nicht etwas, was von vornherein nach einem Dogma feststeht, sondern ein Produkt der Produktionsverhältnisse. Unser Ziel muß sein, die Leute von ganz links heranzuziehen. Die Annäherung an die USP. soll der erste Anfang dazu sein. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Zu Antrag 7

Suchomel (Peine): Bei der Begründung des Antrages möchte ich hervorheben, daß gerade das flache Land es ist, das uns die besten Wahlergebnisse gebracht hat. Bei der letzten Wahlbewegung ist dem Kreisverein Peine nicht genügend geholfen worden bei der Vermittlung und Beschaffung von guten Rednern. Wenn der Genosse Lau den anwesenden Vertretern den guten Rat gibt, man solle nicht immer nach den „großen Kanonen“ verlangen, so schlage ich vor, diesen Rat den städtischen Genossen, insbesondere dem Vorstand des Ortsvereins Hannover, zu geben. In Hannover haben bei der letzten Wahlbewegung neunzehn der hervorragenden Genossen aus dem Reiche gesprochen, während bei uns im Kreise Peine nur der Genosse Stücken gewesen ist. Genosse Stücken hat mir selbst gesagt, daß er die Genossen von Hannover nicht verstehen könne, wenn sie alle Redner von großem Ruf nur in Hannover sprechen lassen. Er selbst spräche viel lieber in kleinen Ortschaften, weil er davon überzeugt sei, daß es gerade in kleineren Orten viel notwendiger sei, Aufklärung zu schaffen, als in den Großstädten. Tragen Sie im Bezirksvorstand Sorge dafür, daß nicht nur in den Städten die sogenannten großen Kanonen immer reden, sondern lassen Sie sich einmal von dem Gedanken leiten: Für die ländliche Bevölkerung ist das Beste gut genug! Unsere Forderung ist berechtigt. In den Landkreisen muß die Agitation durch wirklich tüchtige Genossen betrieben werden.

Zu Antrag 8

Heupke (Hannover): Ohne Frage ist eine der rührigsten Parteien die welfische, die mit dem Kampfruf: „Ein freies Niedersachsen im freien Deutschland!“ eine lebhafteste Propaganda treibt. Bei der Veranstaltung von Heimatfesten ladet man unsere Parteigenossen noch besonders ein, die ja auch besonders umworben werden bei der Sammlung von Unterschriften, die von den Welsen gemacht wird, um eine Volksabstimmung für ein Niedersachsen herbeizuführen. Nach den Enthüllungen, die durch das Flugblatt „Aus der Wertstatt der welfischen Königsmacher“ bekannt wurden, sind jedoch viele Arbeiter stutzig geworden, sind nicht mehr so gläubig, auf die kommende Freiheit der Welsen zu hoffen. Aber noch eine andere Behauptung wird von den Welsen aufgestellt, und zwar die, wenn erst ein Niedersachsen geschaffen sei, würden alle Ueberschüsse, die bislang in Hannover gemacht, von Preußen aber eingezogen wurden, in Niedersachsen verbleiben und die Lage der werktätigen Bevölkerung wesentlich verbessert. Diese Behauptung ist jedenfalls nicht richtig. Hannover kann auch kein eigenes Wirtschaftsgebiet bilden, wie weiter behauptet wird. Darum ist es unbedingt erforderlich, eine Ergänzung der von uns herausgegebenen Broschüre: „Die

weltliche Partei, was sie ist und was sie will," vorzunehmen, damit durch einwandfreies statistisches Material der Beweis erbracht wird, daß Hannover kein Ueberschußgebiet für Preußen gewesen ist, sondern noch Zuschüsse erfordert habe. Allen Parteigenossen und unseren Wählern muß klargemacht werden, daß eine Besserung in politischer und wirtschaftlicher Beziehung nicht von einem freien Hannover zu erwarten ist, viel eher das Gegenteil. Die weltliche Partei ist in Vergangenheit und Gegenwart noch in fast allen Fällen mit den reaktionären Parteien zusammengegangen, im Provinziallandtag und in den verschiedenen Kreistagen, ganz besonders, wenn es galt, unsere Partei zu bekämpfen. Hören muß man die bitteren Klagen unserer Parteigenossen, die in Dörfern wohnen, wo die Welsen in der Mehrheit sind. Dort wird mit dem Wort vom freien Niedersachsen der größte Mißbrauch getrieben, wenn es gilt, unsere Genossen zu bekämpfen. Darum bitte ich den Bezirksparteitag, den Antrag Burgdorf einstimmig anzunehmen.

Zu Antrag 8a

Jasper (Braunschweig): Die Wohlfahrtspflege ist eine Untergruppe des ganzen Kommunalpolitischen Fragenkomplexes; die Erfahrungen, die auf diesem Gebiete gemacht werden, müssen ausgetauscht werden. Wir wünschen einen organisatorischen Zusammenschluß der Bildungsarbeit der Provinz und der Wohlfahrtsarbeit. Die geistigen Verbindungsmöglichkeiten zwischen den einzelnen Unterbezirken, Unterzentralen wünschen wir verbessert.

Breh: Wir treten in die Aussprache ein.

Roske: Die selbstverständliche Voraussetzung eines Zusammenarbeitens mit der USPD ist, daß von unseren wichtigsten Grundsätzen keine preisgegeben werden. Der Zusammenschluß darf nicht herbeigeführt werden durch die Preisgabe dessen, was wir für richtig halten. Die große sozialistische Mehrheitspartei darf nicht eines Tages in Sad und Asche antreten und Buße tun für angebliche politische Sünden. Wenn der Einigungsantrag der Göttinger Genossen angenommen wird, schadet es nicht. Von irgendwelcher Bedeutung wird die Annahme aber nicht sein. Wir beklagen die Trennung der Arbeiterklasse in verschiedene Teile auf das äußerste und wünschen, daß möglichst eine weitgehende Zusammenarbeit der proletarischen Kräfte eintritt. Die Einigung wird aber nicht dadurch gefördert, daß man viel darüber redet. Die beste Einigung wäre die, daß es uns gelänge, alle proletarischen Kreise unter dem Banner unserer Partei zu einigen. So dringend die Gründung einer Parteischule ist und so sehr ich weiß, daß gar nicht genug Mittel zur Verfügung gestellt werden können, muß ich sagen, daß die Stolzenauer Parteigenossen dadurch nicht erreichen werden, allen Anforderungen bei der Besetzung von Verwaltungsstellen gerecht zu werden. Sonst müßte ein Apparat geschaffen werden von einem Ausmaß, dessen Größe ich mir im Augenblick gar nicht vorstellen kann.

Unser Ziel wird auf die Dauer nicht sein können, daß wir Außenseiter in die Verwaltungsstellen hineinbringen. Wenn wir die Beamten gewinnen wollen für die Sozialdemokratie, dann müssen wir das Gefühl in ihnen stärken, daß ihre materiellen und sonstigen Interessen bei uns gut aufgehoben sind. Wir sind mit unserem Einfluß bisher in den Kreisen der Beamtenschaft nicht sehr weit gekommen. Das ist mit Betrübnis festzustellen. Wir haben in den Kreisen der höheren Beamten fast gar nicht Fuß gefaßt. Das ist darauf zurückzuführen, daß die große Mehrzahl der höheren Beamten sich verletzt gefühlt hat dadurch, daß wir ihnen eine große Zahl von höheren Verwaltungsstellen weggenommen haben. Das war allerdings notwendig. Aber man muß verstehen, daß dadurch in der höheren Beamtenschaft keine reine Freude ausgelöst wurde. Dazu kommt, daß wir an einer ganzen Menge Einrichtungen gerüttelt haben, an denen ihr Herz hängt. Wir haben ihr Titel weggenommen und dadurch weh getan. Wir haben ihr die Orden weggenommen. Das hat sie schwer getroffen. (Weiterkeit.) Wir haben selbst unter der mittleren Beamtenschaft nicht richtig Fuß gefaßt. Eine große Zahl der mittleren Beamten glaubt nicht in dem Maße auf ihre Rechnung gekommen zu sein, wie sie es wünschte, weil sie nicht in dem erwarteten Umfange in die höheren Stellen eingerückt ist. So ist auch hier eine starke Abkühlung eingetreten. Der Hauptgrund für die abgeklauete Stimmung liegt aber darin, daß in einer Reihe von Ministerien keine Sozialdemokraten mehr sind. Dadurch ist ein großes Gefühl der Unsicherheit in die Beamtentreise hineingetragen worden. Sie wissen nicht, wie die politische Entwicklung weitergeht. Das Maß von Kampfesgeist, das sich in der Arbeiterschaft gesteigert hat, kann bei der ganzen Erziehung der Beamtenschaft nicht vorhanden sein. Im übrigen wird unser Augenmerk dahin gerichtet sein müssen, auf die Dauer nicht Außen-

weiter in die politischen Kreise hineinzubringen, sondern die jetzigen Beamten zu Sozialdemokraten heranzuziehen. Das wird schwer halten, muß aber versucht werden. — Die gewünschte Ausbildung von Parteigenossen in kommunalen und Verwaltungsfragen hat Schwierigkeiten. Man kann den Parteigenossen Kommunalpolitik und politisches Denken nicht mit dem Nürnberger Trichter einflößen. Wenn die Genossen etwas erreichen wollen, müssen sie sich auf die Hosen setzen und selbst gründlich arbeiten. Das ist bei der heutigen achtstündigen Arbeitszeit wohl möglich.

Zur Frage eines „freien Niedersachsens“, die durch einen Antrag auf mehr Agitationsmaterial gegen die Deutsch-Hannoveraner aufgerollt worden ist, werfe ich die Frage auf, ob die Parteigenossen ein Interesse daran hätten, im „freien Niedersachsen“ ein solches Zusammenarbeiten zu erleben, wie es jetzt im Provinziallandtage zu beobachten ist, wo die ganzen bürgerlichen Parteien einen Block bilden und unsere Genossen glatt an die Wand gedrückt haben. Ein solcher Zustand wäre nicht im Interesse der niedersächsischen Arbeiterchaft.

Für die Revisoren berichtet T i m p e (Hannover): Wir haben die Abrechnungen der Bezirkskasse geprüft und alles in bester Ordnung gefunden. Ich bin beauftragt, die Entlastung des Kassierers zu beantragen.

G e h r m a n n (Harburg) hält es für praktisch, wenn bei dem neu einzurichtenden Bildungsweisen mehr als bisher auf die Frauenbewegung Rücksicht genommen wird. Es trifft nicht immer zu, daß die sogenannten „großen“ Redner auf dem Lande Vorteil bringen. Sie sind nicht immer mit den ländlichen Verhältnissen genügend vertraut. Wir im Bezirk Lüneburg nehmen keine Rücksicht darauf, ob ein Redner einen großen Namen hat, sondern wir achten auf den Inhalt einer Rede und auf den Erfolg derselben. Unsere Parteigenossen auf dem Lande müssen mehr dazu angehalten werden, daß sie die Zeitung wirklich lesen. Redner bittet, den Antrag auf Vereinigung mit der U.S.P. zurückzuziehen, weil er doch keine Wirkung haben werde.

Frau B r e m e r (Hannover) bedauert den Rückgang der Frauenbewegung in der Provinz. Viele Frauen sind kleinlich. Die Interesslosigkeit der Frauen spielt in der Politik eine unangenehme Rolle. Die Frauen müssen mehr über das politische Leben und die Gesetzgebung unterrichtet werden. In allen Unterbezirken wird es Genossinnen geben, die befähigt sind, Agitation zu treiben. Dazu ist keine große Redegabe nötig. Viele Frauen sind in der wichtigen Kleinarbeit sehr tüchtig, wenn sie auch keine großen Reden schwingen können.

D ä h l i n g (Hannover) spricht über den Ausbau des Bildungswezens, das er kräftig gefördert wissen will. Wir sind zu der Meinung gekommen, daß es das erste sein muß, hier in Hannover eine Art Parteischule zu gründen. Von einer Parteischule im strengen Sinne des Wortes kann keine Rede sein. Wir wollen in dem Sinne unserer eigenen Weltanschauung Wissen vermitteln. Allerdings ist es nicht möglich, den Genossen mit einem Nürnberger Trichter beizukommen. Wer etwas leisten will, muß tüchtig arbeiten. — Das kommunalpolitische Bureau, das in einem Antrage verlangt wurde, halten wir nicht für zweckmäßig, weil ein Parteisekretär, der hier irgendwo auf einem Bureau sitzt, nicht über 700 Ortsvereinen Auskunft geben kann. Ein kommunalpolitisches Mitteilungsblatt halten wir jedoch für sehr wirksam. Alle Fragen des Gemeindelebens, die neuesten Gesetzesverordnungen müssen behandelt werden. Frage und Antwort muß in diesem Blatte über die wichtigsten Streitfragen möglich sein.

R u b b e r t (Wilhelmsburg) beantragt Schluß der Debatte.

G e h r m a n n (Harburg): Ich bitte den Schlußantrag abzulehnen.

Die Abstimmung ergibt A b l e h n u n g des Antrages.

K a l d a u k e (Münden): Ein Mitteilungsblatt nützt uns nicht genug. Das „Kasseler Volksblatt“ und andere Parteizeitungen geben schon seit einer Reihe von Monaten wöchentlich eine kommunalpolitische Beilage heraus. Wir verlangen a u ß e r d e m noch Wirksamkeit vom Bezirksvorstand. Der Provinzialvorstand unserer Partei hat bei uns bisher nicht einmal den Finger krumm gemacht, um etwas zu tun. Es wäre besser, ein Blatt zu schaffen, das sämtlichen Parteizeitungen in der Provinz beigelegt wird. Bei dem nächsten Wahlkampf werden die einzelnen Gemeindevertreter unserer Partei von den Bürgerlichen gegeneinander ausgespielt werden, weil bisher unter den Genossen in praktischen Fragen keine Verständigung vorhanden war und keine Fühlung untereinander. Zu einer Aussprache oder Konferenz ist bisher nicht zusammengerufen worden. Bezüglich der Einigung mit den Unabhängigen

stelle ich mich voll und ganz auf den Boden, den Genosse Roske vertreten hat. Wir wollen eine Einigung. Aber nicht um jeden Preis. — Ich glaube, daß die welsche Agitation nicht in den Himmel wachsen wird.

Schubert (Harburg) tritt dafür ein, daß bei einer eventuellen Neueinstellung eines Sekretärs im Bezirk eine Genossin gewonnen wird. Wenn im Bezirk die Frauenfrage gefördert wird, dann ist das zu begrüßen. Wir brauchen nicht in erster Linie Parteigenossen zum Unterricht in der Kommunalpolitik, sondern wir brauchen eine Vertiefung in unserer sozialistischen Weltanschauung. Wir sollten uns nicht so sehr mit dem Gedanken einer Partischule von anderen Möglichkeiten abbringen lassen. Es gibt in jeder kleineren Stadt mindestens einen Genossen, der etwas tiefer in das Wesen des Sozialismus eingedrungen ist. Der kann sich einen Kreis von Parteimitgliedern zusammenziehen und kann so in kleinem Rahmen mehr leisten als es auf der Partischule möglich sein würde. — Wenn man über etwas wenig reden soll, dann ist es über den Gedanken der Einigung mit der U.S.P. Die Einigung der Arbeiterschaft kann nur auf geistigem, unformellem Wege vor sich gehen. Es kann sich aus sich selbst heraus ein Zusammengehen entwickeln, und eine Einigung kann die Folge sein. Ich bin gewiß ein Anhänger der Einigung. Mit diesem Antrage aber erreichen wir sie nicht. Trotzdem kann man den Antrag annehmen, um nicht das Gegenteil zu besagen.

Feldmann (Hannover): Der Genosse Lau hat in seinen Ausführungen auch auf die Einsetzung des Bezirksausschusses für Arbeiterwohlfahrt für den Bezirk Hannover hingewiesen. Als Vorsitzender des Bezirksausschusses muß ich jedoch leider erklären, daß wir bei unseren Genossen im Bezirk wenig Verständnis dafür gefunden haben. Auf unsere Aufforderung in allen Parteizeitungen der Provinz, Kreis- oder Ortsausschüsse zu gründen, sind bis jetzt ganze 14 Ortsausschüsse für Arbeiterwohlfahrt gebildet. Die bürgerlichen Kreise haben dieser Aufforderung mehr Beachtung geschenkt. Gleich nachdem unsere Aufforderung in der Parteipresse erschienen war, wurde ich von dem Provinzialverein zur Bekämpfung der Tuberkulose, vom Verein für Volkswohlfahrt u. a. aufgefordert, doch gemeinsame Sache mit ihnen zu machen und von der Gründung eigener Organisationen Abstand zu nehmen. Man hätte die Mitarbeit der Arbeiterschaft in der Wohlfahrtspflege schon immer gewünscht und würde sich freuen, mit derselben zusammenarbeiten zu können. Man fürchtete also offensichtlich die eigenen Organisationen der Arbeiter. Wir haben diesen bürgerlichen Fürsorgeorganisationen erklärt, daß die Arbeiterschaft auf ihre eigenen Organisationen in der Wohlfahrtspflege nicht verzichten wird. Die Arbeiterschaft will sich gerade dadurch die Stellung in der privaten und öffentlichen Fürsorge erringen, die ihr nach ihrer Stärke und Bedeutung zukommt. An den bürgerlichen Kreisen liegt es nun, unsere Wohlfahrtsorganisationen als gleichwertige Faktoren anzuerkennen, wenn sie mit uns zusammenarbeiten wollen.

Nun haben wir ja früher immer auf dem Standpunkt gestanden, daß es Aufgabe des Staates und der Gemeinden sei, für die in Not geratenen Volksgenossen zu sorgen, und deshalb selbst keine Wohlfahrtspflege betrieben. Nachdem wir aber jetzt nach dem verlorenen Krieg ein armes Volk geworden sind, können wir uns von der Mitarbeit in der allgemeinen Fürsorge nicht mehr ausschließen. Es ist nun nicht zu verkennen, daß die bürgerlichen Frauen durch die langjährige Tätigkeit in ihren vielen Wohlfahrtsorganisationen theoretisch unseren Genossinnen überlegen sind. Aber eins haben unsere Genossinnen den bürgerlichen Frauen voraus, und das ist, daß sie das nötige Verständnis und das nötige soziale Mitgefühl besitzen. Gerade die Arbeiterfrauen, die die Armut am eigenen Leibe erfahren, selbst zum größten Teil eine freudeloze Jugend durchgemacht haben, sie sind die berufensten Personen, in der Wohlfahrtspflege tätig zu sein.

Wir müssen deshalb aber auch unsere Genossinnen theoretisch so schulen, daß sie den bürgerlichen Frauen nicht nur gewachsen, sondern weit überlegen sind. Zu diesem Zweck haben wir in Hannover schon einen Unterrichtskursus in den verschiedenen Zweigen der sozialen Fürsorge abgehalten, der von 84 Genossinnen besucht war, die bis zum Schluß daran teilgenommen und sich auch der Schlussprüfung unterzogen haben. Wenn wir die nötigen Gelder aufbringen, werden wir auch für die Frauen aus der Provinz einen solchen Kursus einrichten können. Ich hoffe, daß die Wohlfahrtstagung in Götting Mittel und Wege finden wird, das ganze Wohlfahrtswesen innerhalb der Partei auf eine andere Grundlage zu stellen. Wir müssen nicht nur in die öffentlichen Fürsorgestellen mehr hineinkommen, sondern auch in die zu gründenden Wohlfahrtsämter. In den Satzungen der Deutschen Kinderhilfe steht, daß bei der Verteilung der Mittel die Arbeiterwohlfahrtsausschüsse mitberaten sollen. In Hannover hat man die Körperschaft der Arbeiter übersehen.

Es bedurfte erst einer Mahnung von uns, bis unserem Wohlfahrtsausschuß ein geringer Betrag zugewiesen wurde. Ich hoffe, daß in den nächsten zwei Jahren das Wohlfahrtswesen bei uns so weit ausgebaut wird, daß wir bis zum nächsten Bezirksparteitag bedeutend vorwärts kommen. (Beifall.)

Jasper (Braunschweig) teilt mit, daß im letzten Jahre acht Gemeindevertreterkonferenzen in Braunschweig abgehalten worden sind und geht dann auf die Abtrennungsbestreben der Deutsch-Hannoverschen Partei ein, die in einem Antrage betreffend Agitationsmaterial berührt worden sind. Ich glaube sagen zu können, daß ein Teil meiner braunschweigischen Genossen eine andere Ansicht über ein „freies Niedersachsen“ hat, wie die bisherigen Redner sie hatten. Für mich ist die Frage, wie das Deutsche Reich zu gliedern ist, eine grundsätzliche Frage. Wenn wir nicht durch die Geschichte, durch den großen politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch am Ende des Krieges arg belastet wären, würde keiner von Ihnen für ein großes Preußen eintreten, neben dem all die kleineren Länder nur eine bescheidene Rolle spielen. Wenn ganz freie Hand für eine Gliederung des Reiches wäre, hätte der Gedanke an ein freies Niedersachsen ohne weiteres Bedeutung. Es ist nicht abwegig, wenn man sich die Gliederung Deutschlands so denkt, daß gleich starke Reichsprovinzen geschaffen werden sollen nach Berücksichtigung der wirtschaftlichen und geographischen Bedingungen und der Stammesfragen. Eine Provinz Niedersachsen würde dann volle Berechtigung haben, wenn man bedenkt, daß es sich dabei um einen besonderen Volksstamm handelt, den besondere Sitten und Ueberlieferungen und gemeinsame wirtschaftliche Interessen verbinden. Man schlage die Reichsverfassung auf, die mit Hilfe unserer Partei geschaffen ist, und man wird zugeben müssen, daß nach ihren Bestimmungen die Schaffung eines freien Niedersachsens gesehlich möglich und durchführbar ist. Unsere Partei tritt sonst für das Selbstbestimmungsrecht der Völker (Rufe: der Völker!) ein. Es ist deshalb folgerichtig, dasselbe Völkerrecht zu übertragen auf das Stammesrecht. So, wie man Provinzen und Kreise die Selbstverwaltung zugeht, muß man auch die Frage der Stammesgliederung, der staatlichen Gliederung, der Entscheidung der Bevölkerung überlassen und kann diese Angelegenheit nicht zentral regeln. Augenblicklich ist Preußen der Entwicklung nicht förderlich, die nach einer Einheitlichkeit des Reiches drängt. Auch Dber-sachsen gibt man die Autonomie. (Große Erregung.) Preußen ist zusammengegriffen von den Hohenzollern. — Wir suchen eine engere Fühlung mit den stammesverwandten Niedersachsen. Das ist eine Forderung, die unserem Parteiprogramm nicht widerspricht. Wir haben bisher im Parteiprogramm nur die Selbstbestimmung vertreten.

Leinert (Hannover): War der Genosse Jasper hier vorgetragen hat, ist stärkster Partikularismus. Ich habe in dem Vortrage des Genossen Jasper vermißt, daß wir vor allen Dingen Deutsche sein wollen, daß wir uns mit der ganzen Macht unserer deutschen Zusammengehörigkeit dem Auslande zeigen wollen. Von diesem Gedanken war in den Ausführungen meines Vorredners keine Spur. Genosse Jasper ist Anhänger eines „freien Niedersachsens“. Er sagte:

„Eine Zentralisierung in allen Dingen halte ich für ein Übel. Ein Reich, in dem das Land Preußen zwei Fünftel ausmacht, ist keine Gemeinschaft deutscher Länder. Preußen muß darum in Deutschland aufgehen. Die Niedersachsen sind mit Recht stolz auf ihre Heimat und Stammesart. Sie sollen keine Deutsche zweiten Ranges sein. Das Unrecht von 1866 ist ungesühnt. Wir wollen keine Preußen sein. Auch in unseren Parteiorganisationen kann es nie eine Gliederung nach Provinzen geben, und der Zentralvorstand kann nicht allen alles recht machen. Wir treten ein für die Selbstbestimmung der Völker. Deshalb will man innerhalb der Deutschen Republik uns die Anwendung des § 18 der Reichsverfassung vorenthalten? Man tritt doch gleichzeitig für das Selbstbestimmungsrecht der Polen, Iren und Tschecho-Slowaken ein!“

Aus einem Brief, den der Genosse Jasper an einen Genossen gerichtet hat, spricht noch nicht einmal der Gedanke, daß wir dafür eintreten müssen, Hannover zur Reichsprovinz zu machen, sondern der Gedanke: „Das Unrecht von 1866 ist ungesühnt“ und „Hannover muß wiederhergestellt werden“. Es ist richtig, daß Preußen zusammengeraubt worden ist. Aber wie steht es denn mit Hannover? Hannover ist ebenfalls zusammengegriffen und zusammengeraubt worden. Denken Sie nur an die Landschaft Ostfriesland! Wenn Leute aus Ostfriesland nach Hannover herüberkommen wollen, sagen sie, sie gingen ins Ausland. Die Agitation der Welfen darf von uns unter keinen Umständen unterstützt werden. Wir

stehen in Preußen gar nicht auf dem Standpunkt, daß Preußen unter allen Umständen und für alle Zeiten erhalten werden soll. Wir sind in Preußen bereit, in die Deutsche Republik aufzugehen, wenn auch die anderen Länder sich bereit erklären, das zu tun. Wenn aber Bayern bei der Eisenbahn noch Sonderrechte erhält, wenn wir sehen, was sonst in Bayern vorgeht; wenn wir hören, daß im rheinischen Provinziallandtag von allen Parteien beschlossen wird, die Selbstständigkeit nicht zu betreiben, solange die Besatzung besteht, dann ist das ein Beweis dafür, daß jetzt der allerungeeignete Augenblick ist, ein „freies Niedersachsen“ zu betreiben. In dem Augenblick, in dem Hannover wiederhergestellt wird, ganz gleich wie, wird das Rheinland in die Hände der Franzosen kommen und vom Reiche abgelöst.

Wir müssen die Aktion dahin lenken, daß in ganz Deutschland eine Abstimmung herbeigeführt wird zugunsten der Verfassungsänderung, um aus den Ländern Reichsprovinzen zu gliedern. Der Hinweis Jaspers auf die Selbstbestimmung der Völker ist ganz und gar nicht am Platze. Wenn man diesen Begriff so eng zieht, daß man in Deutschland noch besondere Unterschiede wie bei den Völkern machen will, so habe ich kein Verständnis dafür. (Beifall.) Wir sind alle Deutsche. Wir sprechen alle eine und dieselbe Sprache, und die Bestimmungen der Reichsverfassung bestehen für das gesamte deutsche Volk.

Im übrigen darf man nicht unterschätzen, was das große Preußen auf dem Gebiete der Landwirtschaft und auf dem Gebiete der Berg- und Wasserwirtschaft erreicht hat. — Preußen hat Kulturerrungenschaften zu nennen, die einem kleineren Staate unmöglich gewesen wären. Der Fischereihafen Geestemünde soll mit einem Kostenaufwand von 400 Millionen gebaut werden. Das sind Summen, die ein kleinerer Staat für diesen Zweck nicht aufgebracht hätte, die nun der Reichsfischerei und uns zugute kommen.

Die Angelegenheit mit Oberschlesien ist etwas ganz anderes als die Frage „Niedersachsen“. Diejenigen, die Oberschlesien zu einem internationalen Staat machen wollen, sind von uns beruhigt worden durch die Einwilligung, Oberschlesien in Deutschland dieselben Rechte einzuräumen, die Bayern hat. Das ist eine Konzession, die aus der ungeheuer schweren Lage entsprungen ist. Aus dieser Tatsache soll man nicht noch die Wasser der Welsen erhöhen und ihnen Werbestoff geben.

B r e y : Die Rednerliste ist erschöpft. Bevor ich den Berichterstattern das Schlußwort gebe, unterbreite ich Ihnen einen während der Debatte eingegangenen Antrag zur Beschlußfassung. Der Antrag ist durch genügend Unterschriften unterstützt.

Antrag 8b :

„Nach dem Gesamtparteitage hat alljährlich eine Bezirks-Frauenkonferenz stattzufinden, welche sich mit Organisations- und Wohlfahrtsfragen zu befassen hat.“

V a u (Schlußwort): Ich fasse das Ergebnis der Debatte kurz zusammen. Jedoch möchte ich noch einiges zu den einzelnen Ausführungen sagen. Bei der Lösung der Referentenfrage hält es schwer, allen Wünschen der Ortsvereine gerecht zu werden. Wir wollen uns gern bemühen, die berechtigten Wünsche der Ortsvereine zu erfüllen, hoffen aber, daß die Ortsvereine auch die Schwierigkeit der Verhältnisse erkennen und würdigen. Agitationsmaterial zur Welsenfrage ist in Arbeit. Unsere Organisation hat alle Ursache, in der ganzen Provinz sich um die Jugend zu bemühen. Das Jugendsekretariat in Hannover wird den Genossen draußen gern mit Rat und Tat zur Seite stehen. — Wir haben gute Erfahrungen gemacht, als wir die Gemeindeausschußmitglieder aus mehreren zusammenliegenden Dörfern ver sammeln und mit ihnen kommunale Fragen aus der Praxis beraten haben. Das ist ein Weg, der gangbar ist, der uns mehr helfen wird als große Konferenzen. Ob man ein kommunales Mitteilungsblatt den Gemeindevertretern direkt zustellt, oder ob es zweckmäßig ist, das Blatt den Parteizeitungen in der Provinz beizugeben, müssen wir prüfen. Ein Beschluß darüber ist noch nicht gefaßt. Ich neige der größeren Verbreitung zu, muß aber die größeren Kosten zu bedenken geben.

M e z i g (Schlußwort): Es erübrigt sich, im Schlußwort weitere Ausführungen zu machen, da Einwendungen gegen meine Tätigkeit nicht erhoben wurden. Nur möchte ich darauf hinweisen, daß unter allen Umständen darauf gesehen werden muß, bei öffentlichen Versammlungen Teller Sammlungen zu veranstalten, da hieraus in den letzten Wahlbewegungen die entstandenen Kosten für die Referenten und für die Vorbereitungen der Versammlungen fast gänzlich gedeckt sind.

In der darauffolgenden Abstimmung wird dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt

Zu Antrag 1 wird beschlossen:

Eine Parteischule soll errichtet werden zur Ausbildung befähigter Parteimitglieder in der Kommunalverwaltung und im Staatsdienst, damit die Partei jederzeit in der Lage ist, allen Anforderungen bei der Besetzung von Verwaltungsstellen gerecht zu werden. Zur Deckung der entstehenden Unkosten ist im Bezirk ein Extrabeitrag für männliche Mitglieder von 50 Pf. im Vierteljahr zu erheben. Dieser Beitrag wird für allgemeine kulturelle Arbeit und für kommunalpolitische Aufklärungszwecke bewilligt.

Die Anträge 2 und 3 werden als erledigt betrachtet, da die Vorarbeiten zur Erfüllung derselben im Gange sind und die in den Anträgen gestellten Forderungen durch die Annahme des Antrages 1 mit erfüllt werden.

Antrag 4 wird angenommen.

Antrag 5 wird dem Parteivorstand überwiesen.

Zu Antrag 6 wird beschlossen:

Der Bezirksparteitag stellt sich grundsätzlich auf den Boden des Antrages, überweist diesen jedoch als eine Frage der Gesamtorganisation dem Parteivorstand zur Erledigung.

Antrag 7 wird dem Bezirksvorstand zur Erledigung überwiesen.

Antrag 8 wird angenommen.

Anträge 8a und 8b werden dem Bezirksvorstand und dem Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt zur gemeinschaftlichen Erledigung überwiesen.

Brey: Der Punkt 2 der Tagesordnung ist nunmehr erledigt. Außerdem können wir auch den Punkt 3 als durch die Aussprache, in der ja Beschwerden vorgebracht und richtiggestellt wurden, als erledigt betrachten. Wir kämen damit zum Punkte 4 der Tagesordnung:

Bericht der Preßkommission.

Reimeyer (Hannover) führt unter Hinweis auf den gedruckt vorliegenden Bericht aus, daß, den lebhaften Wünschen unserer Genossen entsprechend, der „Volkswille“ im Laufe der letzten zwei Jahre weiter ausgebaut worden ist. Verschiedene Sonderbeilagen, wie z. B. die Sportbeilage, der landwirtschaftliche Teil usw., sind stark erweitert oder gänzlich neu eingerichtet worden. Die illustrierte Unterhaltungsbeilage „Volk und Zeit“ wurde unserem Organ beigelegt, aber wegen zu großer Unkosten wieder fortgelassen. Wir haben großen Wert darauf gelegt, daß der politische Teil weiter ausgestaltet wurde. Redner berichtet eingehend über die verschiedensten internen Angelegenheiten und weist besonders darauf hin, daß mit dieser vorgenommenen Ausgestaltung noch nicht alles erreicht ist, was gewünscht wurde. Der politische, der wirtschaftliche und der lokale Teil werden mit der Zeit noch weitere Verbesserungen erfahren müssen. Beschwerden über die Haltung des Blattes sind im allgemeinen nicht eingegangen.

Brey: Zum Bericht des Genossen Reimeyer stehen die Anträge 14 bis 16 zur Aussprache. Der Antrag 14 ist zurückgezogen und folgender Ersatzantrag (14a) eingebracht:

Die Preßkommission des „Volkswillens“ besteht aus acht Vertretern des Unterbezirks Hannover-Stadt, aus vier Vertretern des Unterbezirks Hannover-Land, je einem Vertreter der Vorstände der Unterbezirke Hannover-Stadt und Hannover-Land sowie einem Vertreter des Bezirksvorstandes.

Die Preßkommission beschließt selbständig; sie ist ihren Mandatgebern verantwortlich.

Zur Begründung der Anträge erhalten folgende Genossen das Wort:

Zu Antrag 14a

Brüll (Hannover): Die Hannoversche Mitgliedschaft will nur dasselbe Recht wie die Mitgliedschaften in der Provinz, deren Preßkommissionen selbständig entscheiden. Neben der Preßkommission des „Volkswillens“ gibt aber noch der Bezirksvorstand, der in allen Fragen mitentscheidet. Es muß dem Bezirksvorstand genügen, wenn er vertreten ist, um sein Aufsichts- und eventuell sein Einspruchsrecht auszuüben. Zentralorgan für den Bezirk kann deshalb der „Volkswille“ trotzdem sein. Lassen Sie es nicht erst zu Konflikten kommen!

Zu Antrag 15

W a r n e c k e (Hannover): Wenn ich gestern unseren Saalschmuck betrachtet habe, das Rot der Liebe, vor dem sich die Büste unseres großen Vorkämpfers Lassalle erhebt, eingerahmt durch die grünen Vorbeerbäume — die Farbe der Hoffnung — und unsere roten Banner, hat mir das Herz weh getan bei den Auseinandersetzungen über diesen Punkt der Tagesordnung. Ich bin über alle Vorgänge und strittigen Fragen nicht orientiert; aber solche Gegensätze zwischen Stadt und Land schädigen das Gesamtwohl der Partei. Es sind Worte gefallen von „Stadt- und Landsozialisten“. Dies darf nicht sein. Wir wollen hier arbeiten als „Sozialisten aus Stadt und Land“. Wir bekämpfen den ausbeutenden Kapitalismus, und in diesem großen Kampfe müssen Stadt und Land Hand in Hand gehen. Gegensätze müssen ausgeglichen werden durch gegenseitiges Entgegenkommen. Der „Volkswille“ ist unser Kampfblatt und darf nicht Gegenstand sein und bleiben, der uns trennt. Ich wünsche dem Parteitage etwas vom Lassalleschen Geist, und bei gutem Willen aller Delegierten wird diese Streitfrage zum Wohle der Partei aus der Welt geschafft werden.

Zu Antrag 16

S c h u m a n n (Anderten): Den Parteigenossen, welche nahe vor den Toren der Stadt Hannover wohnen, wird die Agitation für die Parteipresse sehr erschwert dadurch, daß man den „Volkswillen“ in einer Stadt- und einer Landausgabe erscheinen läßt. Viele Leser des „Volkswillens“ arbeiten in der Stadt; sie haben oft Gelegenheit, die Stadtausgabe in die Hand zu bekommen, und finden dabei heraus, daß die neuesten Ereignisse in der Stadtausgabe einen Tag früher erscheinen als in der Landausgabe. Die Genossen sind der Meinung, wenn die bürgerlichen Blätter in der Lage sind, die neuesten Ereignisse auch in der Landausgabe einen Tag früher zu bringen, muß dies der Leitung des „Volkswillens“ auch möglich sein; sie fühlen sich zurückgesetzt. Auch ist es notwendig, wollen wir unsere Leserschaft erweitern, den „Volkswillen“ so auszugestalten, daß er in einem stärkeren Umfange an Seitenzahl als bisher erscheint. Gerade die Frauen sind es, die uns bei der Agitation für die Presse vorhalten: „Der „Volkswille“ liefert nicht Papier genug, um unseren Männern und Söhnen das Frühstück einzuschlagen, und zwei Zeitungen zu halten, ist uns zu kostspielig.“ — Wir Genossen aus dem Kreise Burgdorf sind der Meinung, daß von dem bisherigen Modus, eine Stadt- und eine Landausgabe herauszugeben, Abstand genommen werden muß und im Interesse unserer Presse künftighin für Stadt und Land eine nach großen politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten geleitete einheitliche Ausgabe an Stelle des bisherigen Zustandes tritt. Das kann nur möglich sein, indem man den jetzigen Verwaltungszustand beibehält: Gleichberechtigung zwischen Stadt und Land.

B r e y: Wir kommen nun zur Aussprache über den Bericht des Genossen K r e i m e y e r und die dazu gestellten Anträge.

M a r h e n k e (Hannover): Ein paar Worte zu dem Antrag Hannover. Der Antrag will eine Aenderung des bis jetzt bestehenden Zustandes herbeiführen. Bei der Begründung habe ich vermist, daß durch den alten Zustand Schäden für die Zeitung entstanden sind. Es heißt vielmehr im Geschäftsbericht der Preßkommission, daß die Zusammenarbeit zwischen dieser und dem Bezirksvorstand in der ganzen Berichtsperiode gut gewesen ist. Für den Bezirksparteitag liegt deshalb meines Erachtens kein Grund vor, an dem alten bewährten System etwas zu ändern. Die Verhandlungen, die auf Grund eines Beschlusses der letzten Provinzialversammlung stattfinden mußten, haben ergeben, daß die Mehrheit der teilnehmenden Genossen für eine Aenderung des Eigentumsrechts nicht zu haben sind. Der Ortsverein Hannover hat deshalb eine Aenderung seines Antrages vorgenommen. In dem neuen, jetzt vorliegenden Antrage ist von einer Aenderung des Eigentumsrechts nicht mehr die Rede. Wenn man aber den Antrag einer näheren Betrachtung unterzieht, wird man finden, daß die darin geforderte Zusammensetzung der Preßkommission dem Ortsverein Hannover die volle Möglichkeit bietet, die Haltung des „Volkswillens“ nach seinen Wünschen zu gestalten; auch ist er in der Lage, die Verwaltung vollständig in seine Hände zu bekommen. Die Mitglieder der Preßkommission aus dem ländlichen Verbreitungsbezirk sind den stadthannoverschen Mitgliedern an Zahl immer unterlegen. Der Bezirksvorstand ist dann völlig ausgeschaltet; denn durch den einen Vertreter, der ihm zugewillt werden soll, wird er gewiß nicht den Einfluß haben, den er auf das Bezirksorgan haben muß. Ich bitte deshalb den Bezirksparteitag, es bei dem alten Zustand zu belassen. Lehnen Sie den Antrag Hannover ab!

Schubert (Harburg) spricht für den Antrag der Stadt Hannover und meint, es sei doch ein eigentümlicher Zustand, wenn die stadthannoverschen Genossen, die doch die Hauptaufwendungen für das Blatt tragen müssen und auch Besitzer der Parteidruckerei sind, ein Eigentumsrecht an dem Blatt nicht besitzen. Die Verhältnisse des „Volkswillens“ übertragen auf alle Parteizeitungen des Bezirks, würden zu ganz unhaltbaren Zuständen führen..

Kaldauke (Münden) wünscht Beibehaltung des bisherigen Zustandes.

Prüll (Hannover) wendet sich gegen die Vorredner mit gegenteiliger Auffassung und vertritt in längeren Ausführungen nochmals die in der Begründung an dem Tag gelegte Auffassung.

Baumann (Nienburg): Der vorliegende Antrag des Ortsvereins Hannover hat eine eigentümliche Geschichte. Auf Beschluß des letzten Bezirksparteitages sollte zu der Frage der Ueberweisung des „Volkswillens“ in das alleinige Eigentum der Parteiorganisation in der Stadt Hannover-Linden bis zum nächsten Bezirksparteitag, also heute, ein beschlußfähiger Auseinandersejungsplan fertiggestellt werden. Nun haben in den letzten Wochen recht eingehende Verhandlungen in dieser Sache stattgefunden, an denen ich als Vertreter des Landgebietes in der Preßkommission teilgenommen habe. Ueber einen Auseinandersejungsplan haben wir uns aber nicht verständigen können. Daß diese Gelegenheit erst so kurz vor Stattfinden des Bezirksparteitages zur Besprechung kam, ist meines Erachtens ein Beweis dafür, daß eben diese Auseinandersezung der heikle Punkt ist, der auch den stadthannoverschen Genossen bedenklich war. Man hat die Forderung begründet mit dem dringend notwendigen Ausbau des „Volkswillens“. In diesem Zusammenhange hat man auch eine Aeußerung meinerseits gegen mich auszusprechen versucht. Indem ich auf die Unterschiedlichkeit der großstädtischen und der ländlichen Zeitungsleser hinwies, unterlegt man meinen Worten eine Gegnerschaft der Ausbaubestrebungen. Dabei weiß ich als Buchdrucker und langjähriger Leser des „Hamburger Echo“ recht gut, wie unsere Zeitung im Konkurrenzkampf mit der bürgerlichen Presse im Ausbau Schritt halten muß. Nicht um lehteren Bestrebungen Hindernisse zu bereiten, sondern lediglich aus Rücksicht auf die ländlichen Zeitungsleser in ihren wesentlich anderen Bedürfnissen sehe ich mich veranlaßt, für die Ablehnung des Antrages einzutreten. Auch mit dem Antrag in der abgeänderten Fassung, die Preßkommission auf die Gebiete der Unterbezirke Hannover-Stadt und Hannover-Land zu begrenzen, kann ich mich nicht befreunden. Dabei bleibt die Zahl der Preßkommissionsmitglieder, ob 8 zu 4 oder 7 zu 5, völlig belanglos, denn die Orte des Unterbezirks Hannover-Land sind wirtschaftlich und im Verhältnis zur Zeitung der Stadt Hannover so völlig gleich, daß dabei das Landgebiet völlig ausgeschaltet würde. Aus diesen Gründen bitte ich, alle diese Anträge abzulehnen.

Dohrborg (Hannover): Auf der Provinzialversammlung im Jahre 1907 haben wir die gleiche Debatte gehabt wie heute; auch damals fielen scharfe Worte. Der Unterschied war nur der, daß im Jahre 1907 die Provinz es war, die das Eigentumsrecht am „Volkswillen“ beanspruchte und nicht allein dieses, sondern auch die Druckerei mit einschließen wollte. Um den sachlichen Streit beurteilen zu können, ist es für diejenigen Genossen, die nicht die ganze Entwicklungsgeschichte des „Volkswillens“ miterlebten, notwendig, daß die Eigentumsverhältnisse am „Volkswillen“ einmal geschildert werden.

Im Sommer 1890, nachdem begründete Aussicht bestand, daß das Sozialistengesetz fallen würde, traten Genossen aus Stadt Hannover-Linden und Provinz zusammen und beschloßen, ein eigenes Parteiblatt zu gründen. Das allernotwendigste Kapital (ca. 5000 Mk.) wurde durch Sammlungen beschafft. Hannover-Linden brachte ca. 3500 Mk. auf, die größeren Provinzorte etwa 1500 Mk. Als Verlageigentümer wurde Genosse Heinrich Meister bestimmt. Bis 1906 wurde der „Volkswille“ zuerst bei Maerker & Augustin, später von der Firma Dörnte & Löber in Loßndruck hergestellt. Am 1. April 1906 wurde die Druckerei der Firma Dörnte & Löber käuflich erworben und eine Kommanditgesellschaft gegründet. Firmenträger waren die Genossen Meister, Brey und Bauer. Nachdem Genosse Meister und kurze Zeit später Genosse Bauer gestorben war, wurde auf der ersten Provinzialversammlung im Jahre 1907 die Frage der Eigentumsverhältnisse besprochen. Durch einen Antrag der Genossen Weinert, Fischer und Rauch sollte eine anderweitige Regelung getroffen werden. Der Antrag lautete:

Der „Volkswille“ ist Eigentum der Sozialdemokratischen Partei der Provinz Hannover bzw. der Provinzialorganisation. Ueber Verwendung evtl. Ueberschüsse beschließt der Provinzialvorstand. Der Provinzialvorstand hat der Provinzialversammlung in seinem

Rechnschaftsbericht über die geschäftlichen Ergebnisse des „Vollswillens“ zu berichten und eine Uebersicht über den Vermögensbestand zu erstatten.

Leinert. Frischer. Rauch.

Die Genossen der Provinz unter Führung des Parteisekretärs Genossen Leinert wollten die Eigentumsverhältnisse so geändert haben, daß nicht mehr die Kommanditgesellschaft in Firma E. A. S. Meister & Ko. Eigentümer, sondern der Provinzialvorstand es sein sollte. Hiergegen wandten sich ganz entschieden die Genossen von Hannover-Linden, und nach langer Debatte wurde der Antrag Leinert, Frischer, Rauch zurückgezogen.

Auf der zweiten Provinzialversammlung 1909 wurde nach langer Verhandlung über das Eigentumsrecht am „Vollswillen“ folgende Antrag beschloffen:

Der „Vollswille“ ist Eigentum der Sozialdemokratischen Partei der Provinz Hannover bzw. der Provinzialorganisation. Ueber Verwendung evtl. Ueberschüsse beschließt der Provinzialvorstand. Der Provinzialvorstand hat der Provinzialversammlung in seinem Rechenschaftsbericht über die geschäftlichen Ergebnisse des „Vollswillens“ zu berichten und eine Uebersicht über den Vermögensbestand zu erstatten.

Die Preßkommission besteht aus 12 Personen. Die Vertretung wird prozentual auf die einzelnen Kreise verteilt. Die Verteilung der Preßkommissionsmitglieder hat der Vorstand vorzunehmen.

Die geschäftliche Auseinandersetzung fand sodann am 1. April 1910 statt. Durch ein von mir vorgeschlagenes Kompromiß dahingehend, daß die Genossen der Stadt Hannover-Linden die Druckerei als Eigentum und der Provinzialvorstand als Vertreter der Provinzial-Organisation das Eigentum des Verlagsrechts am „Vollswillen“ erhalten sollten, wurde eine Lösung des Konflikts zur beiderseitigen Befriedigung herbeigeführt. Das vorhandene Barvermögen wurde gleichmäßig verteilt.

Inzwischen waren die Genossen Leinert und Schrader in die in eine offene Handelsgesellschaft umgeänderte Firma als Firmenträger aufgenommen. Durch diese Vereinbarung blieb den Genossen des damaligen 8. hannoverschen Wahlkreises das Druckerei-Geschäft erhalten, an dessen Schaffung sie sicher den größten Anteil hatten. Die Firma Meister & Ko. blieb nominell Eigentümerin beider Geschäftsbetriebe. Wenn ich mich nun heute gegen die beantragte Aenderung wende, so sind meine Gründe die, daß ich jede Erschütterung des Geschäfts, namentlich in den jetzigen ganz unklaren politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen, vermieden sehen möchte. Die vielen Gründungen von Parteiblättern in der Provinz würden, wenn wir uns auf eine materielle Beihilfe auch nur bei einem Blatte eingelassen hätten, uns zweifellos nach und nach den sicheren Boden entzogen haben. Sie wissen, daß ich mich gegen jede Neugründung mit aller Entschiedenheit gewehrt habe. Rat haben die wenigsten Blätter verlangt, und Mittel haben wir verweigern müssen. Würde der Antrag Hannover angenommen, so ist nicht abzusehen, welche finanziellen Konsequenzen sich ergeben, und diese fürchte ich. Genossinnen und Genossen, lassen Sie die Dinge sich entwickeln! Ich glaube sagen zu können, daß in absehbarer Zeit die Eigentumsverhältnisse am „Vollswillen“ sich zur allgemeinen Zufriedenheit lösen werden, ohne daß zwangsweise eingegriffen wird.

Spät (Vetter, zur Geschäftsordnung) stellt wegen der vorgeschrittenen Zeit einen Vertagungsantrag.

Der Vertagungsantrag wird abgelehnt.

Schaffner (Hannover) macht Ausführungen preßgeschäftlicher Natur unter Würdigung der im Antrag 14a gestellten Forderungen des Ortsvereins Hannover.

Noske (Hannover): Der „Vollswille“ ist redaktionell nicht schlecht, für das Stoffbedürfnis einer großstädtischen Leserschaft aber absolut unzulänglich. Ein Ausbau des Blattes ist zu erstreben. Vermehrte Mittel dafür könnten wohl durch Vergrößerung des Inseratengeschäftes gewonnen werden, wenn tüchtige Annoncenjäger beschäftigt werden.

Franzson (Hannover) vertritt die Ansicht, daß es nicht gut ist, wenn bei der Ausgestaltung des Blattes zwei Körperschaften, der Bezirksvorstand mit 13 Mitgliedern und die Preßkommission mit 12 Mitgliedern, zusammenarbeiten. Dabei würde ständig eine Entscheidung zugunsten der Preßkommission herbeigeführt.

Schrader (Hannover): Gestatten Sie mir einige Worte als Firmenträger, ganz gleich, welche Entscheidung Sie treffen. Es ist gesagt worden, daß materielle Interessen nicht die Triebfeder zu dem Antrag gewesen seien, denn sozialdemokratische Zeitungen

ergäben keine Ueberschüsse. Das mag für eine ganze Reihe von Parteizeitungen zutreffen, die sogar zum Teil mehr oder weniger Zuschüsse aus der Hauptkasse der Partei erfordert haben. Beim „Volkswillen“ haben die Verhältnisse aber wesentlich anders gelegen. Dant der umsichtigen Geschäftsleitung des Genossen Vohrberg als Geschäftsführer ist die Finanzlage des „Volkswillens“ als befriedigend zu bezeichnen gewesen. Wir waren nicht nur in der Lage, ohne Zuschüsse der Hauptkasse auskommen zu können; wir waren bei Ausbruch des Krieges finanziell so fundiert, daß wir all die Schwierigkeiten, die die Kriegsjahre und die Nachkriegszeit mit sich brachten, überwinden konnten. Ja noch mehr. Nicht unerhebliche Beträge konnten seitens der Geschäftsleitung dem Bezirksvorstand zur Verfügung gestellt werden, die der Förderung der Parteiinteressen im Bezirk dienten. Dieses klarzustellen, erscheint mir wichtig. — Als Begründung für den Antrag auf Eigentumsänderung ist ausgeführt, daß dann die Zeitung besser ausgestaltet werden könne. Wer hat denn bis dahin eine bessere Ausgestaltung des „Volkswillens“ etwa gehindert? Davon kann ja gar keine Rede sein. Allen Anregungen, die zur besseren Ausgestaltung der Zeitung gemacht worden sind, ist entsprochen worden, sofern es irgend möglich war. Mir ist nicht ein einziger Fall bekannt, in welchem es in irgendeiner Weise zu einer Differenz gekommen wäre. Wie könnte es auch anders sein? In der Preßkommission hat Hannover das Uebergewicht, und auch im Bezirksvorstand sind die Hannoverschen Genossen — zu denen Firmenträger und Geschäftsleiter doch schließlich auch zählen — stark vertreten. Wir alle wollen das Beste für unsere Zeitung. Ohne irgendwie auf Ihre Entscheidung einwirken zu wollen, erscheint mir diese Klarstellung doch notwendig, um nicht ein falsches Bild auskommen zu lassen.

Leinert (Hannover): Der Antrag, das Eigentumsrecht am „Volkswillen“ auf den Ortsverein zu übertragen, will wieder rückgängig machen, was früher für den Bezirk Hannover ausdrücklich beschlossen worden ist. Man kann auf dem Standpunkte stehen, daß die Zeitung den Ortsvereinen gehört, die dem Verbreitungsbezirk der Zeitung angehören, kann sich aber auch auf den Standpunkt stellen, daß der Erscheinungsort maßgebend sein soll. — Nun ist aber das Verhältnis zwischen „Volkswillen“ und Provinzialvorstand genau so geregelt gewesen, wie das des „Vorwärts“ zum Parteivorstande. Die Absicht war früher, sämtliche Parteiblätter der Aufsicht des Provinzialvorstandes zu unterstellen. Das geschah auch bei der Gründung des Blattes in Osnabrück, wo ausdrücklich ein Mitglied des Provinzialvorstandes in die Geschäftsleitung aufgenommen worden ist. Inzwischen haben sich die Verhältnisse allerdings geändert. Es sind eine große Anzahl Zeitungen neu gegründet worden, auch dort, wo der Provinzialvorstand seine Zustimmung nicht gegeben hatte. Trotzdem siehe ich aber auf dem Standpunkte, daß der Provinzialvorstand an sämtlichen Zeitungen beteiligt sein muß. Ihm steht ohnehin die Kontrolle über die politische Haltung der Zeitungen zu. Wenn man diesen Standpunkt annimmt, dann muß man den Antrag von Hannover ablehnen. Der Provinzialvorstand muß gerade dadurch, daß ihm die maßgebende Zeitung unterstellt ist, den politischen Einfluß auf die übrigen Zeitungen ausüben. Ich habe damals selbst dafür gewirkt, daß der „Volkswille“ Eigentum der Provinz wurde, und halte den damaligen Beschluß auch noch für richtig. Es würde deshalb nach meinem Dafürhalten richtiger sein, von der Ueberführung des Eigentumsrechtes der übrigen Parteiblätter an den Provinzialvorstand zu sprechen, als umgekehrt.

Kreimeyer (Hannover, Schlußwort) tritt für Beibehaltung des bisherigen Verwaltungszustandes ein und widerlegt die Ansichten der Befürworter des hannoverschen Antrages.

Wilhelm (Kirchdorf, zur Geschäftsordnung) stellt einen Antrag auf Vertagung. Die Abstimmung ergibt Annahme des Antrages mit 46 gegen 29 Stimmen.

Franßon (Hannover) erhält zu einer persönlichen Bemerkung das Wort.

Der Wiederbeginn der Verhandlungen wird auf Sonntag vormittag 9 Uhr festgesetzt.

Sonntag, den 28. August, Vormittags-Sitzung.

Müller (Hameln) übernimmt den Vorsitz: Ich teile der Versammlung mit, daß an Stelle des Genossen Bartels der Genosse Franz Krüger als Vertreter des Parteivorstandes in Berlin erschienen ist. — Wir haben zunächst über die Anträge 14a und 16 abzustimmen. Vom Ortsverein Hannover ist zum Antrag 14a ein Eventualantrag eingebracht folgenden Wortlautes:

Die Preßkommissionen der Parteizeitungen im Bezirk Hannover beschließen gemeinschaftlich mit dem Gesamt-Bezirksvorstande, der zu jeder Sitzung rechtzeitig geladen werden muß. Kann der Vorstand in seiner Gesamtheit nicht erscheinen, so muß ein Vertreter entsandt werden, der dann 13 Stimmen vertritt. Keine Preßkommission darf aus mehr als 12 Personen bestehen.

Die Preßkommission und der Bezirksvorstand haben dem Bezirksparteitag über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten. Sie sind ihm verantwortlich.

Der Antrag ist durch 11 Unterschriften genügend unterstützt; doch muß ich bemängeln, daß derselbe erst nach Schluß der Debatte eingebracht ist und deshalb nicht mit zur Abstimmung gestellt werden kann.

Schaffner (Hannover, zur Geschäftsordnung): Ich muß bemerken, daß der Antrag gestern abend noch vor Schluß der Debatte, also rechtzeitig, eingebracht ist.

Brey bezweifelt die Angaben Schaffners und vertritt geschäftsordnungsmäßig die Ansicht Müllers, desgleichen der Genosse Jasper (Braunschweig).

Noske (Hannover, zur Geschäftsordnung) beantragt, Antrag 14a und den dazu eingebrachten Eventualantrag bis zum Punkt 6 der Tagesordnung „Statutenänderung“ zurückzustellen.

Dem Antrage wird zugestimmt.

Die Abstimmung über die Anträge 15 und 16 ergibt die Annahme des Antrags 15. Der Antrag 16 wird dem Bezirksvorstand überwiesen.

Ein Antrag, dem Geschäftsführer des „Volkswillens“, Genossen Lohrberg, Entlastung zu erteilen, wird einstimmig angenommen.

Behner (Springe) erstattet den Bericht der Mandatprüfungskommission. Anwesend sind: 144 Delegierte, 13 Mitglieder des Bezirksvorstandes, neun Parteisekretäre aus den Unterbezirken, 14 Vertreter der im Bezirkserscheinenden Parteipresse, 3 Reichstagsabgeordnete, 7 Landtagsabgeordnete, 2 Provinziallandtagsabgeordnete, 1 Vertreter der Arbeiter-Jugend, 1 Vertreter des Parteivorstandes und fünf Vertreter angrenzender Bezirke als Gäste.

Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Die politische Lage

erhält das Wort

Brey: In Deutschland haben wir seit Wochen mit einer allgemeinen Preissteigerung zu tun. Fettwaren, Mehl, Brot und viele Gebrauchsgegenstände machen eine Steigerung durch, welche die Preise gegenüber dem Friedensstand um das 15- bis 18fache erhöht. Die Kaufkraft ist bis zur Erschöpfung verwüstet. Eine wesentliche Aenderung dieses Zustandes kann erst eintreten, wenn die Weltmarktpreise erheblich sinken. Zur Zeit sind die Weltmarktpreise etwas im Sinken begriffen. In Schweden fielen die Preise um das 2 1/2fache, in Amerika ist die Preislage bis zu dem Stande von 1913 zurückgegangen. Bei uns in Deutschland aber sind die Rechtsparteien daran, die letzten Dämme gegen die Preissteigerung einzureißen. Die gesteigerten Unterhaltskosten mußten Forderungen der Arbeiter und Angestellten auf Lohn- und Gehaltserhöhungen nach sich ziehen. Redner behandelt die jetzigen Feuerungsverhältnisse auf dem Weltmarkt und in Deutschland mit ihrer Auswirkung auf das politische Leben. In Schweden ist man zu tatsächlichen Einfuhrverboten geschritten, soweit Schmutz- und Luxusgegenstände in Betracht kommen. In Amerika hat der Tiefstand der deutschen Geldwerte wiederholt die Frage der Abwehr gegen deutsche Erzeugnisse zur Erörterung gestellt. Die Fragen auf dem Wirtschaftsmarkt werden nur dann in ihren krankhaften Erscheinungen eine Lösung finden, wenn die Staaten Europas und Amerika dazu kommen, eine Revision des Versailler Friedensvertrages vorzunehmen. Eine solche Regelung ist zur Zeit noch nicht abzusehen. Jetzt ist es eine der ersten Aufgaben, die wir innerpolitisch zu erfüllen haben, die Abwehr der Revanche-, der Kriegs- und Nachepolitik zu betreiben. Die Prediger des Völkerehaßes sind heute mehr denn je an der Arbeit. Die Nach-

politik ist eingestellt auf Haß, auf Nichterfüllung des Ultimatums, für dessen Durchführung wir eintreten, soweit es möglich ist, weil nur dadurch die Selbständigkeit Deutschlands in einem gewissen Grade erhalten werden kann. Unsere Partei hat als wichtigste Aufgabe eine schärfere Erfassung des Besitzes durchzuführen, wenn sie verhindern will, daß die wirtschaftlich schwachen Volksgenossen allein die Schäden des Krieges bezahlen. Es heißt da die Pläne der Reaktion zu durchkreuzen, die vor einigen Tagen von dem deutschen Reichstagsabgeordneten Henning verraten wurden. Henning sagte wörtlich: „Sollte sich wirklich eine Mehrheit finden, den Wirtschaftlichen Steuerplänen zuzustimmen, so fordere ich heute schon auf, in den Steuerstreit und Mietersstreit einzutreten.“ Andere nationale Kreise verlangen den eventuellen Streit in der Forderung von Nahrungsmitteln, vor allem Getreide. Diese Gedanken werden in jeder Woche, sogar bei lärmenden militärischen und patriotischen Feiern, ausgesprochen. Die Ansprachen, die bei Empfängen von Hindenburg und Lubendorff gehalten werden, erklingen ganz in den alten wilhelminischen Tönen. Aus solchen Anlässen wird immer und immer wieder gegen die Annahme des Ultimatums gewettert, obgleich man weiß, daß die Ablehnung den Verlust des Ruhrreviers, den Verlust Oberschlesiens bedeutet hätte und daß die Finanzverwaltung Deutschlands rücksichtslos durch die Entente vorgenommen worden wäre. Da wäre Frankreich in der Lage gewesen, zur finanziellen Vernichtung Deutschlands auch die politische und wirtschaftliche Vernichtung zu erreichen.

Die Deutsche Volkspartei wettet natürlich auch gegen die Erfüllung des Ultimatums. Tatsache ist, daß die Deutsche Volkspartei sich erst dann zur Ablehnung des Ultimatums entschloß, als feststand, daß sich eine Mehrheit für die Annahme bilden würde. Dann fand sie den Mut zur Ablehnung und zur Hege im Lande. Der Wiedereintritt unserer Partei in die Reichsregierung kann nur in Frage kommen, wenn die Interessen des Proletariats, die vor allem die Demokratisierung der Verwaltung, die Republikanisierung der Reichswehr, die Sozialisierung der dafür reifen Wirtschaftszweige und eine auswärtige Politik der Versöhnung erheischen, ihn sogar zwingend erfordern.

Das Zusammenarbeiten unserer Genossen in einer kommenden Reichsregierung mit einer Partei, die nicht aufrichtig auf dem Boden der republikanischen Staatsform steht, kann nicht in Frage kommen. Das bedeutet, daß für uns ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei, solange sie sich zur Monarchie bekennt, solange sie nicht aufrichtig bestrebt ist, die republikanische Verfassung zu sichern, unmöglich ist. Bei der heutigen zwingenden Finanznot wäre es eine müßige Beschäftigung, die Fraktionen in den Ländern und im Reich zu verpflichten, teinen indirekten Steuern zuzustimmen. Man kann die Fraktionen nicht zwingend binden, ohne unser ganzes kulturelles Leben in Gefahr des Stillstandes und des Verfalls zu bringen. So werden unsere Genossen gar nicht umhin können, Grundsteuern und Mieterssteuern zuzustimmen. Auf einem Grundsatz müssen wir beharren: Wir bewilligen keine indirekten Steuern mehr, solange Besitzsteuern nicht nach unseren Forderungen ausgebaut sind und die Eintreibung der beschlossenen Steuern in richtigen Fluß gebracht worden ist. Die Steuerfabrikation der Besitzenden wird unerträglich. Wir wünschen endlich klare Bahn. Wir müssen wissen, wie die Regierung sich dazu stellt, und wenn es sein muß, werden wir das Volk befragen. Wir bekämpfen die Verschlagungs- und Lösungsbestrebungen innerhalb des Reiches. Wir erstreben die Sicherung und den Ausbau der Republik, den Ausbau der Selbstverwaltung. In der Mitarbeit aller Volksgenossen in Gemeinden, Kreisen und Provinzen sehen wir das Gegenmittel gegen das, was man sonst Verpeßung nannte. Wir drängen nicht auf Neuwahlen, aber wie die Dinge sich gestalten, werden Wahlen auf eine ganze Reihe von Fragen Antwort geben müssen. Für diesen Wahlkampf haben wir zu rüsten! Es geht um den Schutz aller wirtschaftlich Schwachen gegen Ausplünderung und Auswucherung!

Müller (Sameln): Ich stelle die Ausführungen des Genossen Frey zur Debatte. Mit zur Verhandlung stehen zu diesem Punkte die Anträge 17—23a. Der Antrag 23a ist vom Ortsverein Kredenbeck auf der Kreiskonferenz des Landkreises Minden gestellt und vom Kreisvorstand heute dem Bezirksparteitag übergeben. Der Antrag lautet:

Der Bezirksvorstand Hannover der SPD. wird beauftragt, unsere Abgeordneten zu veranlassen, in den Parlamenten mit aller Macht dafür einzutreten, daß die durch Annahme des Londoner Ultimatums notwendig gewordenen Steuern von jenen Kreisen getragen werden, welche noch heute über große Vermögen und Einkommen verfügen. Bei den indirekten Steuern sollen alle Steuern vermieden werden, durch welche die Lebenshaltung der ärmeren Bevölkerung noch mehr erschwert wird.

Zur Begründung der Anträge erhalten das Wort:

Zu Antrag 17

S u c h o m e l (Peine): Die Demokratisierung der Staats- und Kommunalverwaltungen ist bis heute noch nicht durchgeführt. Die Selbstverwaltung läßt auf sich warten. Bei der Revolution hat man wohl die gekrönten Häupter beseitigt. Aber die ungekrönten Häupter, die Landräte (Zwischenruf Krüger: Warum habt ihr euch einen solchen gewählt?), die Bürgermeister, die herrschen nach wie vor, gestützt auf die berüchtigte hannoversche Städte-Ordnung. Nach der Reichsverfassung soll der Wille des Volkes höchstes Gesetz sein. Heute herrscht noch nicht der Volkswille in Stadt und Kommune, sondern noch ein absolutistisches Regime. Deshalb bitte ich Sie, Genossen und Genossinnen, dem Antrag des Kreisvereins Peine zuzustimmen.

Zu den Anträgen 18 und 19

R o h l a n d (Winsen): Unsere Genossen im Kreise Winsen können es nicht verstehen, daß der Genosse Noske sowie der Minister Dominikus bei der Landratsbestätigung im Kreise den Kandidaten der rechtsstehenden Parteien, der nur 9 Stimmen von 20 erhalten hatte, bestätigt haben, während dem Demokraten, der von unseren Genossen und den Welsen sowie einem Beamtenvertreter mit 11 Stimmen gewählt wurde, die Bestätigung verweigert wurde. Immer wird in unserer Presse darauf hingewiesen, daß wir Sozialisten die Träger der Republik und der Demokratie sein müssen, während dann, wenn wir nach unserer vollen Überzeugung einen Mann gewählt haben, der auf dem Boden der Demokratie steht, diesem die Bestätigung verweigert wird. Wir wollen mit unserem Antrag erreichen, daß in Zukunft unsere Genossen, die in Verwaltungsämtern sitzen, ihre ganze Kraft einsetzen, um der Demokratie zu ihrem Rechte zu verhelfen. Wir können nicht zugeben, daß den Gründen, die von unseren rechtsstehenden Gegnern angeführt werden, von unseren Genossen mehr Glauben geschenkt wird als den Gründen, die wir selbst anführen. Wenn so gewirtschaftet wird, kann man es unseren Genossen auf dem Lande nicht verübeln, wenn sie an unsere Sache nicht mehr glauben.

Zu Antrag 20

S c h i l l e r (Göttingen): Wir müssen die Bedrohung der Reichsverfassung endlich in ihrer ganzen schweren Gefahr begreifen lernen. Wir müssen mit umfassenden Mitteln die Abwehr der zu allem fähigen Reaktion organisieren. Es hätte das schon längst geschehen sollen. Warum konnten die nationallistischen Organe sich bis zu dem feigen Mord an Erzberger auswaschen? Weil wir der Klassenjustiz nicht Einhalt gebieten, die gegen die Republik und ihre Verfassung arbeitet. Die Klassenjustiz schützt Staatsbeamte, die den Eid auf die Verfassung weigern. Sie verurteilt den Staat, solchen Beamten trotz dem Pension zu zahlen. Die Klassenjustiz plädiert bei monarchistischen Mördern auf edle Motive und stärkt damit den Fanatismus nationallistischer Mordbuben. Jetzt ist es Zeit, gegen diese feindlichen Gewalten nicht nur zu demonstrieren, sondern mit unseren sozialistischen Klassengenossen gemeinsam rücksichtslos zu arbeiten. Die sozialistische Verständigung darf nicht mehr aufgehalten werden.

Zu Antrag 21

B r e d e (Edemissen): Den kleinen Landpächtern, die auf Pachtland existieren und von morgens früh bis abends spät schaffen müssen, um ihre Existenz zu erhalten, muß von unserer Partei mehr Beachtung geschenkt werden, wie überhaupt dem Agrarproblem. Wie in anderen Gegenden die Landarbeiter, so sind in unserer die Pächter die Sklaven der Grundbesitzer, die sämtliche steuerlichen Lasten durch erhöhte Pachtgelder auf die Pächter abwälzen. Sie sind gezwungen, die hohen Pachtgelder zu zahlen, da sie sonst kein Land bekommen, welches sie zur Erhaltung ihrer Existenz gebrauchen. Durch solche unberechtigte Belastung sind sie erstens zu Sklavenarbeit verurteilt, zweitens müssen sie ihre Produkte teuer verkaufen zum Nachteil des Volksganzen, und den Gewinn für ihre Arbeit steckt der Besitzer ein. Der Pächter ist Wähler unserer Partei mit der Forderung: „Deutsches Land für alle.“ Wenn alle Landwirte niedrige Pacht dem Staate zahlen, so brauchen nicht einzelne den heutigen Besitzern hohe zu zahlen, und der Staat hat bei niedrigen Pächten mehr Grundrente als bei der heutigen Grundsteuer.

Zu den Anträgen 22 und 23

W i l l e (Selle): Die beiden Anträge 22 und 23 bedürfen wohl kaum einer näheren Begründung. Wir wissen alle, daß die Bezüge der Alters- und Invalidenrentner den

heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen und eine Erhöhung zu erfolgen hat. Bei den Bergmannsinvaliden usw. trifft daselbe zu, und ich halte es für eine Selbstverständlichkeit, daß unsere Genossen im Reichstag sich für die Erhöhung derartiger Bezüge unter allen Umständen einsetzen. Ich bitte, beide Anträge zur weiteren Erledigung der Reichstagsfraktion zu unterbreiten.

Aussprache.

Gehrman (Hamburg) wünscht Weitergabe der Anträge 17—19 an die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages und der Anträge 22 und 23a an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Den Alters- und Invalidenrentnern muß durch Erhöhung der Bezüge geholfen werden, und das kann am besten in den Parlamenten geschehen.

Roske (Hannover): Wir haben die Dinge in bezug auf eine falsch verstandene Demokratie schon zu weit getrieben. Ich hoffe, daß die Auseinandersetzungen, die jetzt aus Anlaß der Ermordung Erzbergers beginnen, zu wirklichen Resultaten führen zum Schutze der Republik. Das muß geschehen auf die Gefahr hin, daß ab und zu einer kommt und darüber heulmeiert, daß ein demokratischer Grundtag bei dem Schutze der Demokratie nicht genügend berücksichtigt worden ist! (Stürmischer Beifall.)

André (Hannover): Die Heze der Rechtspresse hat uns ja ein Ereignis gebracht, das wie ein Blitzlicht die Gefahr beleuchtet, die der Republik droht: die Ermordung Erzbergers. Man hat darum erwogen, ob man nicht mit Demonstrationen dagegen vorgehen soll. Ich verspreche mir von Demonstrationen nicht den genügenden Erfolg. Die Republik ist, wie schon der Genosse Schiller sagt, dadurch zu sichern, daß die Klassenjustiz abgeschafft wird. Eine Demokratie, wie wir sie haben, mit außergewöhnlichen Freiheiten und Rechten kann auf die Dauer nicht bestehen, wenn nicht ausreichende Maßnahmen zu ihrem Schutze getroffen werden. Die deutsche Arbeiterklasse muß darauf drängen, daß den gesetzlichen Freiheiten und Rechten Bestimmungen hinzugefügt werden, welche Angriffe gegen die Demokratie abwehren. Unsere Rechtspresse hat bisher, wenn es sich um den Schutz der Republik handelte, höllisch versagt. Nur wenn es sich um Angriffe von links handelte, wurden Ausnahmeorgane geschaffen. Jetzt, wo wir die Gefahren deutlich sehen, müssen wir dafür eintreten, daß ein Gerichtshof eingesetzt wird mit zuverlässigen republikanischen Richtern, dessen Machtbefugnisse sich über ganz Deutschland erstrecken und der die Angriffe auf die Republik zu richten hat. Wir alle sind nicht in der Lage, solche Maßnahmen durchzuführen. Ein großer Teil der Verantwortung lastet heute auf der Unabhängigen Sozialdemokratie. Man würde einen großen Schritt weiter tun können, wenn die Unabhängige Sozialdemokratische Partei jetzt das Gehot der Stunde erfassen würde. Leider kann man bei der doktrinen Verrantheit dieser Partei eine solche Erwartung nicht haben. — Die schamlose Agitation der Salenkrenzer ist unerträglich. Gehen Sie einmal umher in Hannover! Die Heze gegen die Republik steht in ursächlichem Zusammenhang mit dem Austritt der sozialdemokratischen Minister aus der preussischen Regierung. Man soll die Republik nicht nur mit Worten, sondern in erster Linie mit Taten schützen. Wir müssen einen starken Einfluß auf die Regierung haben.

Blanke (Göttingen): Die große Teuerung, unter der wir leiden, gibt guten Agitationsstoff in der weniger aufgeklärten Bevölkerung und bedeutet eine Gefahr für das Wirtschaftsleben und den Bestand der Republik. Um größeren Einfluß auf das Wirtschaftsleben zu bekommen, ist das Zusammenarbeiten zwischen Partei und den Gewerkschaften nötiger denn je. Unsere Leute müssen zu größerer Aktivität erzogen werden, um zu jeder Abwehr gerüstet zu sein. Bei der Steuergesetzgebung ist darauf zu achten, daß manche Gewerbebezüge nicht erdroffelt und deren Arbeiter brotlos werden. Die Hasspropaganda von rechts soll uns nicht nervös machen, daß wir etwa selbst nach Bewaffnung rufen. Eine ziellare Arbeiterchaft wird mit denen leicht fertig werden; Beweis: der Kapp-Putsch. Die Demokratisierung der Verwaltung ist die nötigste Forderung, da es nicht auf den Buchstaben des Gesetzes, sondern auf die Ausführung ankommt. Wir müssen unseren ganzen Einfluß geltend machen, um die Bautätigkeit zu beleben; denn die Bautätigkeit ist ein großer Faktor unseres Wirtschaftslebens. Wir müssen auch den Mut haben zu sagen, daß die gesamte Bevölkerung diesbezügliche Lasten tragen muß.

Hartleib (Hannover): Der Einfluß, den die Sozialdemokratische Partei auf die Gestaltung der öffentlichen Dinge ausüben kann, ist davon abhängig, wie die große Masse des deutschen Volkes die Tätigkeit der Partei unterstützt. Nach meiner Meinung ist es notwendig, in der Agitation darauf hinzuweisen, selbst wenn wir auf Widerspruch stoßen: nicht

der mehr oder weniger böse Wille unserer Mitglieder in der Regierung ist an den schlechten Verhältnissen schuld, unter denen wir leben, sondern die Zustände, wie sie in Deutschland augenblicklich bestehen, die unser Leben verbittern, sind die Folgen des verlorenen Krieges. Der Vorwurf, der uns von Heßern gemacht wird, unsere Partei habe versagt, ist ungerecht. Würde die große Masse sich mehr über die Aufgaben des Staates klar sein, dann würde der heutige Staat auch mehr die Unterstützung der großen Masse finden. Ob wir eine Besserung der Verhältnisse in der Zukunft erleben, ist von der Haltung der Entente abhängig. Die In-Dienst-Stellung der staatlichen Machtmittel zur erfolgreichen Verwendung im Interesse des werttätigen Volkes ist nicht von der Zahl der Minister abhängig, die wir in der Regierung haben, sondern von der Unterstützung, die unsere Partei im Volke findet. Davon ist auch unsere mehr oder weniger erfolgreiche Arbeit in den Beratungszimmern abhängig. Wir müssen die Massen aufrufen für die Gegenwartsarbeit. Es ist so viel die Rede von dem Schutz, den die Republik und die Demokratie nötig haben. Es wird gegen die Reaktionäre von rechts gewettert. Warum spricht man nicht auch von den Gegnern der Republik auf der linken Seite? Wenn es sich um den Schutz für die Verfassung und die Republik handelt, dann wird das deutsche Volk sich einzig und allein auf die Sozialdemokratische Partei verlassen können. Wer hat denn Neuring und andere Parteigenossen ermordet? Die Feinde des arbeitenden Volkes sind ebenfalls unter den Phantasten von links zu suchen. Die Reichsregierung will die Bekämpfung der Klassenjustiz. Ein neuer Erlass verlangt die Mitwirkung der Arbeiterschaft bei den Schöffsen- und Geschworenengerichten. In Zukunft soll auch die Berufung an die Landgerichte gegen die Sprüche der Pacht-einigungsämter zulässig sein. Ich wiederhole immer und immer wieder, wir brauchen die Mitarbeit der Massen. Nur dadurch werden uns unsere Pläne gelingen. (Lebhafter Beifall.)

Prüll (Hannover) spricht über die Möglichkeiten einer Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien und ist der Meinung, daß ein Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei in der Regierung jedenfalls nicht die Einigung der deutschen Arbeiterklasse fördern würde. Das geistig und körperlich arbeitende Proletariat hat es in der Hand, die Frage am einfachsten zu lösen am Wahltag.

Krüger (Linden) bespricht ebenfalls eingehend die Frage eines Zusammenarbeitens mit der Deutschen Volkspartei und stellt sich auf den Standpunkt, daß auf keinen Fall ein Zusammenarbeiten mit dieser Partei von vornherein abgelehnt werden darf. Wir müssen den Block der Linksparteien und der Gewerkschaften zum Schutze der Republik so fest schließen wie möglich. Ich wünsche mehr Tatkraft bei unseren Genossen. Haken- und Orgeßkreuze und schwarz-weiß-rote Bänder sind in Hannover überall sichtbar. Die Flaggenfrage ist ein Symbol. Die Flagge der Republik soll bei unseren Parteigenossen das Gefühl auslösen, daß es vorwärts geht zu unseren Zielen durch die Demokratie. Das schwarz-rot-goldene Banner ist die Flagge der deutschen Einheit und der deutschen Freiheit. Das Orgeß- und Hakenkreuz muß heute gewissermaßen als das Zeichen des politischen Mordes gelten. Die republikanischen Forderungen müssen der Öffentlichkeit gegenüber in rücksichtsloser Weise vertreten werden. Das ist auch eine Gelegenheit, die Deutsch-Hannoveraner dazu zu bringen, endlich Farbe zu bekennen.

Wardacke (Hannover): Der alte Militärstaat mit seinem Klassengeist und seinen Ungerechtigkeiten ist zusammengebrochen. In den Verwaltungen ist dieser Klassengeist noch nicht beseitigt. Die wunderbare Dreiteilung von Offizieren, Unteroffizieren und Rekruten kommt vielfach in den Verwaltungen zum Ausdruck. Von der Deutschnationalen Volkspartei hat sich unter anderen der Abgeordnete Schmidt persönlich gerühmt, Bureauintpektoren und andere gehobene Stellen zum Wohle der Beamenschaft geschaffen zu haben. In einem Flugblatt dieser Partei hieß es an einer Stelle: „Der Beamenschaft ist der Kopf, die Kaisertrone, geraubt!“ An einer anderen Stelle hieß es: „Auch der Botenmeister ist Arbeitgeber.“ In diesen Worten liegt ein tiefer Sinn. Die Monarchie soll mit Hilfe der Beamenschaft wieder errichtet und die Beamtenorganisationen, die Anschluß an die freien Gewerkschaften suchen, sollen zersplittert werden. Die Beamtenfunktionäre haben alle Ursache, auf dem Posten zu sein. Demokratisierung der Verwaltungen heißt nichts anderes, als Mitbestimmungsrecht der Beamten durch ihre gewählten Beamtenräte. Beamtenausschüsse, wie sie zur Zeit bestehen, haben wenig Zweck. Viele Beamte haben auch den Wert der ihnen in den Schöß gefallenen Freiheiten noch nicht erkannt. Demokratie und Gewerkschaft sind vielen von ihnen noch böhmische Dörfer, und auf die Sozialdemokratie, der allein sie es zu verdanken haben, daß sie nach jahrelanger Knechtung politische Freiheit haben, wird vielfach geschimpft. Der Beamenschaft muß zum Bewußtsein kommen, daß sie keine Sonder-

Klasse, sondern ein Teil des arbeitenden Volkes ist. Arbeiter, Angestellte und Beamte müssen als Arbeitnehmer solidarisch zusammenstehen, die nur eine Arbeitgeberin kennen, den deutschen Mutterboden, und sich ihre Leiter und Führer selbst wählen. Alle Rätetitel, die Dunkel und Hochmut züchten, müssen beseitigt werden. Eine gründliche Personalreform muß durchgeführt werden, der eine neue Befolgsordnung folgen muß. Die sozialdemokratischen Beamtenfunktionäre sind die Pioniere der Demokratisierung, die nur mit Hilfe der Arbeiterorganisationen durchgeführt werden kann, und die Abteilungsversammlungen sind die geeignetsten Veranstaltungen zur Verbrüderung zwischen Arbeitern und Beamten. Durch jede Mitarbeit wird das gegenseitige Vertrauen gestärkt zum Wohle der Allgemeinheit in unserer demokratischen Republik, aus der keine Monarchie, sondern die sozialistische Republik entstehen soll.

Mar t w a r d t (Lüneburg): Auch ich sehe mich genötigt, den Antrag des Kreisvereins Winfen nachdrücklich zu unterstützen. Das leider noch bestehende Bestätigungsrecht darf nicht von unseren Genossen dazu benutzt werden, die Demokratie zu korrigieren. Wohl ist auch in anderen Kreisen die Entscheidung des Kreistags nicht berücksichtigt und gegen den Willen der Mehrheit ein Landrat bestätigt worden. Aber schlagen wir nicht unseren eigenen Grundsätzen ins Gesicht? Wir fordern Demokratisierung der Verwaltung. Da ist es selbstverständlich, daß alle Körperschaften ihre Spitzenvertretung selbst bestimmen und jede Bevormundung ablehnen. Auch außerhalb der Partei wirkt ein Verfahren wie im Falle Windheim bestrebend. Und ist es uns dienlich, wenn zwei Parteizeitungen („Echo“ und „Vorwärts“) sich in dieser grundsätzlichen Frage scharf gegenüberstellen? Demokratie oder Diktatur, ein Zwischending gibt es nicht! Wollen wir die Verwaltung umgestalten, so müssen wir fest auf demokratischem Boden stehen. Wir verlieren unser moralisches Recht, wenn die Partei sich nur dann auf Demokratie beruft, sobald Vorteile dabei herauskommen. Hüten wir uns vor dem ersten Schritt auf der schiefen Ebene! Eine Demokratie mit Hintertüren darf nicht zum Grundsatz der Partei werden. Unsere Führer verlangen von den Genossen Vertrauen. Gut, auch wir wünschen, daß unsere Erfahrungen und Meinungen geachtet werden. Es darf nicht sein, daß Parteigenossen in Verwaltungsämtern die einfachsten Parteigrundsätze mißachten.

M ü l l e r (Hameln): Die Rednerliste ist erschöpft; es tritt somit Schluß der Aussprache ein.

Während der Aussprache ist ein Antrag (24) des Genossen K a l d a u f e (Münden) eingegangen mit folgendem Wortlaut:

Der Bezirksparteitag beschließt: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, bei der Umsatzsteuer dafür einzutreten, daß diese nur beim Produzenten erhoben wird. Sie muß dementsprechend gestockt werden, damit dieselben Erträgnisse herauskommen.

K a l d a u f e (Münden) weist in der Begründung auf die Ungerechtigkeit bei der Anwendung der Umsatzsteuer hin und bittet um Annahme des Antrages.

B r e y geht im S c h l u ß w o r t auf die Ausführungen der einzelnen Diskussionsredner ein, betont dabei, daß er bezüglich der Teilnahme an der Regierung auf dem Boden der Beschlüsse des Kasseler Parteitagess stehe, wendet sich gegen alle unvorbereiteten und unüberlegten Handlungen, unterstreicht den demokratischen Grundcharakter unserer Partei nochmals und endet mit einem hinreichenden Aufruf zur Mitarbeit und zum Schaffen im Geiste des demokratischen Sozialismus. „Kommt wieder ein Rechtsputsch“, so ruft Genosse Brey in höchster Zuversicht in den Saal, „dann wird unsere Arbeiterschaft auf dem Posten sein und wird wissen, was sie zu tun hat!“ (Stürmischer Beifall.)

R o s t e (Hannover) wendet sich in einer persönlichen Bemerkung gegen H a r t l e i b s Auffassung.

S u c h o m e l (Peine) zu einer persönlichen Bemerkung: Genosse Krüger hat dem Kreisverein Peine einen leichtfertigen Vorwurf gemacht, den ich auf das allerentschiedenste zurückweisen muß. Genosse Krüger kennt doch die Verhältnisse gar nicht, wie sie bei der Landratswahl bei uns lagen, deshalb ist es mir unbegreiflich, daß er über Angelegenheiten, die er ja gar nicht überblicken kann, uns einen Vorwurf macht. Wie lagen denn die Dinge bei uns, als der Landrat gewählt wurde? Und wer hat uns die Ratschläge erteilt, lieber einen bürgerlichen Landrat zu wählen?

Vorsitzender M ü l l e r (Hameln) unterbricht den Redner: In einer persönlichen Bemerkung dürfen Sie über die Sache selbst nicht sprechen.

S u c h o m e l (Peine), fortsetzend: Dann, Genossen, tut es mir herzlich leid; ich muß mich aber fügen.

Bei der Abstimmung über die zum Punkt 5 vorliegenden Anträge wurden die Anträge 17, 18, 19 und 21 der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, der Antrag 20 dem Parteivorstand in Berlin, die Anträge 22, 23 und 24 der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Erlebigung überwiesen. Antrag 23a wurde angenommen.

Die Tagegelber für die auswärtigen Delegierten werden wie folgt festgesetzt:

für einen ganzen Tag 35 Ml., für einen halben Tag 20 Ml.,
für Uebernachten 25 Ml.

Auf Vorschlag von Wilhelm (Hannover) werden die Tagegelber für die stadthannoverschen Delegierten

auf 25 Ml. für einen ganzen Tag und 15 Ml. für einen halben Tag festgelegt.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Statutenberatung

erhält als Berichterstatter das Wort

Lau (Hannover): Die vor zwei Jahren geschaffenen Statuten für den Bezirk haben sich im allgemeinen bewährt. Einige Schwierigkeiten sind entstanden in der Frage des bei den Ortsvereinen verbleibenden Teiles der Mitgliederbeiträge. Die ganz großen Ortsvereine — die ein eigenes Sekretariat unterhalten müssen — klagten darüber, daß sie mit dem statutenmäßig zustehenden Teil von 30 Prozent der Beiträge nicht auskommen könnten, zumal ihnen bezüglich Bildungsweisen und Jugendbewegung weit größere Lasten auferlegt seien als den kleinen Ortsvereinen. Diese Klagen scheinen nicht unberechtigt zu sein; deshalb beantragt der Bezirksvorstand im Statutenentwurf, den Ortsvereinen mit selbständigem Sekretariat in Zukunft 40 Prozent der Beiträge zu belassen.

Weitere Klagen gab es von seiten der Kreisvereine, weil ihnen durch das Statut zwar eine Reihe von wichtigen Arbeiten übertragen sind, nicht aber für eine geordnete Finanzierung gesorgt ist. Das alte Statut besagt nur, daß die Kosten von den Ortsvereinen zu tragen sind. Den Beschlüssen, die von den verschiedenen Kreiskonferenzen über Abführung eines Teiles der Beiträge an die Kreisvereinsvorstände gefaßt sind, kamen nicht alle Ortsvereine nach, wodurch manche Kreisvereinsvorstände arbeitsunfähig waren. Dieser Uebelstand soll beseitigt werden. Der Bezirksvorstand beantragt, die Ortsvereine zu verpflichten, in Zukunft 75 Prozent an den Bezirksvorstand abzuführen. Dieser soll wieder verpflichtet sein, allvierteljährlich nach Abschluß der Abrechnung 5 Prozent aller im Kreise eingekommenen Beiträge an den betreffenden Kreisvereinsvorstand zurückzuerstatten.

Mit den hier angeordneten Dingen, die geändert werden sollen, ist im wesentlichen alles gesagt, was überhaupt im Statut geändert oder verbessert werden soll. Ich bitte dem Statutenentwurf zuzustimmen.

Mit Entschiedenheit muß ich mich für meine Person und im Auftrage des Bezirksvorstandes gegen die Versuche wenden, die darauf hinausgehen, die heutigen Kreisvereinsvorstände — ähnlich den Vorständen in den früheren Reichstagswahlkreisen — wieder finanziell selbständig zu machen. Würde das beschloffen, dann würden zwar die Kreisvereinsvorstände Geld haben nicht aber der Bezirksvorstand, der doch unter dem neuen Wahlsystem der Verhältnismahl die allerwichtigsten Aufgaben zu erfüllen hat. Ich habe schon vor zwei Jahren nachdrücklich darauf hingewiesen, daß in den neuen Verhältnissen finanztechnisch nicht anders verfahren werden kann als bei uns und in allen anderen Bezirken verfahren wird, nämlich daß die Ortsvereine stets im direkten Kas senverkehr mit dem Bezirksvorstand stehen. Uebrigens ist meine Meinung wiederholt vom Parteivorstand und Parteiausschuß als die einzig mögliche bezeichnet worden.

Breh: Wir treten in die Aussprache über den Bericht des Gen. Lau. Mit zur Besprechung stehen die Anträge 9 und ein Antrag Leinert (12a) zum Finanzwesen, Antrag 14a, der dazu gestellte Eventualantrag Hannover-Stadt und ein Antrag Schiller (Göttingen) (16a) zum Punkt Presse. Ein Antrag des Unterbezirks Braunschweig (13a) mit folgendem Wortlaut:

Die Braunschweiger Genossen beantragen zum Statutenentwurf folgende Abänderungen:

Zu § 18: Sämtliche Unterbezirke haben das Recht, je einen stimmberechtigten Vertreter zu den Tagungen des Bezirksvorstandes zu entsenden.

Zu § 35 Abs. 4: Aufstellung der Kandidaten zu den Reichstags- und preussischen Landtagswahlen.

Zu § 37, als Nachsatz zum ersten Absatz: Zu den Aufgaben der braunschweigischen Unterbezirkskonferenz gehört außerdem die Aufstellung der Kandidaten zu den braunschweigischen Landtagswahlen.

ist durch die Fassung des Statuts erledigt.

Die Anträge **Leinert** (12a) und **Schiller** (Göttingen) (10a) haben folgenden Wortlaut:

12a. Die Provinzialversammlung wolle beschließen:

1. dem § 45 des Statuts folgende Fassung zu geben:

Von den Mitgliederbeiträgen sind 65 Prozent an den Bezirksvorstand abzuliefern. Der Bezirksvorstand hat hiervon die statutgemäßen Beiträge an den Parteivorstand abzuliefern.

Die Ortsvereine haben vierteljährlich mit dem Kreisvereinsvorstand abzurechnen und dürfen nur die durch Beschluß der Kreisversammlung zulässigen Beträge am Orte behalten.

Die Kreisvereinsvorstände haben die nach Abs. 1 dem Bezirksvorstande zustehenden Beträge vierteljährlich an diesen abzuliefern.

Von Ortsvereinen mit angestellten Parteisekretären erhält der Bezirksvorstand 60 Prozent der Beiträge.

2. dem zweiten und dritten Satz im § 46 folgende Fassung zu geben:

Von diesen Geldern sind 25 Prozent an den Bezirksvorstand durch den Kreisvereinsvorstand abzuliefern. Die Ortsvereine können nur die Beträge zurückbehalten, die durch Beschluß der Kreisversammlung zulässig sind.

3. in § 47, Abs. 1, Zeile 3 das Wort „Bezirksvorstand“ durch „Kreisvereinsvorstand“ zu ersetzen.

4. in § 47, Abs. 3 das Wort „Bezirksvorstand“ durch „Kreisvereinsvorstand“ zu ersetzen.

5. in § 47 Abs. 4 das Wort „Ortsvereine“ zu ersetzen durch „Kreisvereine“.

16a. Dem Statut ist unter Punkt **Presse** ein § 50 anzufügen in nachstehender Fassung:

Die Verbreitungsbezirke der einzelnen Parteizeitungen müssen eine feste Abgrenzung haben, um den geschäftlichen Stand des einzelnen Preßunternehmens zu sichern. Die Abgrenzung wird unter Mitwirkung des Bezirksvorstandes festgesetzt. Neugründungen von Zeitungen sind nur mit Zustimmung des Bezirksvorstandes zulässig.

Zur Begründung der Anträge erhalten das Wort:

Zu Antrag 9

Berneder (Goslar): Unser Antrag bedeutet einen scharfen Angriff auf das Statut, denn er will das bisherige Finanzwesen auf eine andere Grundlage stellen. Die Kreisvereine müssen die Grundpfeiler unserer Organisation sein, und da ist es notwendig, daß die Abrechnung durch die Hände des Kreisvorstandes geht, der seinerseits mit dem Bezirksvorstand abrechnet. Die engste Verbindung des Kreisvorstandes mit den Ortsvereinen ist dadurch gewährleistet und die Finanzierung der Kreisvereine sichergestellt.

Mit dem Vorschlage des Bezirksvorstandes, der die Ortsvereine weiter belastet, bin ich nicht einverstanden, da ich weiß, daß eine große Anzahl Ortsvereine mit ihrem bisherigen Anteil von 30 Prozent der Beiträge kaum ihre Geschäftsführung bestreiten können.

Zu Antrag 12a

Leinert (Hannover): Unsere Organisation ist von dem früheren Wahlverein des Reichstagswahlkreises auf den großen Bezirkswahlkreis übertragen worden. Ich glaube nicht, daß diese Uebertragung für die Partei von Nutzen sein wird. Wir müssen uns vorstellen, daß die Tätigkeit der einzelnen Ortsvereine sich nicht mehr auf den Reichstagswahlkreis bezieht, sondern auf den politischen Kreis. Wir müssen deshalb den Kreisvereinsvorstand für den politischen Kreis besser ausgestalten; er ist auch bei allen Wahlen die wichtigste Stelle. Er hat die Wahlen zum Provinziallandtag und zu den Kreistagen ganz selbständig zu organisieren. Vom Kreis-Ausschuß und vom Kreistage, in denen unsere Partei

vertreten ist, werden Angelegenheiten der Landgemeinden und der Städte erledigt, die den Parteiorganisationen mitgeteilt werden müssen. Alle Angelegenheiten der Gemeinden und sonstige Interessen kennt der Bezirksvorstand nicht in gleicher Weise wie der Kreisvorstand. Der Kreisvorstand kann auch die Agitation in jedem Kreise viel selbständiger betreiben; entzieht man dem Kreisvorstande die Selbstverwaltung, dann kann er nicht mehr in Fühlung mit den einzelnen Personen und Ortsvereinen stehen. Es würde also für die innere Organisation und Agitation weniger geleistet. Deshalb müßte die Einreihung der Ortsvereine in den Kreisvereinsvorstand erfolgen; die Kreisvereinsvorstände würden dann den Bezirksvorständen die erforderlichen Berichte usw. einsenden.

Daß die strenge Zentralorganisation nicht durchgeführt werden kann, ergibt sich aus dem Berichte selbst. Bei der letzten Reichstagswahl sind 185 000 M. in den Kreisen verbraucht worden, die nicht durch die Bezirkskasse gegangen sind. Aus den vorliegenden Aufstellungen ergibt sich auch, daß die Ortsvereine für die Reichstags- und Landtagswahlen und für Verwaltung 889 000 M. verwendet haben, die ihnen auch nicht durch die Bezirkskasse zugeflossen sind. Als Leistung der Bezirkskasse bleiben 920 000 M. Wenn die Ortsvereine also den fast gleichen Betrag, den ihnen die Bezirkskasse überweist, selbst aufbringen und verwalten, so würde es doch eine Vereinfachung der ganzen Verwaltung sein, wenn der Kreisvereinsvorstand mit den Ortsvereinen in unmittelbarer Verbindung, auch bezüglich der Kassengeschäfte bleibt. Der Bezirksvorstand ist mit viel zu viel formularmäßiger Tätigkeit belastet. Die Abrechnungen müssen mehrfach hin und her gesandt werden, und wenn das Porto des Briefes, wie angekündigt ist, 1 M. betragen soll, werden für die Organisation sehr große Ausgaben, die nicht notwendig sind, entstehen. Aus diesen Gründen habe ich den Antrag gestellt, daß von den Mitgliederbeiträgen 65 Prozent an den Bezirksvorstand zu schicken sind und die Abrechnung durch den Kreisvereinsvorstand erfolgt. Die Agitation ist dann an eine für Verwaltung, für Politik und für die örtliche Organisation wichtige Stelle gebunden, der Bezirksvorstand aber ist entlastet von einer Schreibarbeit, die im Parteisekretariat vermieden werden kann. Dann könnte der Bezirksvorstand durch Anregungen viel befruchtender wirken. Es ist notwendig, die Bildungsarbeit, die Jugenpflege und die Frauenagitation besser als bis jetzt zu betreiben. Wir brauchen einen Kommunalpolitiker, der Stadt und Land zu neuer Arbeit anregt. Der Bezirksvorstand würde dann eine Zentrale zur Zusammenfassung aller Aufgaben der Partei sein, während die Kreisvereinsvorstände die Geschäftsstellen sein würden für die organisatorische Tätigkeit. Ich glaube, daß die Umstellung, wie ich sie hier dargelegt habe und für notwendig erachte, auch die Arbeitsfreudigkeit der Parteigenossen sehr wesentlich fördern wird.

Zu Antrag 16a

weist Schiller (Göttingen) darauf hin, daß von angrenzenden Parteizeitungen vielfach der Versuch gemacht ist, im Verbreitungsbezirk des „Göttinger Volksblatts“ Abonnenten zu bekommen. Er müsse ein solches Verfahren als unzulässig bezeichnen und sich mit aller Schärfe dagegen wenden. Sein Antrag bezwecke eine bestimmte Abgrenzung der Verbreitungsbezirke der im Bezirke erscheinenden Parteizeitungen, um dadurch deren geschäftlichen Stand zu sichern. Er bittet den Bezirksparitätat um Annahme des Antrages.

In der Aussprache gehen die Gen. Wilhelm (Hannover) und Gehrmann (Harburg) auf finanztechnische Schwierigkeiten ein, die aus der Annahme der Anträge 9 und 12a entstehen würden, und vertreten den Entwurf des Bezirksvorstandes.

Krüger (Berlin) behandelt die Finanzfrage nach dem Parteistatut und den vom Parteivorstand herausgegebenen Anweisungen und kommt zu einer entschiedenen Ablehnung der Ansichten Leinerts, weil im Widerspruch zum Parteistatut stehend.

Genossin Evers (Hannover) gibt im Namen der Frauen die Erklärung ab, daß auch diese gewillt sind, den Kulturbeitrag zu leisten.

Heupke (Hannover) tritt für den Antrag Leinert ein.

Ein von Schubert (Harburg) und Wußmann (Hannover) eingebrachter Schlusstrantrag wird angenommen.

Kalderauke (Münden) wendet sich in einer persönlichen Bemerkung gegen Ausführungen von Wilhelm (Hannover).

Lau (Hannover), Schluswort: Ich bin erfreut darüber, daß gegen die Änderungs-vorschläge des Bezirksvorstandes sich hier nur ein sehr geringer Widerstand bemerkbar machte. Der vorhandene Widerstand geht nur von Goslar und vom Genossen Leinert aus. In

beiden Fällen verfällt man meines Erachtens in den Fehler, die früheren Verhältnisse der alten Reichstagswahlkreise zu vergleichen mit den heutigen veränderten Verhältnissen der großen Wahlkreise, die bedingt sind durch das System der Verhältniswahl. Es ist durchaus nicht richtig, daß der Kreisverein heute bei Wahlen die wichtigste Stelle sei. Wird bei Reichstags- und Landtagswahlen, bei der Wahl des Reichspräsidenten, bei eventuellen Volksentscheiden usw. die ganze Wahl nicht von einer willensstarken Zentralkstelle aus geleitet, dann nützen uns die besten Kreisvereine nichts. Trotzdem haben die Kreisvereine äußerst wichtige Aufgaben zu erfüllen, die aber auf anderem Gebiete liegen. Ich möchte die Mithilfe der Kreisvereine durchaus nicht entbehren, kann aber nicht zugeben, daß die Zentrale zerشلagen und Zersplitterungspolitik in unserer Parteiorganisation betrieben wird. Ich will es mir schenken, auf die vom Genossen Reinert vorgetragenen Zahlen näher einzugehen. Gesagt werden muß aber, daß sie aus dem Zusammenhang gerissen und deshalb durchaus irreführend sind. Bezüglich der angeblich zu viel formularmäßigen Tätigkeit des Bezirksvorstandes ist zu bemerken, daß schon jetzt eine Aenderung bei der formularmäßigen Behandlung der Abrechnungen vorgesehen ist, die eine bedeutende Vereinfachung der Geschäfte bei den Kreis- und Ortsvereinen bedeutet und auch eine erhebliche Portoversparnis mit sich bringt. Ich bin fest überzeugt, daß uns die Anträge Reinert und Goslar nur schaden werden, und bitte deshalb um Ablehnung derselben und um Annahme der Vorschläge des Bezirksvorstandes.

Breh: Die Aussprache ist bis jetzt nur über den Punkt Finanzwesen geführt, daher kann die Abstimmung nur über die dazu gestellten Anträge erfolgen. Der Antrag Reinert (12a) muß getrennt behandelt werden, die Vorschläge zu § 46 des Statuts erfordern eine besondere Abstimmung.

Die Abstimmung ergibt:

Antrag 12a zu § 45 des Statuts wird abgelehnt.

Ein Zusatzantrag Hildesheim zu § 45:

„Denjenigen Ortsvereinen, die keinem Kreise angehören, sind 30 Prozent der Beiträge am Orte zu belassen“,
wird abgelehnt.

Antrag 9 wird abgelehnt.

Ein Zusatzantrag Reinert wird als erledigt erklärt.

Die Vorschläge im Antrag 12a zu § 46 werden abgelehnt.

Breh macht die Versammlung darauf aufmerksam, daß der beschlossene Kulturbeitrag Pflichtbeitrag ist.

Aussprache über Punkt: „Presse“.

Bartels (Braunschweig): Der Antrag 14a vom Ortsverein Hannover hat seine volle Berechtigung, nachdem der 1. Absatz zurückgezogen, und ist zur Annahme zu empfehlen. Eine Preßkommission, wie sie im Antrage vorgesehen ist — 8 Vertreter im Stadtgebiet und 4 aus dem Landkreise des Verbreitungsgebiets des „Volkswillens“, je 1 Vertreter des Bezirksvorstandes, der Redaktion und des Verlages —, muß in der Lage sein, die Geschäfte des „Volkswillens“ ordnungsgemäß zu regeln. Es ist ein Übel, wenn man bei der jetzigen Zusammenlegung der Preßkommission aus 12 Mitgliedern nun noch den Bezirksvorstand aus 13 Mitgliedern zusetzt, wo letzterer es vollständig in der Hand hat, die Beschlüsse der 12 Mitglieder der Preßkommission zu majorisieren. Den Eventualantrag, im Falle Ablehnung des Antrages des Ortsvereins, könnte man als böshaft bezeichnen, wenn dadurch bei sämtlichen Parteizeitungen im Bezirk den Preßkommissionen 13 Stimmen des Bezirksvorstandes zugesetzt werden sollen. Wir von der Braunschweiger Preßkommission würden uns vor solcher Beeinflussung seitens des Bezirksvorstandes bestens bedanken. Ich halte den vorgeschlagenen § 49 zum Organisationsstatut (Presse) durchaus für ausreichend, um dem Bezirksvorstand zu seinem Rechte zu verhelfen.

Dasselbe, was man den übrigen Parteizeitungen gegenüber als richtig anerkennt, sollte man aber auch der Preßkommission des „Volkswillens“ zubilligen. Ich halte daher den Antrag des Ortsvereins Hannover (14a) einwandfrei für berechtigt und möchte ihn zur Annahme empfehlen. (Bravo! bei den Hannoverischen Genossen.)

Loyle (Einbeck): Die Einbecker Genossen haben sich schon wiederholt mit der Gründung einer eigenen Zeitung befaßt, diese ist jedoch jedesmal an Nichtigkeiten gescheitert. Die Einbecker Organisation ist die älteste in Südhannover und nimmt daher auf jeden Fall für sich in Anspruch, ein eigenes Parteiorgan zu besitzen, wenn die Aufmachung desselben den Parteigrundsätzen nicht zuwiderläuft. Die Einwendungen seitens einzelner Genossen auf dem Parteitag gegen die Gründung lehne ich ab, weil dieselben nicht genau orientiert waren. Ich sehe unserem Zeitungsunternehmen mit Vertrauen entgegen und wünsche ihm guten Erfolg.

Martens (Süneburg) spricht für Ablehnung des Eventualantrages

Brüll (Hannover): Der Antrag ist als Eventualantrag gedacht bei Ablehnung des Antrages 14a. Da der Bezirksparteitag der Hannoverschen Mitgliedschaft dasselbe Recht vorenthalten hat, das andere Mitgliedschaften mit eigener Presse besitzen, sollen diese mit uns solidarisch gehängt werden. Wenn der Bezirksparteitag konsequent ist, mußte er den Eventualantrag annehmen. Ähnlich hat sich auch der Genosse Leinert geäußert. Ich habe mit den Hannoverschen Genossen leblich den Wunsch, Konflikte für die Zukunft auszuschalten.

Brey wendet sich scharf gegen die ungerechtfertigte Behauptung der stadthannoverschen Genossen betr. zahlenmäßige Ueberlegenheit des Bezirksvorstandes bei gemeinschaftlichen Sitzungen mit der Preßkommission. Er beweist an Hand von Beispielen das Gegenteil und stellt fest, daß die angeführten Klagen betr. Ueberstimmung unbegründet sind. Die in den Sitzungen gefaßten Beschlüsse sind stets im besten Einvernehmen gefaßt, und das harmonische Verhältnis der beiden Körperschaften ist bisher durch nichts gestört.

Bei der Abstimmung über die Anträge betr. Statutänderung zu Punkt Presse wird Antrag 14a mit 53 gegen 37 Stimmen abgelehnt.

Der Eventualantrag wird mit 43 gegen 33 Stimmen abgelehnt.

Antrag 16a wird angenommen.

Brey wünscht, daß durch die Abstimmung das bisherige gute Verhältnis mit dem Ortsverein Hannover nicht getrübt werde, und stellt weitere harmonische Verhandlungen über das Eigentumsrecht am „Vollswillen“ in Aussicht.

Das Statut wird hierauf en bloc angenommen und beschließen, dasselbe am 1. Oktober 1921 in Kraft treten zu lassen.

Brey: Wir haben nunmehr die Wahl des 1. und des 2. Vorsitzenden vorzunehmen. Die Abstimmung muß laut Statut durch Stimmzettel erfolgen. Ich bitte um Vorschläge für die beiden Vorsitzenden.

Die bisherigen, 1. Vorsitzender Brey und 2. Vorsitzender Dörnte, werden wieder in Vorschlag gebracht.

Koldauke (Münden), zur Geschäftsordnung, hält bei den gemachten Vorschlägen eine geheime Abstimmung nicht für notwendig und wünscht Abstimmung durch Zuruf.

Dem wird zugestimmt.

Heupke (Hannover), zur Geschäftsordnung, hegt Bedenken gegen den Gesundheitszustand des Genossen Dörnte und befürchtet, daß Dörnte den Anforderungen nicht gerecht werden kann.

Schrader (Hannover) tritt den Befürchtungen Heupkes entgegen und betont das Vertrauen aller zur geleisteten und auch fernerhin zu leistenden Arbeit des Genossen Dörnte.

Brey als 1. Vorsitzender und Dörnte als 2. Vorsitzender werden wiedergewählt.

Punkt 7: Beratung und Beschlußfassung über vorliegende Anträge ist durch Behandlung der Anträge zu den einzelnen Tagesordnungspunkten erledigt.

Punkt 8: Bestimmung des Ortes für den nächsten Bezirksparteitag.

Loyle (Einbeck): Ich schlage Hannover wegen seiner zentralen Lage vor.

Schubert (Harburg) wendet sich gegen diesen Vorschlag.

Der Antrag Boyle wird angenommen und Hannover als nächster Tagungsort bestimmt.

Breh: Die Tagesordnung ist erschöpft. Wir sind am Schlusse unserer Tagung angelangt. Ich stelle fest, daß, getragen vom parteigenössischen Geiste, wichtige Beratungen gepflogen sind. Ich stelle aber auch fest, daß der Bezirksparteitag das Bestreben hatte, den an ihn gestellten Wünschen und Anforderungen aus dem Bezirke gerecht zu werden, auch denen der Genossen, deren Wünsche auf dieser Tagung nicht restlos erfüllt sind. Ueber strittige Punkte sind wir uns einig geworden. Alles haben wir verlassen, für neue Arbeiten ist der Weg frei. Gehen wir ihn, befeelt vom gleichen Geiste, mit dem wir bisher geschafft, neuer Arbeit, neuen Zielen entgegen. Unseren Beratungen wünsche ich, daß sie zum Besten der Partei wirken, ungetrübt von Bruderhaß und Bruderzwist. Darauf stimmen Sie mit mir ein: Die deutsche Sozialdemokratie lebe hoch!

Der Parteitag ist geschlossen.

Die anwesenden Delegierten und Gäste singen stehend die Arbeiter-Marseillaise.



Anwesenheitsliste.

N a m e	Kreis	Wohnort	N a m e	Kreis	Wohnort
Jasper, Dr., H.	Braunschweig	Braunschweig	Becker, Johann	Sameln	Sameln
Sturm, Ferd.	"	"	Heinrich, Gust.	"	"
Engel, August	Wolfenbüttel	Wolfenbüttel	Biegler, Paul	"	Osterwald
Schoppe, Heinr.	Helmstedt	Helmstedt	Krüger, Hans	Linden	Hannover-Linden
Walke, Hermann	Gandersheim	Lutter a. Vbg.	Wilhelm, H.	"	Kirchdorf a. D.
Hohloff, Albert	Holzminde	Holzminde	Spät, Heinrich	"	Letter b. Hann.
Schomburg, H.	Blantenburg	Altenbrat i. H.	Hilke, Heinr.	"	Wehrden
Baldarbeiter	"	"	Maurer	"	"
Cohring, Wilh.	Celle	Oldau	Schmidt, Aug.	Fallinghofel	Borbrück-Walsrode
Hilbrandt, G.	Uelzen	Uelzen	Euchomel, Otto	Peine	Peine
Heinrich, Friedr.	Soltan	Munster	Wrede, Heinr.	"	Edemissen
Hamprecht, H.	Gifhorn	Gifhorn	Friedrichs, Aug.	Burgdorf	Sehnde
Ruprecht, Chr.	Hemhagen	Knefelbed	Schrader, Otto	"	Lehrte
Grüneke, Karl	Göttingen	Weende	Seyh, Chr.	Epringe	Münder a. D.
Blank, Fern.	"	Göttingen	Grupe, Fr.	"	Altenhagen I
Meyer, Wilhelm	Münden	Münden	Lisker, Ernst	Neustadt a. R.	Neustadt a. R.
Krenzer, Alf.	Uslar	Uslar	Richter, Heinr.	Hildesheim	Hildesheim
Korbacher	"	"	Kujab, Franz	"	"
Fengler, Julius	Northheim	Northheim	Mummenthan,	"	Gleidingen
Höbler, Lehrer	"	Hammenstedt	Hermann	"	"
Loyle, Emil	Einbeck	Einbeck	David, Paul	"	Sarstedt
Voß, Lehrer	Okerode	Schwiegershäusen	Minne, Heinr.	Alfeld	Alfeld
Otte, Karl	Alfeld	Alfeld	Selweß, Friz	Gronau	Gronau
Gerlach, Paul	Duderstadt	Duderstadt	Schlube, Karl	"	Peße
Feldmann, Fr.	Hannover-St.	Hannover	Berneder, H.	Goslar	Goslar
Senhold, H.	"	"	Nichoff, Wilh.	"	Wiedelah
Brüll, Sebastian	"	"	Boldt, Rud.	"	Salzgitter
Reiner, Matth.	"	"	Blügge, Wilh.	Marienburg	Gr.-Müden
Dähling, Rob.	"	"	Gern - Vorst.	"	"
Rohmann, Ther.	"	"	Höfel, Ernst	"	Salzdetfurth
Franssen, Karl	"	"	Bürgermeister	"	"
Vand, Wilhelm	"	"	Stolze, Joh.	Zellerfeld	Klaustal
Sjimbowski, F.	"	"	Westphal, Frau	Harburg	Harburg
Evers, Elise	"	"	Schlöffer, Adolf	"	"
Schucht, Wilh.	"	"	Weigel, C.	"	"
Bühn, Rina	"	"	Fischer, C.	"	Tostedt
Warnecke, Karl	"	"	Peper, Eduard	"	Hausbruch
Loß, Karl	"	"	Hent, Wilh.	"	Wilhelmsburg
Mündel, Math.	"	"	Kubbert, J.	"	"
Behn, Mar	"	"	Steffens, Herm.	"	Moßburg
Gresse, Gottlob	"	"	Rohland, W.	Winsen a. d. Luhe	Winsen a. d. Luhe
Hof, Artur	"	"	Stopperta, O.	Lüneburg	Lüneburg
Kohlenberg, W.	"	"	Hindorf, R.	"	Lespe
Eppert, Heinr.	"	"	Johannsen, H.	Bledede	Barstamp
Hofe, Gustav	"	"	Lange, H.	Dannenberg	Dannenberg
Lührs, Frieda	"	"	Behns, Wilh.	Lichow	Lichow
Leitow, Karl	"	"	Höfeler, Wilh.	Nienburg a. d. W.	Nienburg a. d. W.
Wußmann, W.	"	"	Glauberstein, F.	Stolzenau	Bad Homburg
Stahlmann, Fr	Hannover-Land	Laagen	Wehrenberg, W.	Sulingen	Sulingen
Sander, August	"	Wiesenan	Hoffmann, H.	"	Diepholz
Miene, Louis	"	Misburg	Berndt, Paul	Goya	Goya
			Anger, Karl	Sylte	Barrien

N a m e	Kreis	Wohnort	N a m e	Kreis	Wohnort
Brey, August	Bezirksvorstand	Hannover	Bratke, Gustav	M. d. Prov.-L.	Misburg
Schrader, Chr.	"	"	Behner, Otto	"	Epringe
Dörnte, Ludw.	"	"	Biel, Ernst	Bezirks-Jugend- Auschuß	Hannover
Bremer, Theresie	"	"	Bartels, Alfred	Präkommision (Volksfreund)	Braunschweig
Andrée, Ernst	"	Anderten	Meyer, Ferd.	Schriftleitung (Volksblatt)	Hildesheim
Schumann, R.	"	Hannover	Bartels, Elise	Präkommision (Volksblatt)	"
Geuple, Adolf	"	Laagen	Schubert, E.	Schriftleitung (Volksblatt)	Harburg
Heß, Wilhelm	"	Hannover	Martens, H.	Präkommision (Volksblatt)	"
Schaffner, Jos.	"	"	Lirweiler, R.	Schriftleitung (Volkswille)	Hannover
Wilhelm, Bernh.	"	"	Kreimeyer, L.	Präkommision (Volkswille)	"
Lau, Johannes	Partei sekretär	"	Lohrberg, Aug.	Geschäftsleitung (Volkswille)	"
Schönleiter, H.	"	"	Schiller	Schriftleitung (Volksblatt)	Göttingen
Meig, Max	"	"	Kalbaute, Ed.	Präkommision (Volksblatt)	Münden
Marbente, Wilh.	"	"	Hollstein, Fr.	Schriftleitung (Oberw. Volksz.)	Holzminde
Feller, Herm.	"	Hildesheim	Donath, Hans	Präkommision (Niederf. Volksb. Syke)	Bremen
Wille, Hermann	"	Celle	Lopau, Joh	Präkommision (Volksblatt)	Lüneburg
Markwardt, Karl	"	Lüneburg			
Rehmann, Paul	"	Göttingen			
Baumann, Andr.	"	Nienburg			
Ohlendorf, Fritz	"	Braunschweig			
Steinmann, G.	"	Hannover			
Gehrman, Karl	"	Harburg			
Hartleib, Joseph	M. d. Reichst.	Hannover			
Kiele, Heinrich	"	Braunschweig			
Fischer, Gustav	"	Neuhaldensleben			
Leinert, Robert	M. d. Landt.	Hannover			
Stephan, Karl	"	Hildesheim			
Müller, Karl	"	Hameln d. d. W.			
Schröder, Karl	"	Osterode a. H.			
Schropp, Herm.	"	Klaustral a. H.			
Kröger, Verta	"	Wilhelmsburg			
Hempel, Bruno	"	Celle			

Als Gäste waren anwesend:

Schulz, Wilh., Nordhausen a. H.; Vogel, Joh., Hamburg; Westphälinger, Karl, Parteisekretär, Osnabrück; v. Borstel, Nikol., Geschäftsführer, Stade; Thienst, Friedr., Bremerhaven; Timpe, Chr., Revisor, Hannover; Krüger, Franz, Parteivorstand, Berlin.



Anträge.



Organisation und Agitation.

1. **Kreisverein Stolzenau.** Der Bezirksparteitag wolle beschließen: Es ist eine Parteischule zu schaffen zur Ausbildung befähigter Parteimitglieder in der Kommunalverwaltung und im Staatsdienst, damit die Partei jederzeit in der Lage ist, allen Anforderungen bei der Bekämpfung von Verwaltungsposten gerecht zu werden. Zur Dedung der entstehenden Unkosten ist im Bezirk ein Extrabeitrag von wenigstens 1 M. pro Mitglied zu erheben. Die Vorarbeiten für die Parteischule sind einer sechsgliederigen Kommission zu übertragen.

2. **Kreisverein Alfeld.** Der Bezirksparteitag wolle beschließen, den Bezirksvorstand zu beauftragen, eine durchgreifende Schulung der Gemeindevertreter zu veranlassen. Hierbei sind insbesondere die ländlichen Verhältnisse weitestgehend zu berücksichtigen.

3. **Unterbezirk Göttingen.** Für die ländlichen Gemeindevertreter der SPD. Hannovers ist ein Mitteilungsblatt zu schaffen. — Die Anstellung eines Sekretärs für die Bearbeitung der Gemeindeangelegenheiten wird gefordert.

4. **Ortsverein Hannover.** Bei der nächsten sich als notwendig erweisenden Anstellung eines Sekretärs im Bezirk ist eine geeignete Genossin anzustellen.

5. **Unterbezirk Göttingen.** Das neue Programm der Partei ist nach seiner endgültigen Fassung als Flugblatt in ganz Deutschland zu verbreiten.

6. **Unterbezirk Göttingen.** Der Bezirksparteitag in Hannover stellt sich grundsätzlich auf den Boden der Einigung zwischen SPD. und USPD.

7. **Kreisverein Peine.** Es ist unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß die Landkreise in Zukunft besser als bis jetzt mit Referenten versorgt werden, hauptsächlich bei den Wahlen.

8. **Ortsverein Ilten.** Der Bezirksvorstand wird beauftragt, geeignetes Agitationsmaterial gegen die Abtrennungsbestrebungen der Deutsch-Hannoverschen Partei zusammenzustellen und den Ortsvereinen so frühzeitig zuzustellen, daß es bei Beginn des Abstimmungskampfes schon benutzt werden kann.

Statutenberatung.

9. **Kreisverein Goslar.** Wir bitten zu beschließen, daß die Abrechnung der Ortsvereine mit dem Bezirk auf eine andere Grundlage gestellt wird. Die Abrechnung mit dem Bezirk geschieht durch den Kreisverein, und zwar werden 65 Prozent der Mitgliederbeiträge durch den Kreisverein an den Bezirk abgeführt. Die restlichen 35 Prozent verbleiben den Kreisvereinen. Ueber den Anteil, den die Ortsvereine von den 35 Prozent erhalten, beschließt die Kreiskonferenz.

10. **Unterbezirk Lüneburg.** Die Kreiskonferenz wolle für alle Kreisvereine des Bezirks eine fest umrissene finanzielle Grundlage beschließen.

11. **Kreisverein Hildesheim.** Die Finanzierung der Kreisvereine ist durch den Bezirksvorstand in die Wege zu leiten.

12. **Ortsverein Hannover.** Der § 18 des Organisationsstatuts ist wie folgt zu ändern: Die Wahl der beiden Vorsitzenden erfolgt auf den ordentlichen Bezirksparteitagen in geheimer Abstimmung. Von den Beisitzern sind vier durch den Unterbezirk Hannover-Stadt und drei durch den Unterbezirk Hannover-Land zu wählen.

Dem § 33 des Organisationsstatuts ist ein Buchstabe (f) anzugliedern, der wie folgt lautet: f) drei Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion des Provinziallandtages.

Der § 34 des Organisationsstatuts ist wie folgt zu ändern: Die Delegierten zum Bezirksparteitag werden vom Bezirksvorstande auf die Unterbezirke nach Maßgabe der in den Unterbezirken vorhandenen Mitglieder verteilt, und zwar für je 1000 Mitglieder einen. Die Unterbezirksvorstände verteilen die Delegierten auf die einzelnen Kreise nach Maßgabe der in den Kreisen vorhandenen Mitglieder, und zwar in der Weise, daß zunächst jedem Kreise ohne Rücksicht auf die Mitgliederzahl und jedem Ortsverein mit mindestens 1000 Mitgliedern ein Delegierter zugewiesen wird. Die Restzahl der noch zu wählenden Delegierten wird nach dem System d'Hondt auf sämtliche Kreise verteilt. Die Mitgliederzahl wird berechnet nach den an die Bezirkskasse abgeführten Beiträgen. Die im letzten Halbjahre von den Ortsvereinen des Unterbezirks geleisteten Beiträge werden durch 24 geteilt und so die zu berücksichtigende Mitgliederzahl errechnet.

Der § 37 des Organisationsstatuts ist wie folgt zu ändern: Mindestens alljährlich findet eine Konferenz im Unterbezirk statt, die die Agitations- und Organisationsarbeiten im Unterbezirk zu beraten, den Unterbezirksvorstand und die Delegierten zum Gesamtparteitag zu wählen hat. Die Zuweisung der Zahl der Delegierten zum Gesamtparteitag an die Unterbezirke erfolgt durch den Bezirksvorstand nach dem Verteilungssystem d'Hondt auf Grund der festgestellten Mitgliederzahl in den einzelnen Unterbezirken, die gemäß § 34 nach den abgeführten Beiträgen errechnet wird.

Der § 45 des Organisationsstatuts ist wie folgt zu ändern: Das Eintrittsgeld und von den Mitgliederbeiträgen 70 Prozent sind an den Bezirkskassierer abzuliefern. Ortsvereine mit eigenen Sekretariaten haben 50 Prozent abzuführen. Von den Prozenten der Mitgliederbeiträge hat der Bezirksvorstand 25 Prozent an den Parteivorstand in Berlin abzuführen. Von den Mitgliederbeiträgen können 30 Prozent, bei Ortsvereinen mit eigenen Sekretariaten 50 Prozent, zur Bestreitung der Verwaltungs- und Agitationskosten am Orte verbleiben.

13. **Ortsverein Hildesheim.** § 33 Abs. e des Organisationsstatuts erhält folgende Fassung: c) den Reichstags-, Landtags- und Provinziallandtagsabgeordneten des Bezirks.

Presse.

14. **Ortsverein Hannover.** Das Eigentumsrecht am „Volkswillen“ ist wieder dem Unterbezirk Hannover-Stadt zu übertragen. Die Preßkommission besteht wie bisher aus acht Vertretern des Unterbezirks Hannover-Stadt, aus vier Vertretern der zum Verbreitungsgebiet des „Volkswillens“ gehörigen Landkreise sowie je einem Vertreter des Bezirksvorstandes, der Redaktion und des Verlages.

15. **Ortsverein Hannover.** Der Parteivorstand resp. die dazu bestimmten Instanzen werden beauftragt, dahin zu wirken, daß unsere politische Tagespresse in ihrer äußeren Form der bürgerlichen Presse hollwertige Konkurrenz bietet.

16. **Kreisverein Burgdorf.** Die Bezirkskonferenz der SPD. wolle beschließen, den aus vielen Kreisen aufgeworfenen Gedanken der Reorganisation des „Volkswillens“ zu verwirklichen, indem man von dem bisherigen Modus: Stadt- und Landausgabe, Abstand nimmt und künftighin für Stadt und Land eine nach großen politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten geleitete einheitliche Ausgabe an Stelle des bisherigen Zustandes setzt, unter Beibehaltung des Verwaltungszustandes des Organs wie bisher: Gleichberechtigung zwischen Stadt und Land.

Verschiedenes.

17. **Kreisverein Peine.** Die Reichstags- und die Landtagsfraktionen werden eruchtet, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten, daß die Demokratisierung der Staats- und Kommunalverwaltungen durchgeführt wird.

18. **Kreisverein Winzen a. d. Luhe.** Der Bezirksparteitag wolle beschließen: Unsere Genossen in den Regierungs-Verwaltungsämtern haben mehr als bisher dafür zu sorgen, daß das demokratische Recht zur Geltung kommt und in den Regierungsämtern Männer bestätigt werden, die auf dem demokratischen Boden stehen.

19. **Kreisverein Winzen a. d. Luhe.** Der Bezirksparteitag wird beauftragt, auf die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Preußen einzuwirken, daß eine neue Land- und Stadt-Gemeindeordnung, getragen von demokratischem und sozialistischem Geiste, eingeführt wird. Dringend nötig ist die sofortige Auflösung der Realgemeinden ohne Entschädigung.

20. **Unterbezirk Göttingen.** Dem grenzenlosen Skandal der Klassenjustiz muß in der Republik ein Ende gemacht werden. Dazu ist nötig, daß der Parteivorstand sofort Schritte unternimmt, daß von einer Sachverständigenkommission der Entwurf eines neuen Gerichtsverfassungsgesetzes ausgearbeitet wird. Dieses ist evtl. durch einen Volksentscheid durchzusetzen.

Partei und Gewerkschaften wollen dahin wirken, daß die gesteigerten Brotpreise durch entsprechende Lohn- und Gehaltserhöhungen ausgeglichen werden.

21. **Kreisverein Peine.** Die Parteileitungen mögen ihre Aufmerksamkeit mehr auf die Landkreise richten. Die Kleinpächter sind die Sklaven der Grundbesitzer. Alle steuerlichen Lasten werden von ihnen auf die Pächter abgewälzt.

22. **Ortsverein Wicke-Steinförde.** Der Parteitag wolle die Reichstagsfraktion beauftragen, sich dafür einzusetzen, daß die Bezüge der Alters- und Invalidenrentner erheblich aufgebessert werden.

23. **Ortsverein Nienstedt a. D.** Die Bergmanns-Invaliden, -Witwen und -Rentenempfänger befinden sich bei den immer mehr steigenden Lebensmittelpreisen in großer Not. Der Bezirksparteitag wolle beschließen, in einer Eingabe an die Regierung eine Erhöhung des Reichszuschusses zu beantragen.



Adressen

der
**Sozialdemokratischen Partei im Bezirk
Hannover-Braunschweig.**



Parteisekretariat:

Hannover, Odeonstr. 15/16, 1. Etage.

Postfachkonto Hannover 25952.
Fernsprecher Nord 3005.



Unterbezirkssekretäre:

Braunschweig: 3. St. unbefetzt; Schlossstr. 8, 1. Et.

Sämtliche Kreise im Freistaat Braunschweig.

Göttingen: Paul Lehmann, Stegemühlentweg 29.

Kreise: Göttingen, Hann.-Münden, Uslar, Northeim, Einbeck, Osterode, Duderstadt, Ilfeld.

Hannover: Hermann Wille, Odeonstr. 15/16, 1. Et.

Kreise: Hannover, Linden, Burgdorf, Peine, Fallingb., Springe, Hameln, Celle, Gifhorn.

Hildesheim: Hermann Feller, Goschenstraße 24.

Kreise: Hildesheim, Marienburg, Goslar, Zellerfeld, Alfeld, Gronau.

Lüneburg: Karl Markwardt, Salzstraße 7.

Kreise: Harburg, Winsen, Lüneburg, Bleckede, Dannenberg, Lühchow, Hsenhagen, Soltau, Uelzen.

Nienburg: Andreas Baumann, Wörtherstr. 27b.

Kreise: Nienburg, Stolzenau, Sulingen, Diepholz, Hoya, Syke, Neustadt a. Rbg.

